D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 33
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

20. August 1982
Preis 1,80 DM

Und nach dem Abzug der PLO?

thm. Am Samstag soll der Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut beginnen. Die PLO hatte die ganze Zeit darum gekämpft, möglichst weitgehende und günstige Bedingungen für einen Abzug zu erzielen. Man muß sagen, daß dies der PLO letztlich nicht gelungen ist. Viele der ursprünglichen Forderungen werden gar nicht mehr erwähnt, waren aber von Bedeutung. So etwa die Aufrechterhaltung einer offziellen politischen Präsenz der PLO im Libanon. Immerhin mußte Israel eine gemischte internationale Truppe unter Beteiligung Frankreichs und Italiens zustimmen, wobei ein Teil der französischen Truppen schon am Tage des ersten Abzugs landen kann, was die Garantie für einen unbehelligten Abzug der PLO-Kämpfer erhöht.

Mit einer Dreiteilung des Libanon ist zu rechnen. Die Israelis haben angekündigt, sie würden abziehen, wenn auch die syrischen Truppen aus dem Libanon abziehen. Also vorerst nicht. So dürfte alles darauf hinauslaufen, daß der südliche Libanon bis zum Litani Fluß von Israel besetzt bleibt. Im Mittelteil schält sich eine libanesische Regierung unter Führung der Israel freundlich gesinnten christlichen Milizen heraus. Und der Rest wird unter syrischer Besatzung stehen. Der Libanon wird ein Konfliktherd bleiben und schwerlich bald zu einer nationalstaatlichen Einheit finden.

Mit dem Abzug aus Westbeirut wird für die Palästinenser der Verlust ihrer einzigen halbwegs souveränen Basis,

Schluß mit dem Vernichtungskrieg gegen Palästinenser und Libanesen!
Demonstration
Samstag, 21.8.82, 11 Uhr
Frankfurt, Günthersburgpark

die sie im Nahen Osten hatte, besiegelt. Die PLO steht somit zweifellos vor einem Einschnitt ihrer Politik. Eine breitere Strategiedebatte wird einsetzen, wobei abzusehen ist, daß die PLO dabei unter starken Spaltungsdruck kommt. Hawatmeh hat angekündigt, der bewaffnete Kampf der PLO ginge weiter. Fragt sich nur wie und von wo aus. Außer Kommandoaktionen, die Israel allenfalls Nadelstiche versetzen können, wird dabei nicht viel herauskommen können. Die PLO hat ihre Basis im Libanon nicht mehr zur Verfügung. Von den arabischen Ländern aus wird sie kaum operieren können. Und die alte Hoffnung, eine geeinte Armee aller arabischen Staaten werde eines Tages Israel liquidieren, kann endgültig an den Nagel gehängt werden. Die PLO wird sich also noch mehr, als sie es sowieso schon bisher getan hat, um eine politische Strategie Gedanken machen müssen.

Da stände z.B. die Frage nach der Passage in der Nationalcharta an, in der von der Zerschlagung des israelischen Staates ausgegangen wird und davon, daß in einem palästinensischen Staat die Juden allenfalls religiöse Rechte erhalten sollen. Eine Änderung der Charta, die als langfristiges Ziel der PLO einen binationalen Staat angeben würde, also die jüdisch-israelische Nation berücksichtigt, hätte zwar nur propagandistische Wirkung, würde aber ein Stück internationale Isolierung lockern und der israelischen Linken eine antizionistische Politik erleichtern.

Der Knackpunkt wird aber die Frage nach einer politischen Strategie zur Erringung eines palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten sein. Hier melden sich auch schon Palästinenser in der Presse zu Wort, die als nächstes die Bildung einer Exilregierung fordern, die von anderen Staaten, vor allem aber den USA anerkannt werden soll. Weiterhin daß die UNO Resolution 242 definitiv anerkannt werden soll, in der vom Existenzrecht aller Staaten der Region gesprochen wird. Eine einseitige Anerkennung Israels dürfte aber problematisch sein, weil sie natürlich ein wichtiges Verhandlungspfand aus der Hand gibt. Insgesamt wird die PLO versuchen, ihre Haltung deutlicher und eindeutiger zu machen, als es bei den bisherigen politischen Initiativen der Fall war.

Die USA basteln schon an einem „Camp David Plus", soll heißen, Camp David mit einigen neuen Elementen. Die neuen Elemente sollen u.a. sein, daß die USA eindeutiger sagen, was sie unter Autonomie verstehen wollen. Dabei scheinen die USA zu größeren Zugeständnissen als Israel bereit zu sein, womit schon ein künftiger Streit mit Israel angelegt ist. Deshalb hat Shultz sofort erklärt, er wolle sehr vorsichtig und ohne Druck auf Israel operieren. Wie dann aber Israel zu Zugeständnissen gebracht werden soll, ist fraglich. Ein Zugeständnis soll sein, daß Israel weitere Besiedlungen für die Dauer der Verhandlungen aussetzt und daß nichtoffizielle Palästinenser z.B. in der Delegation Ägyptens an den Verhandlungen teilnehmen sollen. Einmal abgesehen davon, daß dieses „Camp David Plus" noch ein Traum amerikanischer Nahostpolitik ist und die USA sich ja gerade nicht besonders fähig bzw. willig gezeigt haben, auf Israel Druck auszuüben, wird dieser Prozeß für die Palästinenser nicht sehr viel bringen. Denn die USA sind sich mit den Israelis bisher einig, daß ein Staat eben nicht sein soll.

Positiv wäre es hier also, wenn die westeuropäischen Regierungen zu einer Nahostpolitik gezwungen werden können, die eng mit den arabischen Staaten an einer Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser im Sinne einer schrittweisen Durchsetzung eines palästinensischen Staates statt einer dubiosen Autonomie zusammenarbeitet. Inwiefern die Palästinenser in den besetzten Gebieten selber zu wirksamen Initiativen gegenüber der Besatzungsmacht fähig sein werden, bleibt abzuwarten.

Mit einer Neuorientierung der PLO-Politik wird zumindest ein Teil der hiesigen Solidaritätsbewegung sich ebenfalls umorientieren müssen. Die Unterstützung eines politischen Kampfes ohne Guerilla-Pathos, zudem noch an der Seite der doch so reaktionären arabischen Regimes unter Ausnutzung der Widersprüche zwischen Israel und den USA und unter Zuhilfenahme der westeuropäischen Regierungen scheint für viele nicht solidaritätswürdig zu sein. Dies kann schnell zu Resignation und Schweigen führen. Wem aber wirklich an der palästinensischen Sache gelegen ist wie auch an der Sicherung des Weltfriedens, wird sich auf diese Realpolitik einlassen müssen.



Seit Dienstag rollen Laster für die Betonierarbeiten an der Startbahn West. Aber nicht lange, 200 Startbahngegner blockierten ab 11.00 Uhr zwei Tore des Startbahngeländes. Trotz Polizeieinsatz und bedrohlich in die Menge fahrenden Lastern gelang nur einem der Durchbruch. Nach 2 Stunden war die Zwangspause für die Arbeiten beendet, dann bedrohten überlegene Polizeikräfte die Blockade. Weitere sollen folgen.

Börner als Spürhund der rechten SPD

Über die Diskussion um die GRÜNEN reifen die Widersprüche in der SPD

wip.Frankfurt. Die Situation wird langsam undurchsichtig: die CDU warnt bei jeder Gelegenheit und mit Nachdruck davor, die SPD werde nach der Wahl mit den GRÜNEN zusammengehen, sofern sie sich damit in der Regierung halten könne. Die SPD reagiert prompt: jede Zusammenarbeit mit den GRÜNEN sei ausgeschlossen. Börner rückt sie ausdrücklich „in die Nähe von Faschisten" und versichert, sich niemals mit ihnen auch nur an den Verhandlungstisch zu setzen: „Solche Fotos werden noch nicht mal als Montage zu sehen sein" (so im Spiegel 33/1982). Die SPD-Bezirksbeiräte von Hessen-Nord und Hessen-Süd diskutieren dagegen, „Kompromißlinien mit den GRÜNEN abzuklopfen", die GRÜNEN als „potentiellen, inhaltlich zu erforschenden Partner" ernst zu nehmen, zumal die Zusammenarbeit mit ihnen die einzige realistische Möglichkeit sei, nach der Wahl in Hessen an der Macht zu bleiben. Börner Abkanzelung der GRÜNEN wird verurteilt. „Es geht jetzt darum, mögliche Gemeinsamkeiten mit den GRÜNEN auszuloten und nicht mit den Argumenten bestehender Differenzen jede mögliche Zusammenarbeit auszuschließen." (FR, 12.8.1982) Unter diesen Rahmenbedingungen befaßte sich am letzten Wochenende die Landesversammlung Hessen der GRÜNEN mit der Frage, ob es eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie nach der Wahl geben kann oder nicht.

Im wesentlichen standen sich zwei Positionen gegenüber: Befürwortung einer Zusammenarbeit mit der SPD unter konkreten Bedingungen, die in Forderungskatalogen für mögliche Verhandlungen zusammengefaßt waren. Dafür trat insbesondere der Kreisverband Kassel-Stadt ein, der auf kommunaler Ebene mit der SPD zusammenarbeitet und den SPD-Oberbürgermeister mitgewählt hat. Die Gegenposition, die sich schließlich mehrheitlich durchsetzte, verwarf die Aufstellung eines Verhandlungskatalogs, weil damit programmatische Positionen zugunsten einzelner Forderungen aufgegeben würden. Diese beschlossene Position äußert sich ausdrücklich nicht zu der Frage, ob die GRÜNEN unter Umständen eine SPD-Minderheitenregierung dulden werden oder nicht. Stattdessen werden die Möglichkeiten zu Gesprächen nach der Wahl ausdrücklich offengehalten. Weitere Beschlußfassungen sollen von den konkreten Ergebnissen solcher Gespräche abhängig gemacht werden – und nach der Wahl der Entscheidung einer Landesversammlung überlassen bleiben. (Der Beschluß ist auf Seite 4 dokumentiert.)

M.E. ist dieser Beschluß politisch gar nicht so unklug. Die „taz" vom Montag kritisiert zwar, die Landesversammlung habe sich an einer Entscheidung vorbeigemogelt. Aber vielleicht gab es unter den gegebenen Umständen gar nicht so viel zu entscheiden. Die ausdrückliche Erklärung, daß man mit der SPD unter keinen Umständen zusammengehen werde, um stattdessen „eine Politik der Fundamentalopposition zu machen", wie es ursprünglich im Antrag des Kreisverbandes Frankfurt der GRÜNEN hieß, hätte den polifischen Spielraum der GRÜNEN unnötig eingeschränkt. Der innerparteiliche Druck auf Börner würde in der SPD nachlassen, anstatt alle Möglichkeiten zu nutzen, die Sozialdemokratie nach links und die Börner-Politik in die Enge zu treiben.

Die Position der Frankfurter GRÜNEN ist wesentlich von Cohn-Bendit beeinflußt. Er hat die Vorstellung, daß langfristig Sozialdemokraten und GRÜNE in einem von beiden Seiten gewollten Bündnis zusammengehen, um die entscheidenden ungelösten Probleme dieser Gesellschaft anzugehen. Mit dem momentanen SPD-Programm und -Personal sei glaubwürdig nichts zu machen, ohne die eigene Identität aufzugeben. Das mindeste seien Neuwahlen mit neuen Kandidaten, nicht nur für den Ministerpräsidentenposten, sondern auch für das Parlament. Realistischerweise werde aber eine solche Perspektive noch etliche Jahre, vielleicht bis 1990, dauern. Solange die SPD nicht zu einer Zusammenarbeit (Koalition) bereit sei, sollten die GRÜNEN sich ihrerseits zurückhalten.

Ich halte diesen Gesichtspunkt strategisch zwar für interessant, meine aber, daß die strikte Ablehnung einer kurzfristigen Zusammenarbeit mit der SPD wiederum verkehrt ist. Obwohl andererseits ein Beschluß, der die Zusammenarbeit mit der SPD unter bestimmten Bedingungen ausdrücklich anbietet, angesichts der frivolen Börner-Attacken gegen die GRÜNEN leicht den Eindruck entstehen läßt, die GRÜNEN wollten sich der SPD aufdrängen. Dafür gibt es allerdings keinen Anlaß. Schon deshalb nicht, weil die Aussicht auf ein Wahlergebnis, das die CDU an der Regierungsübernahme hindert und die SPD-Regierungsfähigkeit von den GRÜNEN abhängig macht, ziemlich unwahrscheinlich ist.

Vermutlich sind auch so Börners lockere Sprüche gegenüber den GRÜNEN zu erklären. Nach dem Spiegel-Gespräch scheint er davon auszugehen, daß die CDU die Regierung übernimmt und dies nicht mehr zu verhindern ist (auch wenn er ständig das Gegenteil behauptet). Diese Situation scheint Börner gerade gut genug, die Flucht nach vorn anzutreten und auszuloten, ob sich ein strikter Konfrontationskurs gegen die GRÜNEN machen läßt. Börner hat seinen Regierungskumpanen Gries (FDP) kürzlich einen Minenspürhund geheißen, der nur herausfinden soll, ob die FDP den Koalitionswechsel auch auf Bundesebene riskieren kann. Man hat den Eindruck, daß Börner sich selbst zum Minenspürhund hat machen lassen, um in der innersozialdemokratischen Auseinandersetzung für die Löwenthal-Schmidt-Fraktion herauszufinden, ob sich Konfrontation und schroffe Abgrenzung gegenüber GRÜNEN und Alternativen auszahlt und wenigstens den Abwärtstrend der SPD zu bremsen vermag, wenn schon Regierungsmehrheiten nicht mehr drin sind.

Die Gewerkschaften und der Antikriegstag

Von Michael Ackermann

Es war im letzten Jahr, am Antikriegstag, als der DGB-Bundesvorstand seine eigene Unterschriftensammlung in Sachen Frieden in Gang brachte, oder besser – bringen wollte. Denn trotz dreimaliger Sammlungsverlängerung, niemand spricht in diesen Tagen mehr von den Ergebnissen dieser Sammlung. Den Ausdruck „friedenspolitischer Kraft" verspricht sich niemand mehr von ihr.

Konnte man erst glauben, hier wollten die Gewerkschaftsvorstände in die friedenspolitische Offensive gehen, so war dies von Anfang an mit dem Aufruf nicht möglich und auch nicht beabsichtigt. Schnell geriet die Sammlung ins Abseits, galt sie als Konkurrenzsammlung gegen den „Krefelder Appell", und konnten die Kritiker glaubhaft auf die Regierungstreue, wenn nicht Hörigkeit dieses Aufrufs verweisen und waren die kommenden Taten des DGB auch eine vollständige Bestätigung dieser Kritik.

Denn während die Entspannung gepredigt wurde, wuchs die Spannung und die Kriegsgefahr von Tag zu Tag. Und als das Kriegsrecht in Polen per Panzer installiert wurde, da kamen die Gewerkschaften nur schwerfällig in Gang. Weniger was die finanzielle Unterstützung, als ihre politische Reaktion anging. Eine Kritik von Kanzler und Regierung kam nicht in Frage, sondern das weitere Einschwören auf die Entspannungspolitik und den Kurs der sozial-liberalen Koalition. Auch der „Tag der Solidarität" gehörte dann zu den schon bekannten Pflichtaktionen des DGB, zusätzlich boykottiert durch DKPler und sowjetgläubige Sozialisten in den Einzelgewerkschaften.

Man kann es natürlich als einen Fortschritt ansehen, daß gegenüber vor zwei, drei Jahren heute der DGB und die Einzelgewerkschaften insgesamt zum politischen Eingreifen am Antikriegstag bereit sind. Wie oft wurde früher alles rigoros abgelehnt, der Gewerkschaftsjugend eigenständige Aktionen verboten, jede Aktionseinheit wie die Pest gemieden. Insoweit hat sich der DGB also von der Bewegung vorwärts schieben lassen und hat natürlich auch die objektive Lage einen Gutteil zu diesem Gesinnungswandel beigetragen. So gab es denn im letzten Jahr die ersten vom DGB organisierten Großdemonstrationen. Und seit dem Gewerkschaftstag des DGB im Mai gehört das „Begehen" des Antikriegstages auch zum festen Arbeitsprogramm. In diesem Jahr hat denn auch die Gewerkschaftsjugend freie Hand bekommen und organisiert landesweit unterschiedlich Friedensmärsche, Aktionstage, Demonstrationen oder Kampagnen gegen Kriegsspielzeug.

Aber trotzdem, die ganze „friedenspolitische Initiative" steht auf tönernen Füßen. Vom DGB-Aufruf zum Antikriegstag, „Frieden in Freiheit für alle Menschen", würde man ja zu Recht eine Auseinandersetzung mit den stattfindenden Kriegen erwarten, aber mehr als eine Aufzählung ist nicht drin. Um jede konkrete Parteinahme wird sich herumgedrückt, im Libanon ist halt Krieg. Woher der Krieg kommt? Aus dem Waffenarsenal! Und weil die Welt so ist, deswegen fordert der DGB „die Entspannungspolitik mit ihren tragenden Säulen des gegenseitigen Gewaltverzichts und des Verzichts auf militärische Überlegenheit muß konsequent *fortgesetzt* werden". Wie geht das zusammen, fragt man sich. Was soll da fortgesetzt werden, was es gar nicht gegeben hat. Und „Säulen" des Gewaltverzichts und des Verzichts auf militärische Überlegenheit hat es wirklich nie gegeben. Auch die Forderung: „Keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa" – gegen niemanden gerichtet tut sie keinem weh.

Kurz vor Schluß dann folgender Satz: „Der DGB begrüßt, daß sich in diesen Tagen Millionen Menschen in beiden deutschen Staaten, in Ost- und Westeuropa und in den Vereinigten Staaten aktiv für Frieden und Abrüstung einsetzen." Gut, aber was ist konkret zu tun, was soll unterstützt werden, welche Mittel sollen Volksmassen und Arbeiterbewegung ergreifen, um den Krieg zu bekämpfen? Soll die Arbeiterbewegung in Sachen Friedenspolitik Schwanz der Regierung sein oder zur eigenständigen Kraft im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte reifen – so stellt sich ja die Frage.

Reagan munter weiter in den Dreck

Der US-Präsident wirbt jetzt für Steuererhöhungen
Kein Silberstreifen am Horizont

frb. Kommenden Mittwoch will die Bundesregierung zu Bonn sich wiederum dem Bundeshaushalt zuwenden. Noch ehe die Absichten in die Form einer Gesetzesvorlage gebracht sind, die dann den Weg durch die parlamentarischen Gremien nehmen muß, sind die zugrundeliegenden Annahmen über die Wirtschaftsentwicklung bereits überholt. Ein weiteres Mal haben sich die Prognosen als zu optimistisch erwiesen, doch die Bundesregierung will mit einer Korrektur noch zuwarten – bis nach der Landtagswahl in Hessen.

Die westdeutsche Entwicklung steht nicht allein. Jenseits des Atlantiks steht es nicht besser. Am 1. Oktober beginnt in den USA bereits das neue Haushaltsjahr, im November sind Wahlen und Reagan verliert dabei womöglich seine parlamentarische Mehrheit. Diesseits wie jenseits des Atlantiks stehen die Haushaltsdiskussionen im Zentrum der Auseinandersetzung um den politischen Kurs, und die Entwicklung der Weltwirtschaft sagt weiter Sturm an.

Zuerst wollte sich Reagan im Hintergrund halten, seine Abgeordneten sollten die Dreckarbeit machen. Der große Steuersenker kommt nämlich um Steuererhöhungen nicht mehr herum, will er nicht gleich den Staatsbankrott erklären. Weil der Kongreß aber quer schoß, mußte der Präsident nun doch nach vorne: In einer neuen Rede an die Nation erbat er diesmal Unterstützung für *Steuererhöhungen*.

Rund 20 Mrd. $ mehr an Steuern will Reagan 1983 einnehmen, womit der ganze Popanz der diesjährigen Einkommenssteuersenkung geplatzt wäre. Erhöht werden Verbrauchssteuern – wie Tabak- und Telefonsteuer –, aber auch einige Unternehmenssteuern; die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung sollen eingeschränkt werden. Und das Publikum an den Finanzmärkten ist aufgeschreckt durch die geplante Einführung einer sogenannten „Quellensteuer", wonach bei der Zinszahlung für Wertpapiere gleich die Steuer abzukassieren wäre. Der „Euromarkt", der seine unaufhaltsame Expansion zu einem guten Teil der Steuerfreiheit seiner Zinserträge verdankt, fürchtet Schlimmstes. Nach den Erfahrungen mit dem Technologie-Embargo scheint es auch gut möglich, daß Reagan kurzerhand die internationalen Finanzmärkte amerikanischem Steuerrecht unterwirft.

Finanziell steht die amerikanische Regierung wirklich schlecht da. Verfügt sie doch infolge der früheren Steuersenkung und der fortdauernden Wirtschaftskrise über wesentlich weniger Steuereinnahmen als im Vorjahr, während die Ausgaben weiter gestiegen sind. Für 1983 hat der Kongreß seinen ersten Haushaltsbeschlüssen ein Defizit von etwas mehr als 100 Mrd. $ zugrundegelegt, doch andere Schätzungen gehen von einem weit größeren Haushaltsloch aus. Die Morgan Bank etwa rechnet für 1983 aus heutiger Sicht mit einem Defizit von 140 bis 145 Mrd. $, weil sie den Kongreßpolitikern deren Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung nicht abnehmen will.

Ein noch höheres Defizit im Staatshaushalt aber würde seinerseits die Wirtschaft weiter unter Druck setzen. Das Defizit müßte finanziert werden durch Aufnahme neuer Kredite, und eine derart gewaltige Nachfrage nach Krediten bliebe nicht ohne Auswirkungen auf den Kapitalmarkt. Die Zinsen würden hochgehalten, die Unternehmen können das nicht zahlen und die Pleitewelle bliebe in Schwung.

So deutet nichts darauf hin, daß die amerikanische Wirtschaft aus dem Teufelskreis, in den sie Reagan geführt hat, ausbrechen könnte. Die Senkung der Einkommenssteuern für bessere Leute und Unternehmen sollte die Wirtschaft in Fahrt bringen, daraufhin sollten auch die Steuereinnahmen wieder sprudeln, der Staatshaushalt sollte ausgeglichen werden und alle sollten glücklich sein. Jetzt aber reißt die tiefste Krise seit den 30er Jahren immer neue Löcher in den Haushalt, und die staatliche Kreditnachfrage treibt den Zins, auf daß immer mehr Unternehmen pleite gehen. Dann steigt wieder das Haushaltsdefizit usw.

Mehr als 10 Millionen beträgt nun die offizielle Zahl der Arbeitslosen, die Rate von 9,8% war seit 1941 nicht mehr erreicht. Die Presse hat entdeckt, daß die gesamte Infrastruktur, Straßen, öffentliche Gebäude, Wasserversorgung seit Jahren bloß noch ausgelutscht werden. Im letzten Jahrzehnt ist dort kaum investiert worden. Die Universität Austin hat kürzlich eine Studie veröffentlicht, wonach 56% der Schwarzen und 16% der Weißen als Analphabeten gelten müssen. Das mag die tiefen Auswirkungen der jetzigen Krise verdeutlichen.

Entscheidender Indikator für die Fortdauer der Krise bleiben die hohen Zinsen. Nominell zwar sind sie in jüngster Zeit leicht gesunken, das aber ist nicht das Entscheidende. Die relative Beruhigung der Inflation nämlich hat die tatsächliche Last der kreditnehmenden Unternehmen, der Bauherren und auf Pump kaufenden Konsumenten noch erhöht.

Anstatt ihre Schulden mit einem stark entwerteten Dollar zurückzahlen zu können, müssen selbst „erste Kunden" einen um 10 Prozentpunkte über der Inflationsrate stehenden Zinssatz an ihre Bank zahlen.

Solange sich daran nichts ändert, wird die Talfahrt anhalten. Gegner der Reaganschen Glaubenslehre sagen bereits deren Zusammenbruch im Herbst voraus, falls die Zinssätze dann anziehen.



Göttingen: Razzia gegen Wohnwagensiedlung von Sinti

kvz. Mit 38 Schutzpolizisten war in Göttingen am 9. August ein Platz vollständig abgeriegelt worden, auf dem sich eine Gruppe deutscher und niederländischer Sinti mit ihren Wohnwagen niedergelassen hatte. Im Schutz dieser Abriegelung durchsuchten weitere 26 Kriminalbeamte die Wohnwagen – eine großangelegte Razzia ohne jeglichen Durchsuchungsbefehl. Begründet hatte es die Polizei mit der Festnahme dreier Jugendlicher, denen Einbruchdiebstahl vorgeworfen wurde und die die Wohnwagensiedlung der Sinti als Wohnort angegeben hatten. Abgesehen davon, daß die Jugendlichen in der Siedlung überhaupt nicht bekannt waren – für eine polizeiliche Durchsuchung ohne Durchsuchungsbefehl fehlte jede mögliche Rechtfertigung. Gefahr im Verzug – in einem solchen Falle nicht anzuwenden. „Als Überlebende nationalsozialistischer KZs auf die diskriminierenden Umstände aufmerksam machten und erklärten, sie fühlten sich an den Abtransport in ein KZ im Dritten Reich erinnert, wurde ihnen von Beamten erklärt, da gehörten sie auch hin", so die „Gesellschaft für bedrohte Völker" in einer Presseerklärung dazu. Und der Rechtsanwalt der Sinti stellt fest: „Solche Verletzungen der Menschenwürde einer ethnischen Minderheit, ihrer Freizügigkeit und Unverletzlichkeit der Wohnung sind unerträglich; den Anfängen ist zu wehren, zumal das böse und verräterische Wort von der ‚üblichen Zigeunerrazzia' seitens der Polizei gefallen ist. Das klingt nicht nur nach Diskriminierung, sondern ist sie auch und legt die Vermutung nahe, daß politisches Kalkül der Vertreibung der Sinti von hier mitschwang und Wiederholungen zu vergegenwärtigen sind. Es wäre nicht die erste Durchsuchung in Göttingen, der eine Räumung folgte."

„Baby-Jahr" endgültig zu Grabe getragen

kvz. Nun hat es der Arbeitsminister der Bundesregierung quasi amtlich gemacht: das „Baby-Jahr" soll von der Liste der Reformvorhaben gestrichen werden. Noch im Regierungsprogramm dieser Bundesregierung war versprochen worden, daß Müttern für jedes Kind ein Beitragsjahr in der Rentenversicherung gutgeschrieben wird, das sogenannte „Baby-Jahr", das sich gerade für die durch Kindererziehung, Arbeitslosigkeit etc. häufig unterbrochenen Beitragszeiten von Frauen rentensteigernd auswirken würde. 1985, im Jahre der ursprünglich geplanten Einführung dieses „Baby-Jahres" hätte dies 4,5 bis 5 Mrd. DM gekostet. Was zu erwarten war, die Streichung dieser unbedingt notwendigen Änderung des Rentenrechts, hat jetzt der Arbeitsminister Westphal vor Vertreterinnen des Deutschen Frauenrates begründet. – In der CDU, so heißt es, will man an der Gewährung der Kindererziehungszeiten festhalten. Abgesehen davon, daß die Aussagen der CDU ja bekanntlich eh wenig verbindlich sind, soll es so oder so erst für Kinder gelten, die nach 1984, also nach der angestrebten Rentenreform, geboren werden. Das würde dann erst nach dem Jahre 2000 höhere Kosten verursachen. Und dann sind die Renten so oder so nicht mehr mit der gegenwärtigen Methode zu finanzieren. Billiger Trick mit ungedecktem Wechsel, der absehbar platzt, könnte man so etwas nennen.

Atomare Bewaffnung kein Thema für Stadtparlament

kvz. Während in manchen anderen Städten längst in den Stadträten über die Einführung atomwaffenfreier Zonen diskutiert wurde, wird in Frankfurt jede Debatte vom Stadtvorsteher von vornherein unterbunden, so als habe er Angst, hierzu Stellung beziehen zu müssen. Der Antrag der GRÜNEN im Römer war noch nicht einmal an die Stadtverordnetenversammlung weitergeleitet worden. Als die SPD einen teilweise ähnlichen Antrag stellte, der sich auf die Palme-Kommission und deren Ergebnis bezog, verfuhr der Stadtverordnetenvorsteher jetzt entsprechend. Die Stadt habe kein Recht, sich damit zu befassen, so entschied der Jurist, gefragt wurde die Stadtverordnetenversammlung nicht und der Antrag auch nicht weitergeleitet. Auch eine Anfrage der GRÜNEN darüber, welche atomaren, biologischen und chemischen Waffen derzeit auf Frankfurter Stadtgebiet gelagert oder stationiert sind beziehungsweise transportiert werden, soll nicht behandelt werden. Das sei Aufforderung zum Landesverrat, so der Vorsteher, das dürfe niemand wissen. Wann das Gemeindeparlament nun Stellung nehmen darf? 1958 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, wenn es direkt betroffen ist. Wenn also z.B. eine Abschußrampe auf Gemeindegebiet errichtet werden soll. Aber wenn man das nicht erfahren darf, weil es Landesverrat wäre?

Bayern: Betriebsräte als Spitzel anwerben

kvz. Nachdem durch die „Persönlichkeitsveränderung" des Staatsschützers Langemann wichtige Verbindungen des bayrischen Verfassungsschutzes abgerissen sind, bemüht sich Innenminister Tandler, das Informantennetz wieder fester zu knüpfen: Betriebsräte sollen als Spitzel angeworben werden. Der sozialdemokratische Fraktionsvize im bayrischen Landtag, Hirsemann, erklärte: „Wir sind nicht bereit, dies auf sich beruhen zu lassen." Tandler ließ erklären, daß er sich mit seiner Ansicht in voller Übereinstimmung mit den Landes- und Bundesinnenministern befinde, die im März bekräftigt hätten, daß auf die Beobachtung verfassungsfeindlicher Betriebsarbeit nicht verzichtet werden könne. Deshalb müsse der Verfassungsschutz auch V-Leute anwerben können. Nach heftigen Protesten – insbesondere der IG Metall – hatte der Bundesinnenminister die Zusage erteilt, daß Betriebsräte nicht bespitzelt werden. Es zeigt sich nun, daß solche Anwerbeversuche wie bei OPEL-Bochum keine Einzelerscheinung sind. Der bayrische DGB-Chef Deffner hat empört protestiert: „Der Verfassungsschutz hat in den Betriebsräten und Gewerkschaften nichts zu suchen."

mine · Termine · Termine · Termine · Te

August

24. **Hagen.** Vorbereitungstreffen für Aktionen zur Bundeswehr-Kommandeurtagung im Oktober
26. **Freiburg.** Ausstellung „Energiesparen, Sonnenenergie und Umweltschutz", BUND, LV Bd.-Württ., bis 29.8.
28. **Offenbach.** Beginn der 72. Internationalen Lederwarenmesse, bis 31.8.
    Frankfurt. Beginn der Internationalen Frankfurter Messe, bis 1.9.
    Hamburg. Treffen von „Frauen gegen Krieg und Militarismus", um über Aktionen gegen Frauen in der Bundeswehr zu beraten.

September

1. **Antikriegstag.** Beginn des II. Weltkrieges vor 43 Jahren
   Düsseldorf. Beginn des 87. Deutschen Katholikentags, bis 5.9.
3. **Gorleben.** 3 Tage „Tanz auf dem Vulkan" gegen die Errichtung eines Zwischenlagers, bis 5.9.
4. **Gorleben.** Großdemonstration am Baugelände
   Düsseldorf. Demonstration der „Kirche von unten" und anderen Organisationen, unterstützt von Friedensinitiativen anläßlich des Katholikentags
5. **Nürnberg.** 9. ordentlicher Gewerkschaftstag der NGG, bis 10.9.

Verein oder Gewerkschaft – das ist nicht die Frage



Struktur des Taxigewerbes. Zu den Organisationsbestrebungen der Fahrer und den Schwierigkeiten der ötv damit

pir.Münster. Auf Einladung des Münsteraner Taxifahrervereins kam es am 7.8. in Münster zu einem ersten überregionalen Treffen von Taxifahrervertretungen. Die anwesenden Vertreter aus Westberlin, Frankfurt, Bochum, Hildesheim und Münster bildeten einen ganz guten Querschnitt, so daß man sich in der Diskussion erstmals einen gewissen Eindruck von der Gesamtlage des Gewerbes verschaffen konnte.

Überwiegende Kleinstruktur

Die Struktur des Taxigewerbes ist nach wir vor stark geprägt durch den Typ des selbstfahrenden Unternehmers, der selbst die Tagschichten fährt und nachts sein Auto am liebsten mit Familienangehörigen besetzt. Gerade diese Kleinunternehmer befinden sich heute in einer Lage, wo die Betriebskosten für das Auto, also Sprit, Steuer, Versicherung, Umlage an die Funkzentrale und Reparaturkosten ständig steigen, die Einnahmen aber auf Grund stagnierenden Fahrtenaufkommens und wachsender Taxenanzahl sich verringern.

Traditionell beherrschen diese Kleineigentümer die Funkzentralen, die in den meisten Städten als Gemeinschaftseinrichtungen der Unternehmer in Form von Genossenschaften betrieben werden. Diese vertreten durch ihre
ben werden. Diese vertreten durch ihre
Vorstände das Gewerbe nach außen, gegenüber der Stadt und der Presse, wie sie nach innen eine Umlage zwecks Kostendeckung erheben und gegenüber dem Fahrpersonal Funk- und Disziplinarordnungen erlassen. – Die meisten Zusammenschlüsse von Taxifahrern in den letzten Jahren hatten ihren Ausgangspunkt in Auseinandersetzungen mit der durchgängig reaktionären Politik dieser Genossenschaftsvorstände. Zwei Beispiele: Zum Bau der Startbahn West erklärte der Vorsitzende der Taxi Vereinigung Frankfurt gegenüber der Presse, die Frankfurter Taxifahrer seien natürlich alle für den Bau der Startbahn, wegen der wirtschaftlichen Bedeutung. Als Reaktion auf dieses Interview organisierten Fahrer eine Taxendemo gegen die Startbahn und gründeten in diesem Zusammenhang die Interessengemeinschaft Frankfurter Taxifahrer (IFT).

In Münster entstand der Taxifahrerverein als Ergebnis eines seit Jahren schwelenden Konflikts um die Handhabung einer Disziplinarordnung, mit der die Genossenschaft oftmals wegen Nichtigkeiten Funksperren erteilt, ohne daß sich die Fahrer dagegen wehren können.

Neben den Kleinbetrieben haben sich in den letzten Jahren eine Reihe von mittleren und Großbetrieben herausgebildet. Während in Münster und Bochum die größten Betriebe 10 Taxen haben, sind es in Frankfurt bereits 50 und in Westberlin sogar Firmen mit bis zu 100 Taxen. Hier fährt der Unternehmer natürlich nicht mehr selbst und auch die Festfahrer, die auf Steuerkarte und zu unterschiedlichen Gehaltsbedingungen 6 Tage in der Woche arbeiten, spielen nur noch eine untergeordnete Rolle. Sofern disponibel werden Aushilfsfahrer beschäftigt, pauschal versteuert und umsatzbeteiligt entlohnt. Hier spart die Firma die Lohnnebenkosten und einen erheblichen Teil der Steuern, denn zwischen dem, was zur Steuer angemeldet und was wirklich eingefahren wird, liegen Welten. Bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es nicht, und auch beim schlechtesten Geschäft entlohnt sich der Fahrer immer noch selbst. Über die reine Umsatzbeteiligung bringt er in jedem Fall mehr ein, als er kostet. Ganz nebenbei ist die Arbeitskraft des Aushilfsfahrers, der zweimal wöchentlich fährt, naturgemäß belastbarer und ergiebiger, als die eines Festfahrers.

Noch beherrschen die Großfirmen nicht das Feld, denn selbst in Westberlin stehen bei 5300 Taxen den Groß- und Mittelbetrieben noch 2000 bis 3000 Kleineigentümer gegenüber. Doch über den parallelen Betrieb von Großtankstellen und Reparaturwerkstätten, auf die die Kleineigner ja angewiesen sind, wächst ihr Einfluß.

Zu beachten ist dabei, daß eine Großfirma mit ca. 100 Taxen eigentlich ca. 220 Festfahrer bräuchte, die jetzt also durch 800 bis 1000 Aushilfsfahrer ersetzt werden. An diesen Teilzeitarbeitern spart die Firma nicht nur Steuern, sondern bestreitet ihnen gleichzeitig den Status eines Arbeitnehmers, behandelt sie rechtlich wie „freie Mitarbeiter" und bringt sie damit um die wenigen gesetzlich anerkannten Arbeiterrechte.

Die Rolle der ÖTV

In diesem Zusammenhang ist die ÖTV-Politik gegenüber den Aushilfsfahrern leicht verhängnisvoll. Die Kreissekretäre starren vielfach auf die immer weniger werdenden Festfahrer und schimpfen über die Aushilfen, „die ja nur mal 'ne schnelle Mark machen wollen". Bis vor kurzem wurden Aushilfsfahrer noch nicht mal in die ÖTV aufgenommen. Nötig ist aber eine Politik, die auf gleiche Rechte für Voll- und Teilzeitarbeiter abzielt und dafür sorgt, daß den Firmen der Einsatz von Teilzeitarbeitern nicht billiger als der von Festfahrern kommt. So herum kann den Festfahrern geholfen und können die Aushilfsfahrer gleichzeitig organisiert werden. Zeit dafür wird es langsam auch, wie ein Blick auf die traurige Tariflage zeigt: Fast nirgends in der BRD gibt es Tarifverträge für Taxifahrer, und wo es sie gibt, hält sich keiner daran. Beispiel NRW: Hier hat die ÖTV mit dem Arbeitgeberverand für das Speditions-, Lagerei- und Transportgewerbe (Westfalen) im Februar 1982 einen Lohn- und einen Manteltarifvertrag abgeschlossen. Danach gibt es 1982 27 Tage bezahlten Urlaub, der bis 1985 auf 30 Werktage erhöht werden soll. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 58 Stunden und soll bis 1985 auf 55 Stunden gesenkt werden. Der Garantielohn für die im Manteltarifvertrag festgelegte Arbeitszeit soll ab dem 1.10.1982 1700 DM betragen. Er soll sich ab der 59. Wochenarbeitsstunde um 9,20 DM erhöhen.

Das Hauptproblem dieses Vertragswerkes sind hier nicht mal die harten Arbeitsbedingungen, sondern ist die Unverbindlichkeit dieser Vereinbarung. Im offiziellen Arbeitgeberverband organisieren sich kaum Unternehmer. Er spielt sozusagen den Pappkameraden für die ÖTV, während die Unternehmer ihre Verbandspolitik faktisch über den Bundesverband Deutscher Taxiunternehmer (BDT) abwickeln und dabei sorgfältig darauf achten, daß dieser nicht Tarifvertragspartner wird. Überlegungen zu einer Reform des Tarifgesetzes, um solche Praktiken zu verhindern, drängen sich hier auf.

Neben diesen allgemeinen Tendenzen gibt es im Taxigewerbe noch eine Reihe regionaler Unterschiede, die jeweils das Gewerbe vor Ort charakterisieren. So liegen in Westberlin die Umsätze im Schnitt bei 250 bis 300 Mark pro Schicht; in Hildesheim werden keine 120 Mark mehr erreicht. In der Regel wird 45% vom Umsatz als Lohn gezahlt; in Hildesheim nur 40%. Als Sonderfall muß auch Bochum erscheinen, wo es noch einen sehr hohen Festfahreranteil gibt mit 5 Tage-Woche und Gehältern um 2000 DM herum. Stark unterschiedlich ist die Disziplinierung von Fahrern in den verschiedenen Städten. Dort, wo mehrere Funkzentralen miteinander konkurrieren, greifen Funksperren weniger, weil die Fahrer zur Konkurrenz wechseln können und aus diesem Grund von vorneherein weniger ungerechte Funksperren erteilt werden.

Ergebnisse des Treffens

Aus den Situationsberichten und der sich anschließenden Diskussion wurde in Münster festgehalten, daß in nächster Zeit die Bildung eines Bundesverbandes von Taxifahrervertretungen oder die Herausgabe einer bundesweiten Fahrerzeitung wenig sinnvoll ist. Den stark unterschiedlichen objektiven Strukturen in den einzelnen Städten soll mit unterschiedlichen Strategien der Vereine entgegengetreten werden, wobei in jedem Fall die Herausgabe einer örtlichen Fahrerzeitung als förderlich angesehen wird. Die Zeitungen sollen untereinander ausgetauscht und wichtige Artikel örtlich nachgedruckt werden. Der Rahmentarifvertrag zwischen der ÖTV NRW und dem Arbeitgeberverband Westfalen soll nochmal Anlaß geben, Taxifahrer zum Eintritt in die ÖTV zu veranlassen; dies auch, um der ÖTV klarzumachen, daß sich die Vereine nicht als Konkurrenz zur Gewerkschaft begreifen.

In die Diskussion ist auch wieder gerückt, ob sich die Vereine unter Ausschluß von Unternehmern organisieren sollen oder nicht, wie die IFT in Frankfurt. Es ist die Erfahrung gemacht worden, daß man mit der reinen Forderung nach mehr Lohn und mehr Urlaub die Kollegen nicht in Bewegung setzen kann. Gerade aufgrund der überwiegenden Kleinstruktur hat das Argument vom Kuchen, der durch vermehrte Teilung nicht größer wird, ein großes Gewicht. Ohne den Nachweis, daß wirklich mehr drin ist, bekommt man keine Einheit mehr für wirtschaftliche Forderungen. Stellt man aber bei Untersuchung der Lage am Ort fest, daß viele Unternehmer eh am Rande des Bankrotts wirtschaften, muß man sich auch als Fahrerverein gleich zum Gewerbe als Ganzem verhalten; also z.B. für die Verminderung der Taxikonzessionen auf eine solche Anzahl eintreten, daß durch den gestiegenen Umsatz pro Taxe eine angemessene Bezahlung der Fahrer möglich ist.

Auf diesem Hintergrund haben die Frankfurter mit der Mitgliedschaft auch von Unternehmern in der IFT gute Erfahrungen gemacht. Sie konnten einerseits ihr Informationsniveau erhöhen, was z.B. Betriebskosten, Genossenschaftsinterna usw. angeht, wie auch andererseits unter den Fahrern und in der Genossenschaft selbst arbeiten. Für Münster, wo sich inzwischen fast 200 Fahrer organisiert haben, wird das jetzt auch neu überdacht, weil eigentlich nicht ersichtlich ist, daß durch die Aufnahme einiger Unternehmer der Vereinszweck in Frage gestellt würde.

Zwecks weiterem Erfahrungsaustausch soll das Treffen im erweiterten Kreis gegen Ende des Jahres eine Neuauflage finden. Interessenten, die in die Verteilerliste für die verschiedenen Fahrerzeitungen aufgenommen werden wollen, sollen sich an den Taxifahrerverein Münster wenden.

Taxifahrerverein Münster
c/o B. Wöstenkötter
Hensenstraße 178, 4400 Münster.

Eine normale Schicht im Taxi

11 Stunden, 80 DM für den Streß einer Nacht

Seit 6 Jahren, während meines gesamten Studiums, arbeite ich als Taxifahrer in Münster. Als sogenannte Stammaushilfe mit festen Schichten in der Woche. Das folgende Protokoll einer ganz normalen Nachtschicht soll einen Eindruck geben von den Arbeitsbedingungen.

18.00 Uhr: Schichtwechsel an der Großtankstelle. Nach dem üblichen Hin und Her um die besseren Autos, Volltanken und kurzer Kontrolle der notwendigen Begleitunterlagen kann es losgehen. Auf dem ersten Halteplatz stehen schon drei Kollegen. Auf dem zweiten Platz fahre ich als Dritter auf.

18.40 Uhr: Die erste Fahrt. Von der Südstraße zum Bahnhof, macht 4,80 DM. Kein guter Schichtbeginn. Aber ich kann mich als Zehnter am Hauptbahnhof anstellen. Das ist um diese Zeit ein guter Platz. Für den Intercity um 19.00 Uhr könnte es reichen.

19.20 Uhr: Es hat nicht gereicht. Urlaubszeit. Aber jetzt ist es soweit. Ins Kreuzviertel, 8,40 DM. Zwei Koffer in den 2. Stock. Die Frau gibt 12 DM. Immerhin. Zurück zum Bahnhof.

Aber inzwischen kennen wohl die meisten Kollegen den Fahrplan. Schon rund 20 Kollegen warten auf die 3 Fernzüge. Es gibt aber nur 16 Taxihalteplätze. Die übrigen halten in der zweiten Reihe. Natürlich taucht die Polizei auf. Manche von denen machen sich einen Spaß daraus, öfter mal wegen „Behinderung" 20 DM zu kassieren. Also fahren wir Schleifen um den Bahnhofsplatz oder stellen uns in die ordentlichen Parkbuchten.

19.55 Uhr: Endlich in die Taxenspur aufgerückt. Die Schmiere ist auch abgezogen. Zwei Kollegen haben sie aufgeschrieben. Ob was kommt, weiß man nie.

20.00 Uhr: Nach den großen Zügen gehen auf einen Schlag 10 bis 20 Taxen ab. Ich hab Glück gehabt. Nach Kinderhaus, 12,80 DM. Er gibt 14 DM. Und gleich noch mal Glück, der nächste Platz ist frei.



20.30 Uhr: Zwischenbilanz. 26 DM Einnahme, davon 45%, macht 11,70 DM. Plus Trinkgeld macht 16,20 DM. Für zweieinhalb Stunden. Das darf man schon nicht mehr ausrechnen. Und weiter warten. Oder soll man in die Innenstadt zurückfahren? Immerhin kann man hier im Außenbezirk eine bessere Fahrt erwarten.

21.10 Uhr: Na endlich. Platz Nienberge ist nicht besetzt, jetzt bin ich dran. „Nienberge Post Telefon", sagt der Funker. Jetzt ist Eile geboten. Das sind rund drei Kilometer, und je schlechter die Geschäfte, desto mehr grassiert der Fahrtenklau. Bei Telefonzellen natürlich am meisten. Also mit 100 km/h Richtung Nienberge. Zweimal bei hellrot über die Ampel. Er ist noch da, und will auch noch zum Bahnhof. Rund 17 DM werden das. Ja, wenns nur solche Fahrten gäbe.

24.00 Uhr: Nach drei kleineren Fahrten steh ich jetzt seit fast einer Stunde am Taxenplatz Drubbel. Die Fahrer hocken in den Autos oder stehen in Gruppen zusammen. Wir warten hier auf die Diskotheken- und Barbesucher. Wie immer werden die neuesten Schoten ausgetauscht. Wer wohin welche Fernfahrt (Strecke) bekommen hat, wer wann Funksperre hat usw.

„Eine Durchsage der Polizei, gesucht wird ...", plärrt es aus dem Funk. Je nach Delikt bzw. Art der Anfrage folgen die Kommentare auf dem Funk. „Das soll die Schmiere selber machen", ist vorherrschend.

Ordnungsrufe durch den Funker. Ein Disziplinarausschußmitglied droht mit Funksperren. Langsam kehrt wieder Ruhe ein.

Ob sich das Geshäft wieder erholt? Früher hatte man um diese Zeit wenigsten seinen „Blauen" eingenommen.

Irgendein Neuer sucht schon seit längerem eine Adresse. Spott der einen und hilfreiche Hinweise anderer Kollegen verschwimmen zum Funksalat. Geholfen ist ihm immer noch nicht, wahrscheinlich sucht der jetzt nervös in seinem Straßenbuch oder auf dem Stadtplan rum. Endlich hilft ihm der Funker.

00.10 Uhr: Einsteiger. „Fährst Du mich für'n Heiermann zum Kreuztor, ohne Uhr?" Vorsicht ist geboten. Auf Schwarzfahrten, bei uns „Schütteln" genannt, stehen drei Monate Funksperre. Obendrein vielleicht eine Betrugsanzeige. Aber bei der Einnahme?

00.20 Uhr: Wieder zurück am Drubbel. Einsteiger nach Mecklenbeck. 14, 60 DM. 15 Mark. Besten Dank.

Mit 100 zurück in das Zentrum. Bis Kneipenschluß gibt's da sicher noch Fahrten. Plötzlich ruft der Funker „Mecklenbeck". Auf dem Platz stand doch keiner? Auskuppeln, mit Räuspern zum Überdecken der Fahrgeräusche die möglichst knappe Meldung. „Mecklenbeck? Taxe 179" – „Stehst Du auf dem Platz?" Inzwischen stehe ich, also: „Sicher, Platz Mecklenbeck die 179, komm' ich schlecht durch?" Der Funker kennt mich, macht keinen weiteren Ärger. Irgendein Kollege erzählt was von „hohem Standgas". Aber Hauptsache ist, daß jetzt keiner an dem leeren Taxenplatz vorbeikommt. Dann gibt's wahrscheinlich Ärger. Wahrscheinlich Funkfahrtensperre für 24 Stunden.

Aber das Risiko hat sich gelohnt. Es geht für 17,60 DM zurück in die Stadt.

04.00 Uhr: Allgemeine Kaffeepause in der „Lila Eule". Manche tanzen ein bißchen, die meisten klönen und lauern auf Fahrten. Es wird Bilanz gezogen. Alles in allem liege ich nicht schlecht. Bei 14 Fahrten eine Einnahme von rund 130 DM ist ein guter Schnitt.

05.00: Abrechnung. Die letzte Stunde für eine 7-Mark-Fahrt rumgestanden. Jetzt ist Schluß. 45% von 140 DM sind 63 DM. Mit Schüttelgeld und Trinkgeld komme ich heute auf rund 80 DM. Das ist im Moment eine gute Einnahme. Für eine 11-Stunden-Schicht mit nervenaufreibendem Warten und dauernder Ungewißheit über den Verdienst.

Der SPD auf den Leim gegangen

Zum Artikel über die Landtagswahlen in Hessen von W. Preßmar in KVZ 31, Seite 6

Liebe Genossen,
es ist schon etwas seltsam, wenn sich W. Preßmar in seinem Artikel Mühe gibt, vermeintlich positive Aspekte der SPD-Politik gegenüber der CDU herauszuarbeiten, dies alles auch noch in einer kommunistischen Zeitung. Wie sehr erinnert sein Beitrag an die Argumentation so mancher Jusos vor den Wahlen vergangener Jahre, als auch versucht wurde, die SPD ungeachtet ihrer realen Regierungspolitik als das „kleinere Übel" zu präsentieren.

Delikat daran ist, daß Preßmar seine Gedanken in einer Situation vorträgt, in der große Teile der Jugend und der gesellschaftlichen Protestbewegungen sich von dem „stinkenden Leichnam" SPD endlich entfernen und nach einer grundsätzlichen Alternative zum System suchen. Anstatt dieser Abwendung von der SPD, einer Partei, die von 1914 an Hemmschuh einer befreienden Selbsttätigkeit der Massen ist, von seiten der Kommunisten Hilfestellung und theoretische Fundierung zu geben, wird den derzeitigen Versuchen der Sozialdemokraten, eine weitere Erosion mit Hilfe einiger gewerkschaftsfreundlicher Brocken zu verhindern, völlig auf den Leim gegangen.

Naiv ist es schließlich, wenn zur Begründung entsprechender Argumentationen ausgerechnet das Programm der SPD zu den Landtagswahlen herangezogen wird. Weder Grundsatz- noch Wahlprogramm waren bislang für die SPD und die anderen bürgerlichen Parteien ein Hindernis gewesen, nach den Wahlen mit aller Inbrunst eine Politik im Sinne der herrschenden Klasse gegen die Interessen des Volkes zu machen. Der Alltagsverstand der Massen, wie er sich z.B. in dem auf die bürgerlichen Politiker gemünzten Satz „Die machen ja nach der Wahl doch, was sie wollen" äußert, ist da weiter und kommt der Realität näher als die Ausführungen des Genossen Preßmar.

Deshalb werden DIE GRÜNEN und andere oppositionelle Formationen gut daran tun, weiterhin (und noch schärfer als bisher) den Charakter der etablierten Parteien (einschließlich der SPD) als Wachstumsparteien und Parteien der Kapitalistenklasse herauszustellen, wobei die Schärfung des Bewußtseins über Letzteres die besondere Aufgabe der Revolutionäre in der Wahlbewegung ist. Primär kommt es darauf an, den Abwendungsprozeß von diesen Parteien weiter zu beschleunigen und eine Massenbasis für eine *grundsätzlich* andere Politik zu gewinnen. Bündnisüberlegungen im Rahmen des bestehenden Herrschaftssystems für die Ebene von Regierungen und Parlamenten können dabei nur zweitrangig, in bestimmten Fällen jedoch sogar hinderlich sein: warum nämlich soll man sich als verunsicherter SPD-Wähler von dieser Partei abwenden, wenn plötzlich DIE GRÜNEN (oder der KBW) die sozialdemokratische Bankrottpolitik als vergleichsweise harmlos (oder gar positiv) gegenüber der CDU hinstellen und sich bereiterklären, mit Teilaspekten dieser Politik und ihren Vertretern Koalitionen und Kompromisse einzugehen?

Peter Bahn, Mainz

Nehmen die Beschäftigten alles hin – oder mißt der Beobachter mit falschen Erwartungen?

Zum Artikel „Breiter Sparwille an der Universität Köln" in KVZ 30

Der Artikel enthält leider keine Information über die Vorbereitung der Personalversammlung in Köln. Erfahrungsgemäß gelingt es auf den großen Personalhauptversammlungen kaum, eine fruchtbare Diskussion unter den Kollegen zustande zubringen. Hier sitzen die Kollegen aus verschiedenen Instituten und Abteilungen einmal im Jahr zusammen, kennen sich nicht, wissen über die Situation in anderen Bereichen nichts, treffen sich höchstens nächstes Jahr zur gleichen Situation und Veranstaltung wieder. Auf diesen Versammlungen können
wieder. Auf diesen Versammlungen können
sie, wenn es hoch kommt, mal Luft ablassen, was aber so auch nichts bringt. Fazit, die meisten halten den Mund und hören zu. Ich stelle es mir schwierig vor, auf einer solchen Versammlung mal eben über die Sparpolitik zu sprechen. Nützlich sind diese Versammlungen, um Informationen und Erfahrungen aus den verschiedenen Bereichen auszutauschen und den ÖTV-Sekretär referieren zu lassen. Sinnvoll ist es auch, den Kanzler oder Verwaltungschef vor versammeltem Publikum zu Stellungnahmen zu zwingen und zwar zu Problemen, die vorher schon in Teilversammlungen in den Bereichen mit Kollegen und im Vertrauensleutekörper der ÖTV vorbereitet und vordiskutiert wurden. Die Personalversammlung ist schließlich die einzige Möglichkeit, wo man den Dienstherrn in seiner jeweiligen Vertretung vor versammelter Belegschaft zu fassen bekommt. Diese rare Möglichkeit sollte man entsprechend Schwerpunkt mäßig nützen.

Um den Widerstand gegen die Sparpolitik zu besprechen, ist es sinnvoll in den einzelnen Bereichen Teilversammlungen abzuhalten, weil die Situation in jedem Bereich der Universität unterschiedlich ist. Je nachdem, wie sich die Sparpolitik in den einzelnen Bereichen niederschlägt, ist auch die Auseinandersetzung darüber eine andere. Meine Erfahrung ist, daß die Kollegen, die seit mehreren Jahren in den Bereichen tätig sind, die Entwicklung der Situation nachweisen und erklären können, und somit auch eine Entwicklung vermitteln können. Somit dann der Widerstand gegen die Entwicklung besser organisiert werden. Dazu ist m.E. eine Hauptpersonalversammlung überfordert.

Das Problem an den meisten Universitäten ist doch auch, daß es kaum einen Stamm an engagierten Gewerkschaftern gibt, die länger als 3 bis 4 Jahre an dem jeweiligen Bereich arbeiten. Die hohe Fluktuation im Universitätsbereich verursacht das Problem mit.

Ich bin von daher nur bedingt mit den genannten Punkten einverstanden, die als Ursache herangeführt werden dafür, daß auf die Wegnahme von Rechten angeblich so ganz widerstandslos reagiert wird.

Auf der großen Personalversammlung der Uniklinik Münster kommt auch nicht gerade eine rege Diskussion der *Kollegen untereinander* zustande. Die meisten halten den Mund und hören sich an, was sich abspielt. Zu Wort melden sich seit Jahren die gleichen, meist ÖTV-Vertrauensleute. Obwohl die Situation die ist, daß

– die Zahl der Entlassungen während der Probezeit sich im letzten Jahr von ca. 30 auf ca. 40 erhöht hat (die haben aber keine silbernen Löffel geklaut);

– Pausen in sehr vielen Bereichen nicht mehr möglich sind und häufig durch die Arbeitsorganisation bewußt unmöglich gemacht werden, weil Klinikleiter der Auffassung sind, essen könne man morgens und abends zu Hause;

– wenn Pausen gemacht werden, sie auf die Minute kontrolliert werden (Toilettenpausen inbegriffen);

– Arbeitsanfall in den Bereitschaftsdiensten zunimmt;

– die monatliche Anzahl der Bereitschaftsdienste zunimmt usw.

Die Rolle der Dienstaufsicht ist zwar in
dienste zunimmt usw.
Die Rolle der Dienstaufsicht ist zwar in
dem Artikel von der ökonomischen Seite her richtig entwickelt. Die Interessen innerhalb der Beschäftigten (Wissenschaftler und Nichtwissenschaftler) sind aber so unterschiedlich, daß man die Professoren, die auch die mächtigste Gruppe ausmachen, verschiedentlich schon als Dienstaufsicht erklären muß. Je nach politischer Schattierung wird auch hier oft jeder Handschlag unter dem Gesichtspunkt der Einsparung, bzw. unter dem Punkt der optimalen Ausbeutung der Arbeitskraft bewertet. Was hier an Interesse dahinter steckt, ist mir noch unklar. Vermutlich spielen heutzutage bei der Bewerbung um eine Chefarztstelle nicht nur medizinisch fachliche Kompetenzen eine Rolle, sondern auch die Fähigkeit, mit geringstem Personalaufwand die größte Leistung zu erbringen.

Die Situation an den Universitäten ist tatsächlich sehr unterschiedlich. Die Einschätzung, daß die Beschäftigten an der Universität die Lage einfach so hinnehmen, möchte ich bezweifeln.

ser, Münster



Diskussion

Dokument

Beschluß der GRÜNEN-HESSEN vom 14.8.1982:

Zusammenarbeit mit anderen Parteien

Die Wachstumspolitik der etablierten Parteien im Landtag ist gescheitert. DIE GRÜNEN-HESSEN stehen dazu in einem grundsätzlichen, fundamentalen Gegensatz. Sie werden deshalb keine Koalition mit diesen Parteien eingehen.

Da DIE GRÜNEN-HESSEN nicht verantwortlich sind für die menschenfeindliche und lebensbedrohende Politik der anderen Parteien, werden sie auch keine Regierungs-„Verantwortung" übernehmen, um nicht unter dem Deckmantel der Sachzwänge zu unverantwortlichen Entscheidungen gezwungen werden zu können.

Politische Verantwortung heißt für DIE GRÜNEN-HESSEN, die Fehler der bisherigen Wachstumspolitik zu benennen und neue Wege politischen Handelns einzubringen und öffentlich zu diskutieren. Zugeständnisse über grundsätzliches Wohlverhalten werden wir nicht machen. Formen und Inhalte unserer Politik bestimmen wir selbst.

DIE GRÜNEN-HESSEN sehen ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung darin, keinerlei Kompromisse in Fragen des Lebens und Überlebens zuzulassen oder einzugehen und nicht von ihrem basisdemokratischen Selbstverständnis abzuweichen.

DIE GRÜNEN-HESSEN sind zur Zusammenarbeit in Sachfragen mit den etablierten Parteien oder einzelnen Abgeordneten bereit, wenn sie Forderungen und Programmpunkte der GRÜNEN-HESSEN akzeptieren können. Wir sind jedoch nicht bereit, von unseren Inhalten abzuweichen oder für eine Auflistung von Forderungen, die nie vollständig sein kann, grüne Grundsätze aufzugeben.

Selbstverständlich ist für uns, daß eine Landesversammlung nach der Wahl eine Gruppe für Gespräche mit anderen Parteien wählt bzw. einen Schlüssel festlegt, in dem neben Mitgliedern von Fraktionen und Vorstand alle Regionen und Betroffene von Großprojekten gleichberechtigt vertreten sind.

Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen über Sachfragen sind:

- Gleichbehandlung der GRÜNEN in allen mit dem Wahlergebnis zusammenhängenden Angelegenheiten.
- Öffentlichkeit der Gespräche, d.h., die Gespräche müssen für alle zugänglich sein und protokolliert werden.

Verlauf und Ergebnisse solcher Gespräche werden auf einer Landesversammlung nach vorheriger Diskussion in den Kreisverbänden ausgewertet und entschieden.

Mal beobachtet?

Zum Artikel über die Hausarbeit in KVZ 31



Den Artikel von H. Simon über „Hausarbeit" der KVZ Nr. 31/1982 habe ich mit viel Anteilnahme gelesen. Ich bin seit 5 Monaten (nur) Mutter. Und das ist wichtig, denn der eigenen Erfahrung (und Reflektion und gucken, wie es die anderen machen) halten viele der dort geäußerten Überlegungen nicht stand (ob H. Simon auch Mutter ist?).

Warum hält sich im KBW immer noch das „Vorurteil" (wo doch, wie ich gesehen habe, die Zeit des groben Mißverstehens der Kinder und dessen, was sie brauchen, vorbei ist), bei Säuglingen sei „Kollektivziehung" möglich? Ich selbst habe ja diese Theorie mal vertreten und in meiner Pauschalisierung nicht gesehen, daß ein Säugling kein Kleinkind ist, so wie ein Kleinkind erst langsam groß wird, ein Kind noch kein Erwachsener ist. Das muß man ganz genau verstehen, fühlen. Das mache ich jetzt mit meiner Tochter: ich sehe, wie unfähig sie war und ist, mit dem um sie herum irgendetwas anzufangen. Was sie braucht, ist saugen (daher Säugling), und sich anzuklammern an die Person mit der Brust, ihre Mutter, um unendlich oft Sicherheit und Vertrauen zu schöpfen. Man kann sagen, fast ohne Unterbrechung. Damit sie morgen um so früher selbständig wird und vielleicht schon mit 3 – 4 Jahren losläßt und auf andere zugeht, die „Kollektivziehung" genießt.

Sagt mal, verdammt Ihr immer noch jegliche Psychologie als bürgerlich? Es sieht fast so aus, und das finde ich schlimm.

Genau so schlimm, daß die Erfahrungen (hier von Müttern) sich nicht in Euren Artikeln widerspiegeln, sofern sie nicht statistisch sind, sondern gefühlsmäßig. Dabei, Gefühle und Instinkte sind eine fundamentale Sache. (Ich lese Chinese Literature und bin wirklich voll Anerkennung, wieviel und wie offen und ungesiebt an Gefühlen dort hineinkommt. Zwei Beispiele: Ende der Story A Herdsman' Story, aus June 1982: „In the end, he thought, his father had not really understood, although he had said that he himself had had a form faith too. Intellectual knowledge without a basis in emotional experience was an empty thing. At some times and in some ways feelings were more important than ideas." Und aus der Titelgeschichte July 1982: Ye sagt zu einem Kader: „You're too prim. Everyone in our line must learn to smoke and drink. You're a girl of a single colour." „What do you mean by a ‚single colour'?" „Red! Politics is your job, isn't it? All political workers are dull, just like your clothes, and difficult to get on with."

Ich möchte Euch gern empfehlen, von Jean Liedloff „Auf der Suche nach dem verlorenen Glück" zu lesen, damit Ihr versteht, was Ihr mit Euren Gefühlen machen könnt.

Noch schnell ein Punkt – denn meine Kleine wacht gleich auf, und, im Gegensatz zu früher, halte ich jetzt die Produktion ei-
Kleine wacht gleich auf, und, im Gegensatz zu früher, halte ich jetzt die Produktion ei-
nes Menschen wichtiger als die andere Produktion, für ganz umfassend.

Also zu Eurer Kritik an der 18-Monate-Forderung der GRÜNEN. Es ist doch wieder die alte Tour, die hier gerittén wird. Zwar bemühen sich eine Unzahl junger Eltern, aufgrund ihrer Erfahrungen das zu formulieren, was sie brauchen (DIE GRÜNEN haben das nicht erfunden!), und das ist eben, daß die 6 Monate Arbeitsplatzfreihalten zu kurz sind. (Man schläft nachts oft nicht durch, der Säugling kann noch nicht mal krabbeln, d.h., daß man stundenlang damit beschäftigt ist, ihn auf dem Arm zu haben usw.) Aber die Bemühungen der Eltern zählen nichts, spontan machen sie's eben falsch, bis jemand vom KBW kommt und Ihnen die richtige Forderung sagt: die Ergänzung, Kindergartenplätze usw. mit zu fordern und Förderung freier Initiativen. Das letztere tun viele Eltern auch schon ohne Vorsagen, und zwar praktisch (schon den Zündstoff überall gesehen?). Aber die Forderung nach Aufbewahrungsstätten für Kinder (seien es religiöse oder andere) ist tatsächlich nicht sehr stark bei denen, die gerade ihre Zeit den Kindern widmen und deren Bedürfnisse verstehen (wollen). Ich verstehe das: Von angestellten Erzieherinnen erwarte ich ebensowenig wie von z.B. Säuglingsschwestern in der Klinik (mal beobachtet?). Sie machen halt ihren Job. (Ausnahmen gibt's natürlich.) Kinder brauchen aber Liebe und Begeisterung für sie, so wie die Luft zum Atmen. Ich finde, daß hier der neue Mensch anfängt, wo Mütter und Väter neue Verhältnisse schaffen, indem sie das Wichtigste nicht dem Rahmen der Lohnarbeit überlassen. Aber ich glaube, hier scheiden sich sowieso die Geister. Die Alternativszene ist für Euch immer noch ein Irrtum. Obwohl sie wächst und wächst. Aber Eigeninitiative, Rückzug aus Versorgungsvorstellungen und Aufgabe von Forderungen an den Staat, paßt nicht in Eure Theorie.

Ihr habt schon so viel Änderungen durchgemacht – warum laßt Ihr nicht mal versuchsweise Stücke Eurer Theorie (Marx bis Lenin) fallen und guckt mit blanken Augen, was um Euch herum passiert?

Die Leute (diejenigen zumindest, die sich und die Verhältnisse ändern wollen) reden nicht nur von, sondern *leben* ihre materielle Betroffenheit, ihr materielles Interesse, und das ist hier und jetzt und höchstens noch morgen, wenn sie noch leben. Springt Ihr nicht dauernd im Geiste in die ferne, schlecht voraussehbare Zukunft. Obwohl Ihr dann doch tot sein werdet – nur um revolutionär zu sein, weil Ihr fürchtet, ohne das vielleicht nichts zu sein?

Beate, Heidelberg

Will Senat wirklich „friedliche Lösung"?

Scholz-Papier zwecks Duldung, verstärkte Durchsuchungen und Räumung

nia. Westberlin. Während sich im letzten Vierteljahr ein immer größerer Teil der instandbesetzten Häuser um Verhandlungen bemüht hat, und sich immer konkretere Lösungsmöglichkeiten abzuzeichnen begannen, spitzt sich jetzt die Situation erneut zu. Äußerer Ausdruck davon ist der seit dem Reagan-Besuch anhaltende Durchsuchungsterror. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht mehrere Häuser durchsucht werden, fast immer mit gerichtlichen Durchsuchungsbefehlen. Die häufigsten Vorwürfe gehen vom Anbau von Cannabis über Stromdiebstahl bis Verstoß gegen das Fernmeldegesetz. Die Ausbeute der Polizei ist in der Regel lächerlich – was sie aber nicht daran hindert, dieselben Häuser wieder und wieder zu durchsuchen, und viele dabei zu verwüsten. Teilweise sind die Schäden so groß, vor allem an Strom- und Wasserleitungen, daß die Besetzer gerade noch mal von vorne anfangen können mit der Instandbesetzung.

Als am 10. August die Staatsanwaltschaft in einem Großeinsatz 15 Häuser in mehreren Stadtteilen gleichzeitig durchsuchen ließ mit dem Vorwurf des Verstoßes gegen das Fernmeldegesetz und dem erklärten Ziel, die Logistik der Häuser untereinander damit zu treffen, sie aber kaum etwas fanden, wurde es selbst dem eher rechts stehenden Chefredakteur der Tagesspiegel-Lokalredaktion zuviel. In seiner täglichen Lokalspitze stellte er fest: „Wenn dies das Ergebnis des Sturmangriffs auf die ‚Fluchtburgen' der Hausbesetzerszene war, dann könnte der Bürger eigentlich ruhig schlafen, Funkgeräte, Krähenfüße, Pflastersteine, abgebrochene Mercedes-Sterne. Gewiß keine Haushaltsartikel. Ist dies aber das Geld für die Überstunden von Polizisten wert? ... Da soll sogar einer geschnappt worden sein, der per Haftbefehl gesucht wurde. Wer auch nur gelegentlich in der Berliner Kriminalstatistik blättert oder gar hier lebt, kann sich der Rührung nicht erwehren. Eine Razzia am Bahnhof Zoo würde mit weniger Polizisten gewiß einen Fischzug mit prallerem Netz ergeben. Doch davon hört man wenig ... Vor solchem Hintergrund ist es unklug, unfair und auch unangemessen, das Hausbesetzerproblem durch Kriminalisierung lösen zu wollen. Selbst wenn in der Szene ein paar mehr Kriminelle Unterschlupf gefunden haben als in Weddinger oder Zehlendorfer Mietshäusern, bedarf das Recht zum gezielten Einsatz hier der klaren politischen Vorentscheidung."

Ende Juli wurden dann aus zwei Durchsuchungen Räumungen; in der Bergmannstraße 103 und der Goltz-

Durchsuchungen Räumungen; in der Bergmannstraße 103 und der Goltz-

straße 30. Vor allem für den Erhalt der Goltzstraße hatten nicht nur die Besetzer, sondern schon seit mehreren Jahren auch die Anwohner gekämpft. Bausenator Rastemborski erklärte zu diesen Räumungen, er sei weiterhin an friedlichen Lösungen interessiert; nur seien halt in diesen beiden Fällen die Bau- und finanzierungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Räumung entsprechend der „Berliner Linie" erfüllt gewesen. Die katholische Kirche, der die Glotzstraße 30 gehörte, hatte dagegen erklärt, sie habe es eigentlich gar nicht so eilig gehabt; aber der Innensenator habe jetzt räumen wollen.

In der Stadtzeitung ZITTY schrieb der Kreuzberger Baustadtrat Orlowsky in dieser Frage: „Die ‚Berliner Linie'. Früher hatte sie noch den Zusatz – ‚der Vernunft'. Den hat man schon weggelassen. Ein Eingeständnis? Uns ist nie – auch in der Amtszeit des vorigen Senats – ganz deutlich geworden, was damit wirklich gemeint war, gemeint sein könnte."

Einen Vorschlag zur Erweiterung der „Berliner Linie" hat derweil Justizsenator Scholz gemacht. Ende Juli ist sein Diskussionspapier für den Senat bekannt geworden, das „grundsätzliche Überlegungen zur Hausbesetzerfrage anstellt und die neuen Entwicklungen der Besetzerszene berücksichtigen" soll. Zentraler Punkt des Papiers ist, die bau- und finanzierungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Räumung um strafrechtliche und polizeitaktische Kriterien zu erweitern, so daß „Häuser, aus denen heraus schwere Straftaten begangen werden, auch bei fehlender Nutzungsreife zu räumen" seien. Nach polizeilichen Erkenntnissen seien 25 Häuser derartige „kriminelle Fluchtburgen". Ein zweiter Punkt, der von den bürgerlichen Medien großartig als Schritt zur Befriedung und „Legalisierung" verkauft worden ist, ist der Vorschlag, Häuser, die mit den Besitzern Verhandlungen führen, nicht mehr als „instandbesetzt", sondern als „befriedete Besitztümer" zu definieren, da die laufenden Verhandlungen ein „privat-rechtliches Verhältnis" zwischen Besitzer und Besetzern begründeten. Was nicht heißt, daß sie nicht mehr geräumt werden könnten. Allerdings solle der Besitzer in diesem Fall erst vor Gericht auf Räumung klagen, wie bei jedem Mieter auch. Somit wäre die Angelegenheit ganz eine Sache des Privatrechts, und nicht mehr politische Angelegenheit des Senats.

Scholz unterscheidet in seinem Papier zwischen drei Kategorien von Häusern:
a) Häusern, über deren zukünftige Nutzung zwischen Eigentümern und Besetzern gesprochen wird,
b) in denen keine Gespräche stattfinden – ca. 40 – und
c) Häuser, aus denen heraus schwere kriminelle Straftaten begangen werden. In den ersten beiden Fällen solle der Senat Gespräche mit dem Ziel einer privatrechtlichen Nutzungsvereinbarung fördern, unabhängig davon, daß weiterhin die „Berliner Linie" gilt.

Senatssprecher Ade erklärte dazu, daß dieses Papier erst nach der Sommerpause im Senat beraten werde. Daß noch vor den Beratungen des Senats die „Fluchtburgen" geräumt würden, sei nur bei „akuter Gefahr" zu gewärtigen.

Die Besetzer sehen die sich häufenden Durchsuchungen in Zusammenhang mit dem Scholz-Papier: „Zu den Versuchen, die Besetzer in Verhandler und Nicht-Verhandler zu spalten, kommt jetzt ein neuer Trick: die Spaltung in Kriminelle und Nicht-Kriminelle. Dabei machen sie es sich denkbar einfach: je öfter ein Haus durchsucht worden ist, desto krimineller ist es – und durchsuchen können sie wegen jedem Scheiß." (Besetzerräte Kreuzberg 36 und 61). Damit soll die passende Stimmung für eine neue Räumungswelle geschaffen werden.

In ihrer Erklärung wertet die Verhandler AG „zur verlorenen Unschuld" (NH-Häuser) das Papier außerdem als einen Versuch, dem Senat eine verantwortliche Politik zu ersparen: „Setzt sich die Idee durch, besetzte Häuser zur Privatsache der Eigentümer zu degradieren und diese auf den Klageweg zu verweisen, so werten wir dies als eine politische Bankrotterklärung dieses Senats. Die Gesetze und Praktiken, nach denen die menschenverachtende Sanierung funktionierte, wurde von politischen Instanzen unter voller Zustimmung der CDU geschaffen. Für den Widerstand dagegen fühlt man sich nun plötzlich nicht mehr zuständig."

Tatsächlich sind die Verhandlungen der NH-Häuser wie auch zum großen Teil in Kreuzberg und in Schöneberg an einem Punkt angelangt, wo ihr weiterer Erfolg von der politischen Entscheidung des Senats abhängt: Besetzer und Besitzer haben sich über zumindest vorläufige Konzepte verständigen können, und jetzt steht die Frage nach der finanziellen Realisierung dieser Konzepte auf der Tagesordnung. Jetzt muß der Senat beweisen, ob ihm tatsächlich an einer friedlichen Lösung liegt.

Dabei gibt es immer noch genug, denen nichts lieber wäre als alles zu räumen. Und verglichen mit dem vergangenen Jahr, als die acht NH-Häuser geräumt wurden, ist die öffentliche Solidarität sehr gering geworden. Und das liegt nicht nur am Senat, sondern auch an den Besetzern selber, die es lange Zeit vernachlässigt haben, ihre Politik für die „Normalbevölkerung" verständlich zu machen. Sie haben lange Zeit den Fehler gemacht zu glauben, sei seien alleine stark genug, ihre Forderungen durchzusetzen, und zu glau-

Fortsetzung Seite 6

Direkt nach der Räumung am 27.7. wird das Haus Glotzstraße 30 in Westberlin abgerissen.

berlin abgerissen.

S.H.I.K. – Kiezgenossenschaft nicht nur für besetzte Häuser

nia. Westberlin. Seitdem vor rund eineinhalb Jahren die ersten Trägermodelle als Lösung für die besetzten Häuser vorgeschlagen wurden, wurde in Kreuzberg von den dortigen Mietervertretungen Bürgerinitiative SO 36 und Verein SO 36 über die Möglichkeit eines kiezbezogenen Trägers diskutiert. Anfang Juli wurde dann S.H.I.K gegründet: „Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg"; eine Genossenschaft als Träger für Häuser, deren Bewohner sie selber instandsetzen, modernisieren und verwalten wollen. Anders als „Netzbau" ist S.H.I.K von Gruppen gegründet worden, die seit Jahren gemeinsam in Kreuzberg 36 für eine andere Wohnungspolitik kämpfen.

Neben dem Verein und der BI SO 36 waren an der Gründung beteiligt drei ansässige evangelische Kirchengemeinden und sieben bereits eingetragene Hausvereine besetzter Häuser. Die Genossenschaft soll Hauseigentum in Form der von Erbbau- oder anderen Verfügungsrechten erwerben und ihren Mitgliedern zur Nutzung in Selbstverwaltung übertragen. Mitglieder der Genossenschaft sind Hausvereine, die sich als juristische Personen gegründet haben und einen Geschäftsanteil von 5000 DM übernehmen.

In der Satzung werden „Zweck und Gegenstand" der Genossenschaft u.a. so bestimmt:

„Die Genossenschaft setzt sich (...) zum Ziel, soziale Strukturen in Kreuzberg SO 36 zu erhalten. Sie unterstützt die Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens und -arbeitens im Kiez, vor allem unter Berücksichtigung der ausländischen Bevölkerung. In diesem Rahmen soll besonders Gewicht gelegt werden auf die Unterstützung kultureller Aktivitäten im Stadtteil. – Der Zweck soll erreicht werden durch Unterstützung bereits bestehender und Ausbau weiterer sozialer Einrichtungen, sowie bewohnerorientierter und nicht profitorientierter Altbauinstandsetzung; weiterhin durch Bereitstellung von Gemeinschaftseinrichtungen der Genossenschaft und personelle sowie materielle Unterstützung (...) Die Genossenschaft setzt sich für die Erhaltungen, Instandsetzung und Modernisierung vorhandener Altbausubstanz ein. Dabei fördert sie insbesondere die Entwicklung energiesparender und biologischer Bauweisen. – Die Genossenschaft entwickelt zusammen mit den Bewohnern Bau- und Finanzierungspläne und beantragt öffentliche Förderungsmittel."

Damit soll S.H.I.K nicht nur ein Modell für die besetzten Privathäuser im Gebiet sein, sondern ein neuer, von den Bewohnern getragener Ansatz zur Lösung nicht nur der Wohnungsprobleme im Kiez. Die Genossenschaft soll keine reine Hausverwaltung sein, sondern sich auch um den Ausbau der Infrastruktur kümmern. S.H.I.K hat gute Aussichten, vom Bausenator als Selbsthilfeträger anerkannt zu werden, was Voraussetzung dafür ist, öffentliche Mittel für Instandsetzung und Sanierung in Selbsthilfe zu erhalten.

Ein Teil der besetzten Häuser hat sich an der Gründung erst gar nicht beteiligt. Bislang sind es erst acht Häuser, die mitmachen, aber auch sie stehen dem Modell zum Teil noch recht skeptisch gegenüber, denn – natürlich – ist noch längst nicht klar, wie es laufen wird.

Die Bereitschaft der Spekulanten, denen die besetzten Häuser gehören, sie irgendwie loszuwerden, ist erheblich gestiegen, seit sich für sie die Chance abzeichnet, Ersatzgrundstücke im Neubaugebiet „Südliche Friedrichstadt", einem IBA-Projekt zu erhalten.

Entscheidend für die Realisierung des Modells wird daher sein, was jetzt der Senat tut. Denn Voraussetzung dafür ist, daß das Land Berlin die betreffenden Häuser erwirbt und den Trägern zur Verfügung stellt. An der Entscheidung des Senats wird sich erweisen, wie ernst es ihm ist mit der „friedlichen Lösung".

Veranstaltungen

Karlsruhe
Wochenendseminar zu Ticktin: Planlose Wirtschaft. Ticktins Analyse der UdSSR setzt sich kritisch vom „bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat" und der „Restauration des Kapitalismus" ab. Schützenstraße 63, Hinterhaus
Beginn: Samstag, 28. August, 10.00 Uhr

Sommerhochschule Rüsselsheim 24.8. – 11.9.1982
24.8. Entwicklungsaussichten des Arbeitsmarktes im Rhein-Main-Gebiet in den 80er Jahren, Vortrag von Wendelin Kreß (HLT) und Hans Bernhard Baumstieger
25.8. Was können die Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit tun? Vortrag von Peter Krytowski (IGM Darmstadt)
36.8. Sichere Arbeitsplätze bei den Großbetrieben des Rhein-Main-Gebietes? Vortrag von Dr. Egon Winter
jeweils 18 Uhr, Fachhochschule Rüsselsheim, am Brückenweg 26
Veranstalter: Fachhochschule Wiesbaden, Volkshochschule, Arbeit und Leben, Industrie- und Sozialpfarramt, Hessische Erwachsenenbildung

Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
Das Treffen soll zwei Schwerpunkte behandeln. Einmal die Möglichkeiten und Bedingungen von Alternativen in der Wohnungsversorgung im Rahmen von „alternativer Wirtschaftspolitik" insgesamt. Als Material hierzu sollen die entsprechenden Artikel in der Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf" dienen. Zweitens soll das Zusammenwirken der bestehenden wohnungspolitischen Instrumente – vom Bauherrenmodell bis zum sozialen Wohnungsbau – untersucht und diskutiert werden. Als Material hierzu dient ein entsprechender erstmaliger Bericht der Bundesregierung; der Bericht (BT-Drs 9/1708) wird von uns beschafft und geht den Teilnehmern sofort nach Anmeldung zu. Weiter stehen Lektüreberichte zu einzelnen Punkten auf dem Programm.
Beginn: Samstag, 28.8.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 29.8.1982, gegen 16.00 Uhr

Frauen
nähere Angaben siehe KVZ 32, S.5
Beginn: Samstag, 28.8.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 29.8.1982, 14.00 Uhr

Fragen der Friedensbewegung
nähere Angaben siehe KVZ 32, S. 5
Beginn: Samstag, 4.9.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.9.1982, gegen 16.00 Uhr

Bildungswesen
Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe wird sich mit den Ausgangspunkten der Bildungsreform und der aktuellen Entwicklung im Bildungswesen befassen. Eine Literaturliste wurde an die Teilnehmer verschickt (kann aber auch noch abgerufen werden).
Beginn: Samstag, 4.9.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.9.1982, spätestens 16.00 Uhr

Anmeldungen bis spätestens 14 Tage vorher

Anmeldungen bis spätestens 14 Tage vorher

Zum **Antikriegstag am 1. September** wird ein Flugblatt, DIN A 3, erscheinen. Schwerpunkte: Die NATO – ein Verteidigungsbündnis? Wie kann sich der DGB darauf beziehen? – Einige Vorstellungen alternativer Verteidigungspolitik und was die GRÜNEN dazu zu sagen haben. Das Flugblatt muß rasch über BUCHVERTRIEB HAGER bestellt werden und wird mit KVZ 34 ausgeliefert.

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Buchbesprechung

Die Grünen – Regierungspartner von morgen?

Börner weiß, was er will und was er zu fürchten hat. Die SPD an der Regierung halten – ein Traum; keine unentschiedene Stimme eines Enttäuschten an die Grünen verlieren. Mit martialischen Tönen werden die Ränge der SPD und der Gewerkschaftsapparat ausgerichtet, um das Parteien- und Regierungsgefüge zu erhalten. So herum soll allen Hoffnungen das Wasser abgegraben werden, durch den Einzug der Grünen in den hessischen Landtag würde sich auch nur irgendwas ändern, es sei denn nach rechts, und da hat ein Teil der SPD-Spitze samt „Vorwärts"-Redaktion auch schon einen Schuldigen parat: die Grünen als schwarze Mehrheitsbeschaffer. Der Beschluß der grünen Landesversammlung, prinzipienfeste Fundamentalopposition, auf keinen Fall Regierungs-„Verantwortung" – arbeitet dem herrschenden SPD-Flügel leider wunderbar in die Hände. Was sich überhaupt in der SPD noch als links begreift und die Fühler in Richtung Grüne auszustrecken begonnen hat, droht so von beiden Seiten vollends zerrieben zu werden. Mag sein, daß nach dem Wahlakt die Karten nochmal durchgemischt werden, und die Grünen haben sich einiges offengehalten, aber rosig sind die Aussichten für eine weitere klassenmäßige Polarisierung vermittels der Hessenwahl im Moment nicht. Eher sind mehr Stimmenthaltungen als nötig zu erwarten, was immer der CDU zugute käme.

Sowieso ist Hessen natürlich nicht einfach mit Hamburg zu vergleichen, aber die für eine mittelfristige Umwälzung innerhalb der SPD notwendige Kräfteverschiebung ist so erstmal erschwert, und auf einen Innenminister Cohn-Bendit, den sich der taz-Kommentator wünscht, wird man noch lange warten.

Nach den Wahlerfolgen der Grünen und Alternativen und den bisherigen Erfahrungen mit Parlamenten und der Bewegung drängt sich die Frage: Wie hältst Du's mit der Regierung? auf, und zwar unter viel weiterreichenden Gesichtspunkten, als sie oft vordergründig als Frage von Kompromißlertum, Reformismus, Verrat und Korruptionsgefahr contra immer basisverbundene Fundamentalopposition diskutiert werden. So, als Frage der politischen Strategie, wird das Problem wohl vor allem von Teilen und Sympathisanten der AL in Westberlin wenigstens aufgeworfen – jedenfalls soweit man das dem jüngsten Spiegel-Buch*, um das es eigentlich hier gehen soll, und einigen Artikeln aus dieser Zeitung entnehmen kann – während bei den Fundamentaloppositionellen der Gedankengang nach dem Nutzen der Gedankengang nach dem Nutzen einer Parlamentsfraktion der Bewegung letztlich dabei abreißt, Sand im Getriebe, Hefe im Teig, Pfahl im Fleisch, Hecht im Karpfenteich der Etablierten und wie die Bilder alle heißen, sein zu wollen. So ehrenhaft und beliebt bei der Basis solch konsequentes Festhalten an Prinzipien „in Fragen des Lebens und Überlebens" sein mag, bleibt dabei doch ziemlich offen, was von diesen Prinzipien wie durchsetzbar ist und ob nicht bald Enttäuschung sich einstellt. Enttäuschung als Resignation darüber, daß nach Demonstrationen und Protesten aller Art auch der Schritt ins Parlament nicht zu Erfolgen geführt hat, und gerade nicht – was ja anzustreben ist – ein Bewußtsein über die *Grenzen*, die jeder parlamentarischen Vertretung gesetzt sind, was Anstöße zur Weiterentwicklung der Politik der Bewegung geben könnte.

Es ist auffällig, daß in der strategischen Debatte zwar die Beschränktheit parlamentarischer Arbeit mehr oder minder klar wie ein Gemeinplatz behandelt wird, die Analyse des *bürgerlichen* Staats, aus der heraus diese ja letztlich nur erklärt werden kann, bisher kaum angegangen worden ist (vgl. Kommunismus und Klassenkampf 6/1982 und den Aufsatz von K. Weber in Kommunismus und Klassenkampf 8/1982). Wird aber der Klassencharakter bürgerlicher Demokratie nicht untersucht, begreift man den Staat nur als bürokratische Maschine, kann eine Strategie und Taktik, die auf Entstaatlichung zielt, kaum ausgearbeitet werden.

. Wie sieht die Gratwanderung aus und wohin geht sie? Einen Pyrrhussieg, daß „die Grünen rasch parlamentarisches Land gewinnen ...", fürchtet der skeptische W.-D. Narr in doppelter Form: „Zum einen könnte es wohl geschehen, daß die Woge, die die Grünen (hier Oberbegriff auch für grün-alternative Listen, cof.) trug, aus verschiedenen Gründen rasch wieder abebbt. (Und ob die Grünen ein längeres Wellental überstehen, gerade weil sie der ‚Bewegung' alles verdanken, ist fraglich.) Zum anderen möchte es auch sein, daß die Grünen zur oft diskutierten ‚dritten' oder ‚vierten' Partei werden. Als gehörte sie schon immer dazu, könnte sie ‚Fleisch vom Fleisch' etablierter Parteien werden, die die ‚Berührungsängste mit der Machtfrage verloren' hat ..." Mit „Überlebensfragen" allein lasse sich keine Politik machen, es sei denn, man hege eine Heilserwartung (die er im übrigen Bahro unterstellt) „darauf, daß aufgeschichtete Probleme ... auch den Gang der Geschichte in Richtung einer neuen Politik auf neuer Erde bestimmen. Mitnichten." Vielmehr müßten die Augen geöffnet werden für eine wirksame Politisierung länger anhaltender Art, und gerade hier dürften die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, vor allem ihre politischen Niederlagen, nicht beiseite gelassen werden, um daraus zu lernen.

Daß über langerfristige Perspektiven kaum nachgedacht, sondern sie eher verdrängt würden, klagt auch Ernst Hoplitschek (in seinem Beitrag: Partei, Avantgarde, Heimat – oder was?). „Der Grund liegt in der fehlenden Strategiediskussion ... Bei der AL Berlin steht die Strategie nirgends schwarz auf weiß. Sie entsteht gemäß den jeweils sich herausbildenden Problemen und gemäß den jeweils sich formierenden Teilbündnissen mit politischen Gruppen außerhalb der AL ..." Das Dilemma beschreibt er – mit optimistischerem Blick in die Zukunft und m.E. allzu leichtfertigem und oberflächlichem Urteil über das Bewußtsein der Massen – ähnlich wie Narr: „Will sie (die AL) weiterhin in erster Linie über Aktionen Teil der außerparlamentarischen Bewegung bleiben, so wird sie Gefahr laufen, unter die tödlichen fünf Prozent zu fallen. Nach aller Erfahrung wäre dies das ‚Aus' für die AL. Darüber hinaus ist bei vielen im Bewußtsein, daß gerade ‚Bewegungen' den Charakter von Konjunkturbewegungen haben: Darauf langfristig zu setzen, erscheint mehr als gefährlich. Viele geben intern zu, daß das größte Problem nicht 151 besetzte Häuser sind, sondern die Millionen betroffener Mieter, die tagsüber entfremdet arbeiten und im System hängen, die etablierten Parteien wählen, ‚BZ' oder ‚Bild' lesen, vor der Glotze sitzen und ‚Ausländer raus' fordern. – Kurz: Entweder die AL bleibt Bewegungs-Partei für die Nischen-Kultur, oder sie entwickelt eine gesamtgesellschaftliche Strategie, die auch den Massen zugänglich wird. Sie kann sich auch der Frage der ‚Macht' stellen oder 50 Jahre darauf warten, bis sie 51 Prozent der Wählerstimmen erhält." „Insider" – Leute wie er also? – wüßten, daß die AL ohnehin nur ein notwendiges Übergangsstadium sein könne, „um vorzustoßen zur handlungsfähigen politischen Kultur eines ‚modernen' Sozialismus als Zielsystem".

Flott, nur fürchte ich, das wird nichts werden, solange wie mir scheint, „Nischen" und „Massen" als völlig getrennt voneinander gesehen werden. Das erinnert, sicher unbeabsichtigt, an die „antikapitalistische Politik auf ökologischer Basis" des Bremer Abgeordneten Olaf Dinné, der gegen „Kapitalverwerter und ihre Handlanger in Staat, Parteien und *politischen Randgruppen* auf die Barrikade für die ‚normale' Bevölkerung" gehen will und heute mit Gruhl und Springmann unter den Fahnen der „Ökologischen Demokratischen Partei" segelt. Doch dieser Vergleich ist vielleicht unzulässig, zumal Hoplitschek selber in seinem Beitrag einigen Wert auf stattgefundene Gespräche mit dem DGB aus Anlaß des gegen CDU wie Bundesregierung gerichteten „beschäftigungspolitischen Sofortprogramms" legt. Nur bleibt er, gerade angesichts der von ihm beschriebenen inhaltlichen Krise der AL im Zusammenhang mit dem Streit um den Minimalkonsens in der Friedenspolitik, jede Antwort schuldig, wie hier weiterzukommen sei, wie der Delegiertenrat (neue und unerfahrene Delegierten würden von den „Strategen" überrollt) seine Funktion erfüllen könne; wie man hier überhaupt neben seiner Einschätzung darüber, wie die AL-Politik so allgemein beurteilt wird, einen eigenen Standpunkt vermißt.

Deutlicher nimmt der AL-Abgeordnete und FU-Professor Martin Jänicke (Parlamentarische Entwarnungseffekte? Zur Ortsbestimmung der Alternativbewegung) zu Chancen und Gefahren der „Mitbenutzung" der Parlamente Stellung. Zwar mutet sein Begriff des „Erwerbssektors", der die gesellschaftliche Entwicklung alleine bestimme, der – massiv organisiert – seine Interessen von Spezialisten hauptberuflich und mit beträchtlichen Finanzmitteln vertreten würde, etwas seltsam an – sind damit Kapitalisten wie gewerkschaftliche und betriebliche Vertretungen gemeint? Und auch die Antwort auf die Frage, „warum die parlamentarische Ebene betreten wurde, obwohl ihre Bedeutung im Hinblick auf notwendige Steuerungsleistungen doch gerade von der Alternativbewegung als gering angesehen wird", ist etwas blaß: Duchbrechung der Nachrichtensperre, dem Parteiensystem Themen aufzwingen, Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten und der Infrastruktur für unterprivilegierte Organisationen wie Bürgerinitiativen, Mieterinitiativen (den Selbsthilfeorganisationen der außerhalb des Erwerbssektors vernachlässigten Schutzinteressen), die Möglichkeit, auch im Wahlakt seinen politischen Protest zu artikulieren.

Das größte Problem der Alternativparteien sei aber möglicherweise der Widerspruch zwischen parteipolitischem Erfolg und einer Unwirksamkeit in der Sache. Das verschärfe sich noch dadurch, daß der parlamentarische Auftritt der Alternativ-Bewegung „sehr wohl geeignet ist, Illusionen zu schaffen, die vermieden werden müßten ... Die paradoxe Folge wäre ja, daß der Veränderungsdruck auf das politische System nachlassen würde." Verändert werden soll seiner Meinung nach vor allem das Parlament, beispielsweise durch Stärkung der plebiszitären Rolle des Bürgers. Musterschüler dieser Institutionen dürften alternative Fraktionen keinesfalls sein. An seiner Konzeption, sich im Parlament auf „strategische Konflikte" zu konzentrieren, sind von dem Ziel her, es wieder (?) zum Ort von Grundentscheidungen zu machen, in der Konsequenz wohl Zweifel angebracht.

Doch erklärt sich das daraus, daß er eben davon ausgeht, daß sich die Systemfrage heute nicht stellt. „Stünde sie auf der Tagesordnung, würde vor allem zweierlei aktuell: Die Eigentumsverfassung der Unternehmungen und deren Weltmarktverflechtung ... Die Alternativ-Bewegung kann dies kritisch deutlich machen. Auch kann sie auf Änderungen der politischen Kultur hinwirken oder ‚autonome Bereiche' in der Gesellschaft schaffen." Aber heißt das, daß sie sich, wie Jänicke meint, „an weitergehenden Zielen ... derzeit verheben" würde? M.E. „verhebt" sie sich dann, wenn sie konkrete Tagesforderungen aufstellt, *ohne* immer schon die „Systemfrage" aufzuwerfen, was mehr ist als „kritisch deutlich machen". Läßt sich denn heute z.B. auch nur ein Stück „Humanisierung der Arbeitswelt" – wie jetzt Steinkühlers Tarifvertragsentwurf – zur Forderung einer Massenbewegung und damit durchsetzbar machen, ohne Kritik der kapitalistischen Ökonomie, ohne zumindest in Umrissen die Ökonomie der Arbeiterklasse dem gegenüber zu stellen?

Schließlich bleibt auch hier am Ende der Widerspruch, daß auf der einen Seite festgestellt wird: „Daß heute der Zusammenhang von ökologischer und ökonomischer Krise nicht nur eine allgemeine Phrase ist, sondern bis hin zu Alternativkonzepten präzisiert worden ist, gehört zu den positiven Ergebnissen der parlamentarischen Betätigung dieser Bewegung ... Die Alternativen ... diskutieren – in größerer Nähe zu den Gewerkschaften als früher – über Formen des qualitativen Wachstums ..." Aber wird zum Beispiel auch nur ein „realistisches Beschäftigungsprogramm" durch eine Politik von unten durch eine „demokratische Weiterentwickung der mehrhundertjährigen Institutionen des Parlamentarismus" möglich, wenn sich die Bewegung mit Proteststimmen und in der Sache mit politischer Wirkungslosigkeit begnügt? Wenn Politik von unten nicht auf mittlere Sicht u.a. auch Wahlerfolge *wirkungsvoll* zu nutzen versteht, dann bleibt doch nur das Warten auf 51% für die AL mit der Gefahr, daß Handlungsspielräume auch wieder verloren gehen und man auf eine neue Protestwelle zu setzen verwiesen ist.

Worum es mir geht, ist nicht auf Biegen und Brechen und unter Hintanstellung aller Ziele auf alternative Minister, umringt von der SPD, zu setzen, die dann doch ausgetrickst werden oder zum baldigen Rücktritt gezwungen sind (siehe die Marburger und die Kasseler Erfahrungen), noch meine ich, daß die Bewegung erst mit einem perfekten revolutionären Programm in der Tasche politikfähig wird.

Und nicht zu übersehen ist auch, daß sich die Frage der Koalition oder Duldung einer Minderheits-Regierung allein aufgrund der unterschiedlichen Wahlergebnisse überhaupt erst abzuzeichnen beginnt und auch das nur in Hamburg und vielleicht in Hessen, anders war's wieder in Berlin.

Ich denke, daß es so, wie der Streit um Fundamentalopposition versus Reformismus gerade jetzt in Hessen geführt wird, nämlich ziemlich inhaltsleer, übel ausgehen wird. Für die Formulierung einer Verhandlungsposition mit der SPD – für den Versuch einer solchen Formulierung – spricht dagegen einiges: Erstens, daß meines Erachtens der größte Teil der Wähler der Grünen das erwartet, zweitens, daß dadurch die Auseinandersetzungen in den anderen Parteien befördert werden, schließlich, daß über die Auseinandersetzung bei den Grünen und in den sozialen Bewegungen selbst, welche konkreten Forderungen eigentlich sinnvoll hier und jetzt für die parlamentarische Arbeit formuliert werden könnten, sich am allerbesten größere Klarheit über den Staat, die Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischer Arbeit und die strategischen Perspektiven dieser Bewegungen erreichen läßt.

cof.

*) Jörg R. Mettke (Hrsg.): DIE GRÜNEN. Regierungspartner von morgen?, Spiegel-Buch 27 bei Rowohlt, August 1982, DM 16 – Mit Gespür für die Marktlücke hat der Spiegel-Verlag eine Art Reader zusammengestellt. Sieben grüne bzw. Al-Abgeordnete und Vorständler berichten in im Mai / Juni dieses Jahres eigens für das Buch geschriebenen Beiträgen von ihrer Gründungsgeschichte, reflektieren die Erfahrungen in den Parlamenten und stellen am Ende zumeist knappe Überlegungen zu den Aussichten der Taktik von Standbein (die Bewegung) und Spielbein (Arbeit der Parlamentsfraktion) an. Dem vorangestellt wurden „Analysen der wechselnden Konzepte der neuen Kraft" (Klappentext) und das Spiegel-Gespräch mit Petra Kelly (aus Nr. 23/1982). Als „prominente Vertreter der Bonner Parteien" äußern sich Rau (SPD), Remmers (CDU) und Verheugen für die FDP über ihr Verhältnis zur neuen Kraft und (vor allem Remmers) über sich selbst. Wolf-Dieter Narr, FU-Professor in Westberlin und „skeptischer Sympathisant" der Grünen, schrieb – als einziger der Autoren in Kenntnis der übrigen Beiträge – das Nachwort: Andere Partei oder eine neue Form der Politik? Zu Zerfall und Stabilität des bundesrepublikanischen Parteiensystems oder den Erfolgschancen der Grünen – wichtige Fragen in literarisch arg bemühter Hülle.



Die Westberliner AL-Fraktion vor dem Schöneberger Rathaus

Fortsetzung von Seite 5

„Friedliche Lösung"? ...

ben, daß sie allein über den Kampf auf der Straße durchzusetzen seien. Und sie haben sich zum Teil immer mehr abgekoppelt vom Kampf für eine andere Wohnungspolitik, obwohl dies ja einmal erklärtes Ziel der Instandbesetzungen war.

Für den 22. September – dem Tag, als die acht NH-Häuser geräumt wurden und Rattey starb – ist jetzt begonnen worden, Aktionstage und eine Demonstration zu organisieren. Wieweit es damit gelingt, dem wachsenden Druck entgegenzutreten, wird vor allem davon abhängen, ob es wieder gelingt, die Verbindung zum Kampf gegen die Wohnungspolitik des Senats insgesamt herzustellen. Ansätze dafür gibt es; wie z.B. das Kreuzberger Modell. Dann kann es auch gelingen, aus den laufenden Verhandlungen mehr zu machen als bloße Verteidigung von 130 Häusern.

Bisher ist der Senat – auch der vorige – immer um eine klare Entscheidung herumgekommen. Immer wieder, seitdem im Dezember 1980 die Auseinandersetzungen begannen, ist dann, wenn sich greifbare Lösungsmöglichkeiten abzeichneten, der Abbruch der Verhandlungen provoziert worden: durch Polizeieinsätze, die entweder die politische Staatsanwaltschaft oder der Innensenat veranlaßt haben: die „friedliche Lösung" ist bisher immer von seiten des Staats verhindert worden.



Reagonomics an den Universitäten: Die ärmeren Studenten werden hinausgedrängt

Interview mit einem Vertreter der Progressive Student Organisation, Berkeley/USA

Im nächsten Semester werden die Studenten an der Universität von Californien (UC), Berkeley – wie überall im Land – verstärkt die Auswirkungen der Reagonomics zu spüren bekommen: finanzielle Kürzungen, Angriffe auf Rechte der Studenten aus der Dritten Welt, auf erkämpfte Positionen der Frauenbewegung. Wie wird das im einzelnen aussehen?

Auf nationaler Ebene sind eine Reihe von drastischen Kürzungen in Studienbeihilfsprogrammen geplant; sie sind zwar noch nicht alle durch, zeigen aber die Richtung an: finanzielle Bundeshilfen für 1983/84 sollen um 56% gegenüber dem letzten Jahr beschnitten werden, wobei z.B. die „Pell"-Beihilfen für die bedürftigsten Studenten insgesamt um 40% reduziert und die Maximalhöhe der einzelnen Unterstützungen gesenkt wird; andere Programme sollen ganz gestrichen werden. Durch ist bereits, daß der Bund ab 1985 den Studenten Sozial-Versicherungs-Gelder (Social Security) streicht; die haben bisher 20% aller studentischen Bundesbeihilfen ausgemacht. Über 50% aller graduierten Studenten sind auf billige Darlehen angewiesen, diese sind jetzt abgeschafft worden.

Die Studiengebühren – die sind Ländersache – steigen enorm an. An den verschiedenen Universities of Carlifornia (UC) – den besten im Lande – werden 60–70%ige Erhöhungen geplant. Im letzten Jahr mußten wir im Quartal 468 $ zahlen; als ich vor vier Jahren hier anfing, waren es noch 200 $; in den 60er Jahren war die Ausbildung unentgeltlich. Die zweitbesten Unis im Land, die State Universities, wollen gar 100%ige Erhöhungen durchbringen! Auch die Studenten an der privaten Eliteschule Stanford bekommen das zu spüren: ab Herbst betragen die Studiengebühren 8200 $ im Jahr.

Die Folgen von all dem: die Universitäten, besonders die besseren, werden immer mehr zu Schulen für die Reichen, die Ärmeren werden hinausgedrängt. Besonders betroffen sind die Dritte-Welt-Studenten. Seit den 70er Jahren nimmt ihre Zahl ab. Das wird sich noch verstärken. Um diesen Prozeß zu beschleunigen, bauen z.B. die State Universities das „Ausbildungsmöglichkeits-Programm" (EOP) ab, das Dritte-Welt-Studenten durch Beihilfen und Nachhilfe den Zugang zur Universität erleichtern sollte. Ohne dieses Programm könnten 70% der jetzigen EOP-Studenten nicht an den State Universities studieren.
zigen EOP-Studenten nicht an den State Universities studieren.

Die Frauenbewegung hat eine Reihe von Programmen erkämpft, die jetzt ebenfalls beseitigt werden sollen. So das Frauen-Studien-Programm und das Kinderbetreuungsprogramm. An der UC Los Angeles konnte solch ein Angriff vor einiger Zeit zurückgeschlagen werden. Gerade an der Stelle, wo die Kindertagesstätte war, sollte nach Öl gebohrt werden; die Kindertagesstätte wollte man ohne Ersatz abreißen. Es gab viel Protest, die Uni mußte zurückstecken.

Einschnitte wird es auch im Lehrpersonal geben. Schon heute sind die Größen der Klassen enorm. Auch im größten Vorlesungssaal auf dem Campus müssen die Vorlesungen über Lautsprecher auf andere Räume übertragen werden. Das wirkt sich natürlich auf die Qualität der Ausbildung aus. Was das Lehrpersonal angeht, so ist außerdem an eine unterschiedliche Bezahlung gedacht. Betriebswirte und Professoren der Ingenieurwissenschaften sollen besser bezahlt werden, damit sie – wie es heißt – konkurrenzfähig bleiben.

Kann man bereits von einer Bewegung unter den Studenten gegen diese Angriffe sprechen?

Schon, aber die Bewegung ist noch zersplittert, noch nicht so stark, wie wir es gern hätten. An Universitäten, wo mehr Arbeiterkinder und Dritte-Welt-Studenten studieren, ist sie bereits stärker als an der UC Berkeley, die von Anfang an als so eine Art Eliteschule geplant war, für Wohlhabendere. Die Studenten der San Francisco State University waren hingegen führend bei der Mobilisierung für die Demonstration am 12.5. in der Landeshauptstadt Sacramento gegen die
monstration am 12.5. in der Landeshauptstadt Sacramento gegen die
Haushaltskürzungen. Diese Demonstration von 600 war bedeutsam: Sie zeigte den Studenten der verschiedenen Hochschultypen – UC, State, Kommune –, daß sie sich gegenseitig unterstützen müssen.

Spiegelt sich der Widerstand bereits in der Zusammenarbeit der studentischen Gremien wider?

Ja. Bis vor zwei Jahren waren die progressiven Gruppen an der UC Berkeley führend in diesen Gremien. Dann, zusammen mit der Wahl Reagans, gab es einen Rückschlag, konservative Gruppen gewannen die Mehrheit. Bei den Wahlen in diesem Frühjahr hat jedoch eine progressive Liste wieder drei von fünf Sitzen in der Exekutive bekommen, und im Senat mehr oder weniger die Mehrheit. Die Gründe? Reagans reaktionäre Politik wird immer durchsichtiger; Studenten, die bisher nicht aktiv waren, engagieren sich, so z.B. die Kunststudenten, die gegen die Schließung des Kunstmuseums kämpfen. Die Frage der Atomwaffen mobilisiert neben den progressiven Studenten auch die eher konservativen, weil jeder sich bedroht fühlt. Die UC Berkeley hat darüber hinaus eine Tradition fortschrittlicher Studentenpolitik. Darauf besinnen sich jetzt die progressiven Studenten; es wird Zeit, aktiv zu werden, sagen sie. Ein ähnlicher Trend ist auch an anderen Universitäten festzustellen. Die studentischen Gremien an der UC Los Angeles sind lange in der Hand von Verbindungen gewesen. Im letzten Jahr hat eine Dritte-Welt-Liste die Mehrheit der Exekutive gewonnen.

Wie drückt sich diese Entwicklung in den Studentenorganisationen aus?

Wie drückt sich diese Entwicklung in den Studentenorganisationen aus?

Es gibt eine ganze Reihe von weißen progressiven Gruppen, allein 6–7 Anti-Nuklear-Gruppen, Friedensgruppen, die für Friedensforschung an der UC eintreten, Gruppen gegen die Intervention in El Salvador, Anti-Draft-Gruppen (gegen den Registrierungszwang für 18jährige im Hinblick auf eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht, ans.). Dann gibt es eine starke Bewegung von Studenten aus der Dritten Welt und unterdrückten Minderheiten. Sie organisieren sich entsprechend ihrer Nationalität, versuchen – gegen die Versuche von seiten der Regierung und der UC –, ihre kulturelle Identität aufrechtzuerhalten bzw. wiederzugewinnen. Sie kämpfen z.B. für die Beibehaltung der sogenannten Ethnischen Studien, die mehr Dritte-Welt-Studenten den Zugang zu den Universitäten ermöglichen sollen.

Es gibt auch eine ganze Reihe von Frauengruppen, leider sind die ziemlich zersplittert und teilweise zerstritten untereinander. Die Progressive Student Organization (PSO) hat im letzten Semester versucht, auf größere Einheit hinzuwirken. Wir haben an einer Koalition zur Verteidigung der Abtreibungsrechte mitgearbeitet. Die kalifornische Legislative versucht, den Universitäten die Gelder für kostenlose Abtreibung zu sperren. Diesmal haben wir das noch zurückschlagen können.

Die paar konservativen Gruppen treten kaum in Erscheinung. Sie unterstützen sportliche Aktivitäten auf dem Campus, stellen Beifallantreiber („cheerleaders") u.ä.

Im letzten Semester haben die weißen progressiven Gruppen am meisten
Im letzten Semester haben die weißen progressiven Gruppen am meisten
Gewicht gehabt, sie haben für die große Anti-Kriegs-Demonstration am 12. Juni in San Francisco mobilisiert, für die Blockade vor dem Lawrence Livermore Laboratorium (siehe KVZ Nr. 27/82), gegen die zwangsweise Registrierung. Der Kampf gegen die Intervention in El Salvador ist im vorigen Jahr stärker gewesen als im letzten Halbjahr.

Welches sind Deiner Meinung nach die Haupttriebkräfte für eine wachsende Mobilisierung unter den Studenten?

Vor allem, daß man sich bewußt wird, was in der Gesellschaft insgesamt vor sich geht. Die Studenten fühlen, daß sie nicht länger bloß aus der Entfernung zuschauen können. Hinzu kommt, daß man die Auswirkungen der Haushaltskürzungen und des wachsenden Militarismus an der Uni stärker spürt als früher. Ein Beispiel: An der UC Berkeley – wie auch an anderen Unis – gibt es seit langem das sogenannte Reserve Officer Training Corps Program (RTOC, Reserveoffizier-Ausbildungskorps). Die in diesem Rahmen stattfindende Reserveoffiziersausbildung ist voll Teil der regulären Lehrpläne, man bekommt Noten etc. Das Interesse der Studenten war bisher gering. In der letzten Zeit wird zunehmend versucht, dafür zu rekrutieren mit Informationstischen auf dem Sproul-Plaza z.B. Im Büro für Studienbeihilfen hängt ein großes Schild, das den Studenten 2–3jährige Stipendien verspricht, wenn sie einen bestimmten Notendurchschnitt haben, körperlich fit sind und – das ist das einzige, was auf das Programm hindeutet – sich bei einem Kontaktmann an der Militärwissenschaftlichen Fakultät melden. Es wird versucht, die miese finanzielle Lage der Studenten zu nutzen.

Du arbeitest in der PSO. Welches sind Eure Ziele, Grundsätze?

Schwerpunkte unserer Arbeit sind der Kampf gegen die atomare Aufrüstung, gegen die Intervention in El Salvador, gegen Draft, gegen Rassismus, Unterstützung der Frauenbewegung; außerdem unterstützen wir die Arbeiterklasse, wo wir es können. Z.B. haben wir uns an den Streikposten der Landarbeitergewerkschaft vor Geschäften beteiligt, die landwirtschaftliche Produkte von Agro-Firmen verkauften, die keinen Vertrag mit den Gewerkschaften haben. Die Forderung, solche Waren zu boykottieren, stieß auf Interesse bei den Studenten.

Welche Position vertritt die PSO in der Frage der Abrüstung, welche weiteren Aufgaben sieht sie, welche Schwierigkeiten, welche Perspektive.

Wir nutzen gerade die Semesterferien, um uns darüber klarzuwerden. Politisch sind wir durchaus nicht so einheitlich. Alle unterstützen jedoch die Freeze-Kampagne und bilaterale Abrüstung in den USA und der Sowjetunion. Eines der Hauptprobleme ist, daß die Leute das Gefühl haben, sie könnten ja doch nichts tun, hätten keinen Einfluß. Wir haben versucht, Ansätze zu finden, wo sie aktiv werden, etwas ausrichten können. So z.B. bezüglich der Waffenlaboratorien, die
etwas ausrichten können. So z.B. bezüglich der Waffenlaboratorien, die
die UC in Livermore und Los Alamos verwaltet. Ein weiteres Problem ist die Zersplitterung der verschiedenen Anti-Aufrüstungs-Gruppen, Viele auf dem Campus halten die Freeze-Forderung für eher konservativ, für zu mild. Andere halten die Bewegung gegen die Laboratorien wegen ihrer Taktiken für zu radikal. Wir versuchen, hier auf bessere Zusammenarbeit hinzuwirken.

Die nächsten Schritte? Im Oktober wird es sicher am 30. Jahrestag des Lawrence Livermore Laboratoriums eine große Demonstration geben. Im Oktober vielleicht eine neue weltweite Friedensdemonstration vom Typ 12. Juni. *ans.*

Die PLO ist schon seit längerem zu Konzessionen bereit

Aus einem Artikel von Eric Rouleau in Le Monde diplomatique 8/82. Zur Bereitschaft der PLO, ggf. einen israelischen Staat anzuerkennen

Die ausländischen Ministerien wußten seit 1974, daß die palästinensische Führung praktisch darauf verzichtet hatte, „ganz Palästina zu befreien", um einen unabhängigen „Ministaat" in Cisjordanien und im Gaza zu akzeptieren. In Übereinstimmung mit dem Präsidenten Sadat hatten ihre Vertreter u.a. Washington, Moskau und den Generalsekretär der UNO, Waldheim, informiert, daß sie bereit wären, an der Genfer Friedenskonferenz teilzunehmen, wenn die Teilnehmer „die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes" in die Tagesordnung einbringen dürften. Beständig hatten sie gefordert, daß die Resolution 242 des Sicherheitsrates in diesem Sinne abgeändert werde, indem sie ausführten, daß sie sich den anderen Textaussagen anschlössen, insbesondere der, die sie verpflichtet, das Recht Israels auf eine Existenz „in sicheren Grenzen" anzuerkennen. Am Vorabend des Besuchs von Sadat in Jerusalem hatte Arafat einer sehr wichtigen Konzession zugestimmt, um die Opposition Begins zu entschärfen: Er schlug vor, daß die PLO auf der Friedenskonferenz halb-offiziell durch Persönlichkeiten vertreten sein sollte, die in Jerusalem akzeptabel wären und die Teil der jordanischen Delegation sein sollten. Neben anderen Gründen liegt es an der unnachgiebigen Weigerung Begins und der Stagnation, die daraus erfolgte, daß der ehemalige ägyptische Staatschef sich zum Abschluß eines Separatfriedens verleiten ließ.

Die Unterzeichnung der Vereinbarungen von Camp David – die die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates ausschließen und die Einverleibung Cisjordaniens und des Gaza in den jüdischen Staat sehr begünstigen – veranlaßte die Führung der PLO nicht, sich von ihrer diplomatischen Strategie abzuwenden. Um nur zwei Beispiele anzudeuten, hat der Palästinensische Nationalrat die Resolution übernommen, die auf dem Arabischen Gipfel in Bagdad (1979) angenommen wurde und den „Friedensplan", der von Präsident Breshnew vorgeschlagen wurde (April 1981). Beide Texte nahmen die Formulierungen der Resolution 242 auf und ergänzten sie um einen Hinweis auf die Rechte des palästinensischen Volkes.

Wenn die Europäische Gemeinschaft diese bemerkenswerte Entwicklung in der Position der PLO zur Kenntnis genommen hat und vor allem forderte, daß sie (die PLO, d. Übers.) in alle Verhandlungen „einbezogen" werden solle (Venedig, Juni 1980), so entschieden sich die USA, sie (die Entwicklung, d. Übers.) zu leugnen, oder noch schlimmer, sie schlicht und einfach zu ignorieren, worin ihr der überwiegende Teil der internationalen Presse folgte. Begins Reigerung hielt es ebenso und begnügte sich begreiflicherweise damit, bis zum Überdruß die Klausel der PLO-Charta zu zitieren, die zur Errichtung eines nichtkonfessionellen und demokratischen Staates auf dem ganzen Gebiet des palästinensischen Territoriums aufruft, womit die Zerschlagung des „zionistischen Gebildes" verbunden ist. Man muß sagen, daß die führenden Vertreter der PLO zu der Desinformationskampagne beigetragen haben: Hartnäckig weigerten sie sich, explizit darzulegen, was all ihre Texte implizit beinhalteten. Im privaten Kreis versicherten sie ihren Gesprächsteilnehmern, Diplomaten oder Journalisten, daß sie die „einzige Karte" nicht aus der Hand geben wollten, die ihnen verblieb, die der formellen Anerkennung des Staates Israel, um sie erst am Verhandlungstisch einzusetzen.

Viele Unterschriften zur Libanon-Demonstration

kvz. Zahlreiche Organisationen, Komitees und Einzelpersonen haben inzwischen den Aufruf zur Demonstration gegen den Libanon-Krieg unterzeichnet. Wir haben den Aufruf in der letzten KVZ veröffentlicht. Auf der Kundgebung in Frankfurt sollen A. Frangi (PLO-Vertreter), Dan Diner und Brigitte Heinrich sprechen. Im folgenden einige der Unterzeichner:

Erstunterzeichner: Palästina-Libanon-Solidaritätsplenum Frankfurt, KB, GIM, KBW, Palästinensischer Studentenverein, Palästinensischer Arbeiterverein, AStA Frankfurt, „Pflasterstrand"-Redaktion.

Bisher haben unterzeichnet: Bunte Liste, Freiburg; ESG Essen und ESG Dortmund; KPD; Andernacher-Friedensinitiative; Grün-Bunte-AL, Marburg; AL Wilhelmshaven; Bunte-Liste Bielefeld; AStA Marburg; AStA Freiburg; AStA Gießen; AStA Uni Hannover; Volksfront, PISHRO-CISNU-Avantgarde; TAZ-Redaktion, Heidelberg; DIE GRÜNEN, Kreisverband Neuwied; DIE GRÜNEN, Landesverband Hessen; Alternative Wählergemeinschaft Hameln; „Nationaler Widerstandsrat Irans", Sektion BRD und Österreich; CISNU; Demokratische Sozialisten, Bundesverband; Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Frankfurt; CISNU-Linke Einheit; AL Bremen; BIRKOM (Antifaschistisches Einheitskomitee aus der Türkei im Ausland), Köln; Redaktion „Moderne Zeiten"; Sozialistisches Büro; Palästina-Komitee, Stuttgart, sowie eine Reihe von Einzelpersonen.

Nationalsozialistische Vergangenheit:

Westdeutsche Magenschmerzen mit dem Nahost-Konflikt

In der bürgerlichen Presse wie in der Linken ist erneut ein Streit entbrannt: Wie soll die nationalsozialistische Vergangenheit in eine Position zum Nahost-Konflikt einfließen?

Von Theo Mehlen

Für die FAZ ist der Fall klar: die Deutschen hätten eine besondere Pflicht gegenüber Israel zu erfüllen. Und die Deutschen würden aufgrund ihrer Erfahrungen mit der PLO und aufgrund ihrer eigenen Geschichte anders auf den Krieg im Libanon reagieren. „Hier wirkt der Schock über den Mordanschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München und die Geiselnahme bis heute, sodaß eine Vernichtung der PLO dem Gefühl für das Recht und den geordneten Lauf der Welt entspricht. Vor allem aber weiß man, welches Leiden und Sterben Hitler im deutschen Namen über die Juden gebracht hat. Das hat eine Mithaftung für Israels Existenz und Sicherheit auf alle Deutschen gelegt, auch diejenigen, die unter dem Nationalsozialismus noch nicht geboren waren, sich aber nicht von der Geschichte ihres Volkes lossagen wollen. (FAZ, 31.7.)

Dagegen hat Theo Sommer in DIE ZEIT vom 6. August noch einmal ein Plädoyer dafür gehalten, sich nicht durch die deutsche Vergangenheit von einer Kritik Israels abhalten zu lassen. Das Schweigen der Deutschen über den israelischen Krieg wurzele tief: „In der niederdrückenden Erinnerung an das himmelschreiende Unrecht, das die Deutschen unter Hitler den Juden angetan haben ... Die Untaten der SS-Mörder hindern uns, die Untaten jener anzuprangern, die ihrer Vernichtungsmaschine entronnen sind. Weil wir selber für ungeheuerliche Verbrechen am Volk der Juden geradezustehen haben, fühlen wir uns unzuständig, ja unbefugt, über den Staat der Juden zu urteilen. Diese Haltung ist falsch. Die Geschichte erlegt den Deutschen keine Hörigkeit gegenüber Israel auf, ganz gleich wie moralisch, amoralisch oder unmoralisch dessen Politik sei ... Sie gebietet ihnen nicht Nibelungentreue, sondern Prinzipientreue. Sie verpflichtet sie allzumal, Unrecht Unrecht zu nennen, wer immer es begeht."

Für Theo Sommer sprechen zwei Gründe für diese Haltung. Die Geschichte erlege den Deutschen keine Hörigkeit auf, weil auch die Palästinenser indirekt Hitlers Opfer sind, denn ohne das Grauen der Gaskammern wäre Israel schwerlich ins Leben getreten. Zweitens würden aber auch die Tatsachen eine Kritik des israelischen Vorgehens unumgänglich machen. „Auch Deutsche dürfen es ohne Umschweife sagen: Menachem Begins Libanon-Krieg ist unnötig. Er ist unmenschlich. Und am Ende wird er genau das Gegenteil dessen bewirken, was eigentlich in der Absicht des Urhebers lag."

An diesen Tatsachen kommt natürlich auch die FAZ nicht vorbei. Deshalb wird in einem Kommentar am 11. August noch einmal die „Linie" erläutert. „Ein Nationalstaat, der sein Interesse auf seine Weise wahrnimmt, kann nicht von unserer zeitgenössischen Betrachtung ausgenommen werden. Auch können Vorgänge unserer Geschichte uns nicht verpflichten, alles und jedes in den Handlungen Israels gutzuheißen, sei es Landnahme oder kriegerische Gewaltanwendung." Aber: „Ethische Belehrungen der israelischen Regierung stehen uns nicht an ... mit sittlicher Entrüstung sollten wir die Juden verschonen, damit können wir ihnen nicht kommen ... Es kommt darauf an, ob die gebotene Zurückhaltung noch gewahrt wird oder ob mit späten Kompensationen der Schuldgefühle eitel geliebäugelt wird ... für die moralische Beurteilung dessen, was die israelische Regierung tut, sind Juden in Israel und aller Welt, die anderer Meinung sind, zahlreich und weise genug und auf jeden Fall kompetenter als die Deutschen." Für die FAZ muß das so sein, weil sonst die Gefahr besteht, daß die „große Schuld" der deutschen Geschichte verdrängt wird.

Was die FAZ hier vorschlägt, ist natürlich nur eine Scheinlösung. Wie soll eine Kritik des jetzigen Krieges möglich sein, ohne daß auch moralische Beurteilungen einfließen? Auf der FAZ-Linie: „Ethische Belehrungen der israelischen Regierung stehen uns nicht an, nachdenkliche Kritik muß jedoch erlaubt sein", kommt letztlich allenfalls jene lauwarme Kritik Israels durch die BRD heraus, die z.B. überhaupt nicht einen effektiven Druck auf die israelische Regierung zur Folge haben kann. Dementsprechend hat die Bundesregierung auch in der EG Sanktionen gegenüber Israel blockiert.

Der Streit in der bürgerlichen Presse beruht auf einem durchaus realen Problem der westdeutschen Nahostpolitik. Der Streit über den Stellenwert der deutschen Geschichte in der Position zu Israel wird letztlich auch nicht über Skrupel gegenüber einer bestimmten Sorte Vergangenheitsbewältigung entschieden, sondern durch die materiellen Interessen der westdeutschen Bourgeoisie im Nahen Osten. Aber die nationalsozialistische Vergangenheit stellt dennoch eine nicht zu unterschätzende Barriere für eine bruchlose Verfolgung der Interessen der westdeutschen Bourgeoisie dar. So schrieb DIE ZEIT am 2. Juli: „Seit der Gründung der Bundesrepublik sind für Bonn die Freundschaft mit Amerika und das besondere Verhältnis zu Israel unabdingbar, allerdings auch die Einbindung in die europäische Gemeinschaft. In diesem orientalischen Kriegssommer mußte sich die Bundesregierung entscheiden, was ihr mehr galt: die aus dem Grauen des Holocaust und aus moralischer Verantwortung erwachsene Bindung an Israel oder die Loyalität zur Europäischen Gemeinschaft."

Für DIE ZEIT wäre eine konsequente europäische Politik der stärkeren Annäherung an die arabischen Staaten notwendig, und um hier eher einen Erfolg zu haben, müßte das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser verwirklicht werden und die PLO in Verhandlungen aufgenommen werden. Wobei immer wieder nur von einer nationalen Heimstatt die Rede ist, nicht vom souveränen Staat. Dies scheint mir die Politik zu sein, abgesehen von dem Zieren vor einer diplomatischen Anerkennung der PLO wie vor dem Eintreten für einen Staat, mit der die westeuropäischen Bourgeoisien am ehesten das amerikanische Machtmonopol im Nahen Osten untergraben könnten. Weiterhin entspräche sie der besonderen Schwäche der westeuropäischen Staaten, die sich viel mehr denn die USA eben nicht auf militärische Mittel stützen können. Logischerweise polemisiert DIE ZEIT denn auch gegen jede Theorie eines „Gordischen Knotens", wie sie von der FAZ vertreten wird. Danach habe der israelische Krieg einen Gordischen Knoten zerschlagen, der in der letzten Zeit ein vorankommen in einer Gesamtlösung des Nahost-Konflikts verhindert habe. Dies ist eine eindeutig amerikanische Theorie, ausdrücklich formuliert durch Kissinger.

Um ein Stück Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung im Nahost-Konflikt zu überwinden, engagiert sich DIE ZEIT für den Abbruch einer Barriere, die die Kritik an Israel durch Verweis auf die deutsche Verantwortung verhindern oder abschwächen will. Dazu kommt natürlich ein gehöriger Schuß Liberalismus, der vor offenkundigem Unrecht nicht einfach die Augen verschließen kann, ohne seine Identität zu verlieren.

Demgegenüber bleibt die Bewegungsfähigkeit der Bundesregierung bei einer Linie, wie sie die FAZ kommentiert, gering. Vor die oben von der ZEIT formulierte „Schicksalsfrage" gestellt, hat sich die Bundesregierung weder eindeutig für Israel und die USA entschieden, noch eindeutig für beschriebene westeuropäische Politik. Letztendlich stärkt sie aber dadurch die Position Israels und schwächt die Stellung der PLO. Wie sie auch einer wirklichen Gesamtlösung des Nahost-Problems entgegensteht, die sowieso nur durch erheblichen Druck auf Israel gelingen kann. Das Winken mit der Schuld der Deutschen ist daher heute direkt reaktionär. Wahr ist allerdings auch, daß die Gefahr besteht, hierüber bestimmten Kräften in Westdeutschland Ansätze für eine Verfälschung der deutschen Geschichte und einer falschen Sorte Vergangenheitsbewältigung zu geben. Hierauf soll noch zurückgekommen werden.

Von einem anderen Ausgangspunkt und natürlich von einer anderen Interessenlage her hat sich eine ähnliche Diskussion in der taz entwickelt. Ausgangspunkt hierfür war die Begrifflichkeit, die zur Kritik Israels in einigen taz-Artikeln aber sowieso insgesamt in der Solidaritätsarbeit verwendet wird. Israels Politik sei ein umgekehrter Holocaust, Israel betreibe die „Endlösung" der Palästinenserfrage. Dieser Begrifflichkeit wird auf drei Ebenen versucht entgegenzutreten. Falsch sei diese Begrifflichkeit erstens wegen Vertuschungsgefahr gegenüber der deutschen Geschichte; oder die historische Schuld der Deutschen mache dies unziemlich; oder es wird versucht, durch historische Analyse des faschistischen Holocaust und einer Analyse des Charakters des Zionismus diesen Vergleich als historisch falsch herauszustellen, ein Versuch, der eigentlich noch den geringsten Raum bisher in der Diskussion gefunden hat.

Zum Vorwurf der Vertuschungsgefahr. Wolfgang Pohrt schreibt: „Wenn nun, im dritten Nahostkrieg, Mitte Juni 1982, die westdeutsche Linke und allen voran die ‚taz' von Völkermord, Holocaust und Vernichtung spricht und die Operationen der israelischen Armee damit meint, dann ist mit dieser verlogenen Zweckpropaganda (nicht) den bedrohten Palästinensern geholfen ... sondern der einzige Nutznießer sind deutsche Nationalgefühle." (taz, 28.6.)

Von den Kritikern, die diese Argumentation verfolgen, wird auch ausdrücklich der Verdacht gehegt, daß die Linke, die diese Begrifflichkeit benutzt, sie auch bewußt wählt, um diese Vertuschung herbeizuführen. So auch Dan Diner in einem Leserbrief: „Es ist auffällig, geradezu unübersehbar, daß gerade in Deutschland der Begriff der ‚Endlösung' für den militärischen Vernichtungsfeldzug der Israelis im Libanon so leichtsinnig Verwendung findet. Ich will nichts *Kollektives* unterstellen – aber es setzt das wenig täuschende Gefühl ein, es werde hierzulande geradezu gewünscht, beim israelischen Versuch der militärischen und insofern auch physischen Liquidierung der PLO und der Palästinenser im Libanon handele es sich um einen geplanten Genocid, um einen wirklichen Völkermord von der Art, wie ihm in diesem Jahrhundert Armenier, Juden und Zigeuner zum Opfer fielen – einem Völkermord mit der Absicht kollektiver Ausrottung der Palästinenser, nur weil sie Palästinenser sind. Es liegt nahe, daß eine solche qualitative Verzerrung für die deutsch-kollektiven Anteile des hiesigen Bewußtseins *auch* der Linken eine beträchtliche Entlastungsfunktion in sich trägt." (taz, 30.6.)

Was hier von Diner vermutet wird, gerät bei Wolfgang Pohrt sogar zu einem ziemlich wilden Vorwurf über die Motive einer, zugegeben sehr oft unkritischen, Palästina-Solidarität: „Wenn trotzdem heute militante Linke im idiotischen Konflikt zweier völkischer Nationalismen keinen Grund zur Ratlosigkeit sehen, fast zur Resignation, sondern eine willkommene Gelegenheit, mitzumischen, blindlings und fanatisch Partei zu ergreifen und sich mit aller Einbildungskraft ins Schlachtgetümmel des ‚nationalen Befreiungskampfes' zu stürzen, dann hat das nichts mit Linksradikalismus zu tun, sondern mit den bösen, verschwiegenen Sehnsüchten, die im Herzen dieses Volkes schlummern." (taz, 3.8.)

Die gesamte Argumentation weist auf Gefahren hin, geht aber insgesamt an den Ursachen für die breite Beliebtheit dieser Begrifflichkeit *in der Linken* vorbei. Sicher gibt es in der Bevölkerung, und damit auch bei einzelnen Linken, eine Strömung, die israelische Aggression für falsche Geschichtsaufbereitung zu nutzen. Sicher machen die Neofaschisten damit gegenwärtig ihr Geschäft. Dies insgesamt von einem breiten Teil der Linken zu behaupten, in deren Bewußtseinsbildung die Auseinandersetzung mit dem Faschismus immer eine große Rolle gespielt hat, ist zumindest etwas weit hergeholt. Die Triebkräfte für diese Begrifflichkeit scheinen mir woanders zu liegen. Niels Kadritzke wies in der taz vom 12.8. richtig darauf hin, daß die Diskussion um die Solidarität mit den Palästinensern eigentlich wieder bei Null angefangen hat, was auf wenig kontinuierliche Arbeit in den letzten zehn Jahren hinweist. Gerade deshalb neigt die jetzige Solidarität mit den Palästinensern zu starker moralischer Beurteilung der Vorgänge im Nahen Osten und verfügt über keine sonderlich tiefschürfende Kritik des Zionismus, geschweige denn über realistische Vorstellungen einer Lösung des Konflikts. Weil dies so ist, greift ein Teil der Solidaritätsbewegung begierig nach dem quasi auf der Straße liegenden Vergleich mit dem faschistischen Holocaust, um die Kritik an Israel radikal zu machen und einen großen Teil der Bevölkerung für die Unterstützung des palästinensischen Kampfes zu gewinnen. Die obige Kritik wendet sich an die falsche Adresse.

Ein anderes Anliegen hat die zweite Sorte Kritik, die aus einer deutschen Schuld die Ablehnung besagter Begrifflichkeit herleitet. Für sie wird die Ablehnung dieser Begrifflichkeit wesentlich, um die deutsche Schuld als Argument für eine Solidarität mit beiden Völkern, dem palästinensischen und jüdischen, zu verwenden. „ ‚Ohne Auschwitz kein Israel', schrieb Nahum Goldmann, es bleibt hinzuzufügen – ohne Israel keine Vertreibung der Palästinenser. In diesen beiden Sätzen, und nicht nur in dem ersten, steckt die deutsche Verantwortung ... Das weitgehende Fehlen einer breiten Widerstandsbewegung gegen den Völkermord der Nazis und die Scham über das ‚Wir haben von alledem nichts gewußt' ... ist bis heute eine unverheilte Wunde der demokratisch-antifaschistischen Kräfte in unserem Land. Um so stärker die praktizierte Verantwortung gegenüber den Opfern und dem von ihnen geschaffenen Staat Israel ... Es fehlt Teilen der westdeutschen Solidaritätsbewegung bis heute an einem Verständnis von differenzierter Solidarität und der notwendigen politischen Sensibilität und Verantwortung gegenüber der jüngeren deutschen Geschichte ... Palästinasolidarität macht man nicht im luftleeren Raum, wir jedenfalls machen sie in Deutschland, dem Land, von dem die Vernichtung des europäischen Judentums organisiert wurde. Dem muß man Rechnung tragen – und das nicht nur aus taktischen Gründen, sondern aus der politischen Verantwortung Juden und Palästinensern gegenüber, deren beider Schicksal durch die Folgen des Holocaust geprägt sind ..." (Ralf Schlaggel, taz 22.7.)

Diese Position ist eigentlich weniger die der traditionellen Linken als die der breiteren Masse der heutigen Friedensbewegung, die ihren politischen Ausdruck vor allem über das Parlament und hier vor allem über DIE GRÜNEN sucht. Obwohl die Erklärung der GRÜNEN vom Juni selber vom Holocaust der Israelis spricht, benennt sie doch den Wunsch eines breiten Teils der Friedensbewegung: „Der Bundesvorstand der GRÜNEN fordert alle Menschen guten Willens und im besonderen Maße die Mitglieder und Anhänger der GRÜNEN auf, konstruktive Vermittlerdienste zwischen Israelis und Arabern zu leisten, um beide Seiten zu veranlassen, den Weg der Waffen, des Hasses und der Rache zu verlassen." Diesem Anliegen kommt die Position nur entgegen, die historische Schuld verpflichte die Deutschen dazu, das jüdische Volk in die Nahostsolidarität einzuschließen. So positiv es ist, daß hierüber das Existenzrecht der jüdisch-israelischen Nation viel vorbehaltsloser betrachtet wird, als es bisher je die linksradikale Strömung in der Solidaritätsbewegung bereit war überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, so scheint mir doch der Weg dorthin über eine deutsche historische Verantwortung zweifelhaft.

Richtig schreibt Peter Huth: „Schuld, die aus der deutschen Geschichte resultierte, als Ursprung für Hilfe und als Grundlage für linke Politik in Deutschland, das halte ich für des Nach-fragens würdig, fast schon fragwürdig ... Anstatt Geschichte sich anzueignen, wurde sich Schuld angeeignet und nach einer besseren Geschichte gesucht." (taz, 27.7.)

Knapp und richtig scheint mir der Sachverhalt in einem Leserbrief vom 7.7. in der taz ausgesprochen zu sein: „Ich bin nicht verantwortlich für Auschwitz, aber ich bin mitverantwortlich dafür, daß so etwas nie mehr passieren darf, – sei es hier, sei es in El Salvador oder sei es in Beirut." Wird nicht hiervon ausgegangen sondern von Schuld und Verpflichtung, dürfte eine Analyse dessen, was im Nahen Osten wirklich Sache ist, kaum einwandfrei gelingen. Das Ergebnis einer solchen nicht mehr vorbehaltlosen Analyse der Geschehnisse im Nahen Osten ist dann schnell eine direkte Verharmlosung der israelischen Politik. Dies ist in einigen Artikeln der taz passiert, was hier jetzt nicht illustriert werden kann. Jedenfalls liegt hier eine der Grundlagen für den idiotischen Angriff der „Antiimpis" in Westberlin auf die taz „als Meinungsmacher der Herrschenden in diesem Schweinesystem" (Erklärung in der taz vom 16.7.).

Das eigentliche Problem, das durch die Wahl der Begrifflichkeit und der Kritik daran deutlich wird, ist das große Defizit an historischen Kenntnissen über den deutschen Faschismus, seine Ideologie, seine Vernichtungsaktionen und über den Zionismus, den israelischen Staat und seine Politik in der Region. Über den historischen Vergleich würde deutlich werden, daß die heutige Politik Israels mit Begriffen wie Holocaust schlecht beschrieben ist und auch nicht kritisiert werden kann. Hierum bemühen sich auch einige Autoren in der taz. Z.B. Dan Diner: „Und doch handelt es sich dabei nicht um eine ‚Endlösung' im Sinne der Judenausrottung durch die Nazis. Für die systematische und industrielle Massenvernichtung der Juden durch die Nazis gab es weder einen Grund, noch einen politische Konflikt – einfach nichts. Israel, so elend und infam es sein zionistisches Ziel der Verdrängung – und im Konfliktfalle letztendlich auch die Eliminierung der Palästinenser betreibt – sie werden als Kollektiv nicht deshalb bekämpft, weil sie einfach Palästinenser sind. Es geht in Palästina um einen von Anfang an antagonistischen Konflikt, um Interessen, die unvereinbar, d.h. nicht kompromißfähig sind, nicht aber um die Umsetzung wilder Projektionen, die die Juden in den Augen der Nazis vernichtungswürdig machten, nur weil sie Juden waren." (taz, 30.6.)

Niels Kadritzke brachte es so auf den Punkt: „Nicht weil ich ein Deutscher bin, weigere ich mich, den Israelis die ‚Endlösung der Palästinafrage' zu unterstellen. Sondern weil ich weiß, was die ‚Endlösung der Judenfrage' beinhaltet hat und weil ich deshalb keine historische Lüge gebrauchen will." (taz, 12.8.)



»Über die linke Begrifflichkeit am Beispiel Libanon« oder »Deutsches Revolutionär nix gut«

Ein neuer Internationalismus – aber welcher?

In KVZ Nr. 24 hatten wir die Frage gestellt: Brauchen wir einen neuen Internationalismus? Der Autor diskutiert die dort angesprochenen Probleme weiter. Ihm geht es dabei um einen Ansatz, der eine kritische Solidarität mit der Dritten Welt ermöglicht, die sich im Einklang mit den dortigen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung befindet.

mat.Sydney. Die Krise der Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt ist da, kein Zweifel. Die Symptome hat Theo Mehlen in KVZ 24 vom 18. Juni mittels einiger Beiträge aus den Blättern des Informationszentrums Dritte Welt beschrieben. Was aber nun? Nach den Enttäuschungen mit den Befreiungsbewegungen, die, einmal an die Macht gekommen, alles andere als die erhoffte „sozialistische Politik“ machen, angesichts der Erfolge, die die sogenannten Schwellenländer mit ihrem „kapitalistischen Entwicklungsweg“ erreichen – kommt jetzt die Rückbesinnung auf eine „alles entscheidende Umwälzung in den kapitalistischen Zentren“? Oder anders ausgedrückt: Sind wir in unseren Hoffnungen, der Kampf der Dritten Welt gegen den Imperialismus werde unweigerlich einhergehen mit dem Aufbau einer besseren, einer sozialistischen Welt, betrogen worden? Hat die Dritte Welt sich für das „kapitalistische Modell“ entschieden? Zugegeben, „die Linke kann sich nie und nimmer auf die Unterstützung eines kapitalistischen Entwicklungsweges beschränken, will sie sich sozialistisch profilieren“. Und da für sozialistische Profilierung in der Dritten Welt anscheinend kein Platz ist, jetzt also Rückkehr zur Umwälzung im eigenen Land, nach dem Motto: „Jetzt machen wir Euch das mal vor?“

Leicht messianische Züge hat die Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt schon immer gehabt, in dem Sinn, daß sie neben der Unterstützung kämpfender Bewegungen auch immer einen Heilsweg („Entwicklungsweg“, „Modell“) propagierte. Daß dieser Heilsweg nie Realität wurde, ist die Krise der Solidaritätsbewegung. Daran ist nicht die Dritte Welt schuld, sondern die Tatsache, daß Heilspläne selten auf die Wirklichkeit passen. Was ist ein „sozialistischer Entwicklungsweg“? Planwirtschaft und Vergesellschaftung einer Dorfschmiede ist es kaum. Oder soll mit dem „sozialistischen Weg“ lediglich bevorzugte Förderung von Genossenschaften gemeint sein, im Gegensatz zur privaten Initiative des Einzelnen im „kapitalistischen Weg“? Das wäre nicht nur eine unzulässige Banalisierung der Begriffe Kapitalismus und Sozialismus; es ginge auch an den eigentlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsstrategie für die Dritte Welt vorbei: Erfahrungen mit beiden „Modellen“ haben gezeigt, daß Erfolg oder Mißerfolg nicht zentral davon abhängen, ob die Produktion in Genossenschaften organisiert wird oder nicht.

Es ist wahr, daß die Solidaritätsbewegung selten von sozialistisch gesprochen hat sondern mehr von demokratisch, fortschrittlich, national usw. Was das im einzelnen bedeuten sollte, und vor allem welche Analyse der Produktionsverhältnisse und Gesellschaftsformen in der Dritten Welt damit verbunden wurde, blieb aber oft unklar. Die Gesellschaftsstruktur der Länder der Dritten Welt kennt zahlreiche Varianten. Ökonomisch kann man sie zum Ende des Zweiten Weltkrieges einheitlich als Agrarländer ohne industrielle Technologie zusammenfassen, deren industrielle Entwicklung noch bevorstand (und bevorsteht). In dieser Hinsicht befanden sie sich in derselben Lage wir die europäischen Länder zur Zeit des aufsteigenden Kapitalismus: Bevor sie eine technisch fortgeschrittene Produktion aufbauen können, müssen sie Kapital akkumulieren. Marx hat diese Phase bei den klassischen kapitalistischen Ländern als die Phase der ursprünglichen Akkumulation bezeichnet. Sie war gekennzeichnet durch Bauernlegen in großem Stil, durch Zwangsmaßnahmen gegen Landstreicher, Beschäftigungslose usw. wie überhaupt durch unbeschreibliches Elend für die Masse der Bevölkerung.

Kritik an einer Politik der Entwicklung der Produktivkräfte um den Preis allgemeinen Elends – die ja, ob einem das nun paßt oder nicht, nur den Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie folgte – konnte im 19. Jahrhundert nur vom moralischen Standpunkt aus erfolgen und war mangels historisch möglicher Alternativen nicht erfolgreich. Was heute bei der Dritten Welt als „kapitalistischer Entwicklungsweg“ bezeichnet wird, ist in gewissem Sinn eine Wiederholung der klassischen kapitalistischen Strategie der ursprünglichen Akkumulation mit zwei wichtigen Modifikationen: Erstens vollzieht sie sich oft unter der Kontrolle imperialistischen Kapitals (dazu unten mehr), und zweitens sieht sie sich heute einer moralischen Kritik von anderem Gewicht ausgesetzt. Insofern diese Kritik von den fortschrittlichen Kräften in den imperialistischen Ländern vorgetragen wird, bedient sie sich nämlich in der Regel – wenn auch oft unterschwellig – des Arguments, daß die sozialen Ungleichheiten in den eigenen Ländern heute viel geringer sind als in den aufstrebenden Ländern der Dritten Welt. Mit anderen Worten, der Dritten Welt wird verübelt, daß die sozialen Gegensätze bei ihr größer sind als bei uns, und dieses Argument hat oberflächlich mehr Gewicht als der moralische Aufschrei einzelner Kritiker des 19. Jahrhunderts, kann es doch auf bessere Zustände in bestehenden Ländern verweisen. Einmal ganz abgesehen davon, daß nicht bewiesen ist, ob die sozialen Ungerechtigkeiten in der Dritten Welt heute bedeutend größer sind als im Europa des 19. Jahrhunderts, bleibt doch festzustellen, daß Kritik, auch wenn sie moralisch gerechtfertigt ist, wenig nutzt, wenn sie nicht in Einklang mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten steht. Und da ist es die Aufgabe der Solidaritätsbewegung, nachzuweisen, daß wirtschaftiche Entwicklung in der Dritten Welt auf der Grundlage einer mehr egalitären Einkommensverteilung dieselben Erfolgsaussichten hat wie der „kapitalistische Entwicklungsweg“. Empirisch ist diese Frage keineswegs gelöst; im Gegenteil, alle bisherige Erfahrung kann durchaus bedenklich stimmen. Als Beispiel vergleiche man nur die Entwicklung Chinas und Japans, zweier zum Ende des 19. Jahrhunderts durchaus ähnlicher Gesellschaftsformen.





Ökonomische Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung in der Dritten Welt

Ich will hier nicht einer Methode des empirischen Vergleichs das Wort reden, die von der historischen Entwicklung der zu vergleichenden Länder absieht und nur die heute zu beobachtenden ökonomischen Daten betrachtet.

Ich will hier nicht einer Methode des empirischen Vergleichs das Wort reden, die von der historischen Entwicklung der zu vergleichenden Länder absieht und nur die heute zu beobachtenden ökonomischen Daten betrachtet. Ich denke auch nicht daran, alle barbarischen Ungerechtigkeiten noch existierender feudaler und selbstherrlicher Potentaten in der Dritten Welt zu verteidigen. Worum es mir geht ist, einen Ansatz zu entwickeln, der eine kritische Solidarität mit der Dritten Welt im Einklang mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung ermöglicht. Was sind diese Gesetzmäßigkeiten?

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit der Analyse scheinen mir die folgenden Punkte dabei wesentlich zu sein. Erstens: In weiten Bereichen der Produktion sind die Produktivkräfte der Dritten Welt auf einem Stand, der Vergesellschaftung ausschließt. Wo Einzelhandel über Supermärkte und Kaufhäuser organisiert ist, hat die dabei eingesetzte Technologie – Beschaffung, Verteilung und Buchhaltung über zentrale Rechneranlage, mechanisierte Auslieferungslager usw. – einen Stand erreicht, der die Abwicklung des Einzelhandels mittels gesellschaftlicher Planung ermöglicht, und das darin tätige Kapital ist in einem Grad zentralisiert, der Vergesellschaftung und Planwirtschaft nicht nur möglich sondern im Interesse volkswirtschaftlicher Abwicklung notwendig macht. In der Dritten Welt ist diese Situation nicht gegeben; dort bildet der im Familienbetrieb geführte Laden das Rückgrat der Branche. Förderung der Privatinitiative ist und bleibt in dieser Lage der einzig angemessene Weg, gleichgültig, ob auf Familienbasis oder in Genossenschaften (mit der Alternative Kapitalismus oder Sozialismus hat das nichts zu tun; denn Genosenschaften sind nicht gleichbedeutend mit gesellschaftlicher *Planung*). Dasselbe gilt für zahllose andere Bereiche, von Autoreparatur über Baugewerbe bis zur Landwirtschaft. Vergesellschaftung bei unzureichendem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte führt unweigerlich zu Bürokratisierung und Rückschlägen im wirtschaftlichen Aufbau.

Zweitens: In bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft, vor allem in der Industrie aber unter Umständen auch in der Produktion bestimmter Grundnahrungsmittel, ist Fortschritt heute nur möglich bei Einsatz großer Kapitalmassen. An ihnen mangelt es in der Dritten Welt; es fehlt die ursprüngliche Akkumulation. Die einzige inländische Organisation, die über einen nennenswerten Kapitalfonds verfügt, ist in der Regel der Staat, und so fällt ihm zwangsläufig die Rolle des ersten großen einheimischen Kapitalisten zu. Das hat weittragende Konsequenzen: Zwangsläufig führt es in die Wirtschaft der Länder der Dritten Welt ein starkes Element zentraler Planung ein. Der Staat bestimmt diejenigen Bereiche der Wirtschaft, in denen er eine führende Rolle spielen will, und weist die übrigen Bereiche der Privatinitiative zu (das ist etwas prinzipiell anderes als Wirtschaftstätigkeit des Staates in entwickelten kapitalistischen Ländern, wo der Staat als ein Großkapitalist unter anderen tätig ist und technologisch keineswegs die Führung stellt).

Drittens: Bei der Entwicklung seiner Projekte ist der Staat auf das technische Wissen und zum Teil auf Kapital aus den führenden kapitalistischen Ländern angewiesen. Damit ergeben sich unzählige Möglichkeiten imperia-

listischer Einmischung und Erpressung, und die „Fortschrittlichkeit“ einer Regierung der Dritten Welt erweist sich unter anderem darin, wie sie in der Lage ist, an diese Güter heranzukommen, ohne ihr Land der Abhängigkeit

listischer Einmischung und Erpressung, und die „Fortschrittlichkeit“ einer Regierung der Dritten Welt erweist sich unter anderem darin, wie sie in der Lage ist, an diese Güter heranzukommen, ohne ihr Land der Abhängigkeit von einem einzelnen imperialistischen Land auszuliefern (oder eine aus der kolonialen Ära übernommene Abhängigkeit fortzusetzen). Es nutzt in diesem Zusammenhang nichts, die technischen Errungenschaften der imperialistischen Länder zu verteufeln und nach der Methode „klein aber fein“ der Dritten Welt zu empfehlen, sich von diesem Teufelswerk fernzuhalten, nur weil es unter der Regie der Imperialisten bei uns Mensch und Natur ruiniert. Was nottut, sind praktikable Vorschläge, wie die technischen Errungenschaften im Rahmen einer egalitären Einkommensverteilung genutzt werden können, und wie die Imperialisten, die im Besitz dieser Errungenschaften sind, zur Mitarbeit an einem solchen Modell gezwungen werden können.

Zusammengefaßt scheint mir, daß sich die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, unter denen die Länder der Dritten Welt heute ihre Entwicklung vollziehen müssen, in wesentlichen Punkten von den Gesetzmäßigkeiten klassischer kapitalistischer Entwicklung unterscheiden und deshalb eigenständigen Charakter haben. Sie sind bestimmt von der führenden wirtschaftlichen Rolle des Staates in zentralen Bereichen der Volkswirtschaft, bei bedeutender Heranziehung ausländischen Kapitals und ausländischer Technologie, von der Notwendigkeit einer sektoriellen staatlichen Planung, die bestimmte Bereiche der Wirtschaft der geplanten staatlichen Tätigkeit zuweist und andere der Privatinitiative überläßt (wobei oft unterschieden wird nach inländischer und ausländischer Privatinitiative), von einem Stand der nationalen Produktivkräfte, der in vielen Wirtschaftsbereichen nichts anderes zuläßt als private Marktwirtschaft (in der staatlichen Planung nur sehr beschränkt wirksam sein kann), und von immensem technologischen Gefälle zwischen den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft. Von diesen Voraussetzungen muß die Solidaritätsbewegung ausgehen, wenn sie wirksam werden will, wenn sie zum Beispiel Druck ausüben will auf die Regierung ihres Landes, um sie zur Unterstützung fortschrittlicher Projekte zu zwingen.

In der Vergangenheit hat die Solidaritätsbewegung ihre Aufmerksamkeit meist auf Befreiungsbewegungen konzentriert. Bewaffnete Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus sind stets die zugespitzteste Form des Kampfes der Dritten Welt um positive Schritte in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Wo es dazu kommt, ist ihre Unterstützung immer dringend notwendig und erfordert jeden nur möglichen Einsatz. Das Problem der Solidaritätsbewegung entsteht dort, wo sie sich in dieser Unterstützung erschöpft, ohne die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Dritten Welt dabei im Auge zu haben. Ein deutliches Indiz dafür sind die Schwierigkeiten, die die Solidaritätsbewegung mit der Beurteilung des „sowjetischen Weges“ hat. Rußland befand sich um die Jahrhundertwende in vieler Hinsicht in ähnlicher Lage wie die Länder der Dritten Welt heute, und der Weg der Sowjetunion war *eine* Antwort auf die Notwendigkeiten der ökonomischen Gesetze, die für die Dritte Welt spezifisch sind. Das attraktive am „sowjetischen Weg“ für die Dritte Welt ist

nicht ihr „sozialistischer Charakter“, sondern die Tatsache, daß er lange Zeit als erfolgreiches Beispiel für die Rolle des Staates bei der beschleunigten Entwicklung eines zurückgebliebenen Landes gelten konnte. Es wäre ein be-

nicht ihr „sozialistischer Charakter“, sondern die Tatsache, daß er lange Zeit als erfolgreiches Beispiel für die Rolle des Staates bei der beschleunigten Entwicklung eines zurückgebliebenen Landes gelten konnte. Es wäre ein bedeutender Beitrag der Solidaritätsbewegung zur weiteren Entwicklung der Dritten Welt, wenn es ihr gelänge aufzuarbeiten, in welchem Umfang falsch verstandene Anwendung der theoretischen Erkenntnisse des Marxismus, die ja die Strategie für ein entwickeltes kapitalistisches Land entwickelt hatte, auf ein wirtschaftlich gering entwickelte, vorwiegend agrarisches Land zur tatsächlichen Entwicklung in der Sowjetunion beigetragen hat.

Zahlreiche theoretische Aspekte der Entwicklungsstrategie für die Dritte Welt konnten hier nicht berührt werden. Es soll an dieser Stelle nur darauf hingewiesen werden, daß eine praktische Strategie, ausgehend von den Gesetzen der Ökonomie, die in der Dritten Welt vorhandenen Klassenkräfte einbeziehen muß, also die Anwesenheit imperialistischen Kapitals aus der kolonialen Zeit und damit einhergehende Deformationen der Volkswirtschaft, die Rolle der einheimichen Bougeoisie, die Frage der führenden Rolle der arbeitenden Klassen (Stichwort neudemokratische Revolution), die Taktik des Ausnutzens von Widersprüchen unter den imperialistischen Ländern, die Existenz von zwei Supermächten usw. Es wäre falsch, wollte man diese Fragen *nur* für Länder untersuchen, in denen die Widersprüche die Form des bewaffneten Kampfes angenommen haben. Das Problem stellt sich für alle Länder der Dritten Welt, es nimmt nur verschiedene Formen an. Auf diese Fragen soll in einem späteren Beitrag eingegangen werden.

Die AEG und die Rolle der Banken

Die Kritik, die Banken wollten bloß absahnen, greift zu kurz. Vielmehr wirft die AEG-Pleite die Frage nach der Funktion auf, die die Banken in der Gesellschaft spielen.

mig. Gegenwärtig werden verschiedenartige Erklärungsversuche für die Pleite des AEG-Telefunken-Konzerns gehandelt. Für die einen – so für den „Spiegel" in der Titelgeschichte seiner letzten Ausgabe – sind es falsche Management-Entscheidungen gewesen, die den Konzern in den Ruin trieben. Für andere ist es das Verhalten der Banken, die nur kurzsichtig ihren Profit sahen und untereinander zerstritten kein Patentrezept parat hatten. Für andere wiederum sind die ehernen Gesetze der freien Marktwirtschaft verantwortlich zu machen, die im Wettbewerb – besonders in Krisenzeiten – den schwächeren unterliegen läßt. An allem ist etwas dran. Nur erklärt es den grundlegenden Sachverhalt nicht. Ebenso platt wäre es aber auch, alles mit dem schlichten Hinweis auf den Kapitalismus zu erklären, wenn seine Funktionsweise nicht verständlich wird. Der Zeigefinger ist nicht angebracht, zumal es ja nicht nur darum geht, zu erklären, sondern Mittel und Wege zu finden, wie die Produktion entsprechend den Bedürfnissen der Menschen zu regulieren ist.

Die Geschichte der AEG ist ein Schulbeispiel für das Verhältnis zwischen Banken und Industrie. Die Banken standen schon an der Wiege des Konzerns als Taufpaten. Anders als andere Unternehmen, wie Krupp, Siemens, die Farbenwerke, die aus Handwerksbetrieben hervorgegangen waren und in der Gründungsphase des reichsdeutschen Kapitalismus in stürmischer Akkumulation wuchsen, wurde vor 99 Jahren von zwei Privatbankhäusern sowie der Nationalbank, einer damaligen Großbank, die Deutsche Edison-Gesellschaft gegründet, die 1887 in Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft umbenannt wurde. Zweck dieser Aktiengesellschaft war die Produktion der Glühlampe nach dem Edison-Patent. Die Form der Aktiengesellschaft, Kind des modernen Kreditsystems, ermöglichte, viele kleine oder mittlere Kapitale, die für sich wirkungslos geblieben wären, zu großen Kapitalmassen zusammenzufassen und wirken zu lassen. Das Kreditwesen ermöglicht die Kreation großer Kapitale, ohne erst einmal an die jeweilige stoffliche Beschaffenheit gebunden zu sein, es verschafft dem Kapital größere Mobilität.

Die Banken hatten sich abgesprochen, daß die neue Gesellschaft Siemens, auch damals schon von den Banken gehegt und gepflegt, nicht ins Gehege kam. Eine Arbeitsteilung wurde vereinbart: die Edison-Gesellschaft produziert Lampen und Siemens Dynamomaschinen. Nur so konnte einerseits die Existenz der Gesellschaft gesichert werden, wie andererseits Siemens nicht allein eine Lampenproduktion hätte aufnehmen können. Im Hinblick auf die Weltmarktsituation vor dem ersten Weltkrieg erwies sich die Zusammenarbeit als unumgänglich, um gegenüber der amerikanischen Konkurrenz vor allem auf den stark wachsenden Märkten für Elektrowaren, Folge der Industrialisierung, bestehen und expandieren zu können. Diese Lage führte sogar zu Absprachen über Länderaufteilungen, Quoten usw. zwischen den deutschen und amerikanischen Konzernen (nachzulesen bei Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus). Im Inneren kam es aufgrund der Tatsache, daß beide Konzerne die wichtigsten technischen Verfahren und Patente monopolisierten und große Kapitalmassen durch die Unterstützung ihrer Hausbanken zu monopolisieren vermochten, zu einer gewaltigen Konzentrationswelle.

Das Monopol in der Elektroindustrie, das beide Konzerne zweifellos zeitweilig in Reichsdeutschland ausüben konnten, erhielt Risse. Vor allem begann die Konkurrenz wieder zwischen beiden Konzernen zu wirken. Die Deutsche Bank hatte sich bald aus der AEG zurückgezogen und hatte ihre führende Stellung als Hausbank bei Siemens ausgebaut. Die produktorientierte Arbeitsteilung wurde zunehmend durchlöchert. Heute ist die Warenpalette beider Konzerne ähnlich. Auch Gemeinschaftsgründungen – wie Telefunken 1929 – ebneten die Konkurrenz nicht ein, sondern verschärfte sie durch das beiderseitige Bestreben, die gemeinsamen Töchter an sich zu ziehen. Die Auseinandersetzungen um die Kraftwerks-Union (KWU) und die Osram GmbH sind beredte Beispiele aus neuerer Zeit.

Der anarchische Charakter des Kapitalismus schlägt immer wieder durch, nicht planvolles Wirtschaften, sondern Verwertung des Kapitals sind Leitmotiv. Assoziationen zwischen Kapitalen, die durch ihre Zusammenlegung erhebliche Sprünge in der Fortentwicklung der Produktivkräfte zu veranlassen vermögen, brechen auseinander, wenn die Kapitalverwertung es erforderlich erscheinen läßt.

Die immer mehr auseinanderstrebende Entwicklung des Siemens- und des AEG-Konzerns mögen auf den ersten Blick erstaunen, zumal die Ausgangsbedingungen beider Konzerne nach dem zweiten Weltkrieg nahezu gleich waren. Beide Konzerne wurden durch die Banken wieder finanziell auf die Beine gestellt. Während aber nach der Konsolidierung Siemens das Schwergewicht auf „qualitatives Wachstum" legte, verfocht AEG den Kurs der mengenmäßigen Expansion „Umsatz um jeden Preis". Die langanhaltende Konjunktur in der BRD bis Mitte der 60er Jahre schien diese Strategie plausibel zu machen. AEG expandierte durch den Aufkauf anderer Elektrofirmen. Es wurde gekauft, was auf dem Markt zu kaufen war. AEG verlegte sich schwerpunktmäßig auf den Sektor der Produktion von elektrischen Haushaltswaren, während Siemens den Konsumgüterbereich relativ abbaute und in „zukunftsträchtigere Bereiche" investierte.

Aus der heutigen Sicht wird der Niedergang der AEG als Folge von falschen Managemententscheidungen gewertet. Siemens wäre weitsichtiger gewesen. Sicherlich spielen diese wie andere „subjektive" Faktoren eine Rolle. Die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise setzen sich nicht in reiner Form durch, sie wirken hinter dem Rücken der Produzenten, aber auch durch diese hindurch, vermittels ihrer. Diese Faktoren entfalten ihre Wirkung, wenn die Prosperität durch die Krise abgelöst wird. Wenn die durchschnittliche Profitrate niedrig ist, erweisen sich Produktionen, die vormals für den Kapitalisten mindestens auskömmlich waren, als unrentabel und existenzgefährdend. Marktengpässe, die vorher aufgrund eines dicken Kapitalpolsters überwunden werden konnten, geben den Anstoß zur Krise der Einzelunternehmen. Unternehmen, die vorher nebeneinander existieren konnten, konkurrieren sich nieder.

Der Ausbau des Konsumgüterbereichs erwies sich für AEG als Verlust. Aber erst im nachhinein. AEG läßt zu gesellschaftlich durchschnittlich ungünstigeren Bedingungen produzieren. Das gesellschaftliche Bedürfnis nach bestimmten Waren, das sich sowieso immer nur als *zahlungsfähige* Nachfrage geltend machen kann, weist die Wertproduktion in ihre Schranken. Dieser Prozeß setzt sich aber nicht durch planvolles, ökonomisch vertretbares Korrektiv durch (das auch noch im Sozialismus mehr oder weniger notwendig bleibt), sondern in Krisen. Während AEG mehr auf Umsatzsteigerung aus war, ging Siemens eher auf „qualitatives Wachstum". Beides entspricht der Logik der kapitalistischen Produktionsweise. Ob Vermehrung des Profits über Methoden des absoluten Mehrwerts oder durch Methoden des relativen Mehrwerts, dessen Antrieb ja das Streben nach Extraprofit ist (dem Konkurrenten eine Nasenlänge voraus zu sein), ist dem Kapitalisten egal. Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen sind unterschieden, sie entziehen sich dem bewußten Handeln der Kapitalisten.

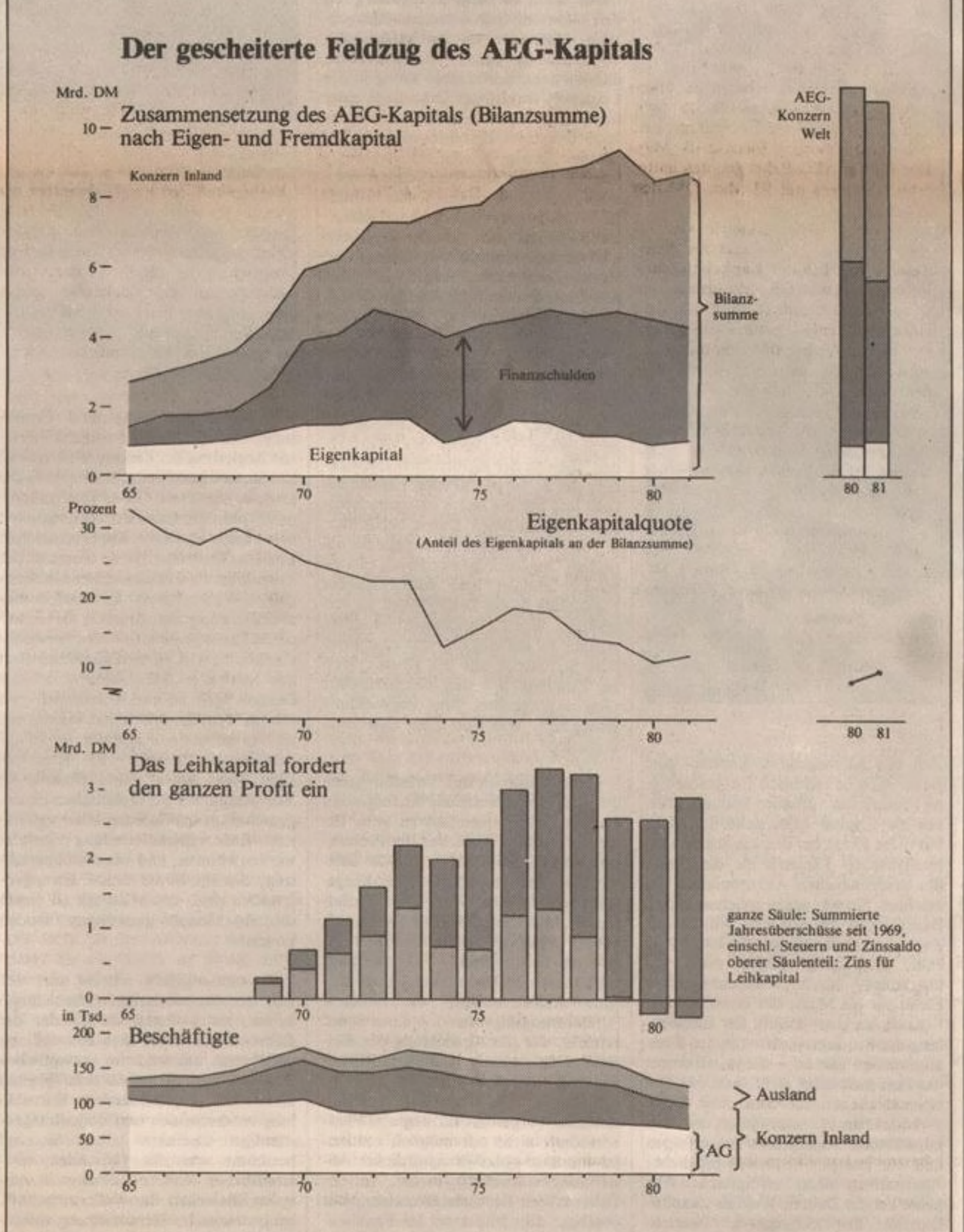
Die Krise des AEG-Konzerns deutete sich schon Anfang der 70er Jahre an. Firmenzukäufe erwiesen sich als unrentabel. Z.B. erwies sich der 1971 aufgekaufte italienische Elektrohaushaltsgerätehersteller Zanussi bald als unrentabel, er konnte nur weit unter Einkaufspreis wieder verkauft werden. Der Büromaschinenhersteller Olympia geriet bald in die Verlustzone, gleichfalls der Elektromaschinenhersteller Hartmann&Braun. Die Bilanzsumme der AEG, Ausdruck des Umsatzwachstums, stieg zwar mit einer Unterbrechung 1973/74 weiter, der Jahresüberschuß (Indikator für den Profit) erlitt in der Krise 1974 einen starken Einbruch. Vor allem aber wuchs der Anteil der an die Banken zu zahlenden Zinsen erheblich und schnürte den bei der AEG verbleibenden Unternehmergewinn immer mehr ein.

AEG hatte sich bei den Banken erheblich verschulden müssen. Zuerst, um die Expansion – vor allem die Firmenaufkäufe – zu finanzieren. Indem sich die Strategie als immer weniger rentabel erwies und dann sogar verlustbringend, mußten Bankkredite zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit aufgenommen werden. Der Kreis schloß sich. Der Profit diente immer mehr zur Tilgung und Zinszahlung an die Banken. Dieser Profit konnte nicht investiert werden, AEG geriet immer mehr in die Hinterhand. Gerade in der Situation, in der Investitionen zur Modernisierung des Produktionsapparates dringend notwendig wurden, mußte der Profit zur Schuldentilgung verwendet werden. Schulden müssen gemacht werden, um Schulden zurückzuzahlen. Der Kreis schließt sich auch für die Banken.

Heute ist es in allen kapitalistischen Ländern so, daß der überwiegende Teil des von den industriellen Kapitalisten angewandten Kapitals über die Banken vermitteltes Leihkapital ist. Die Banken verlangen dafür, daß sie den Industriellen Kapital ausleihen, einen Zins. Dieser Zins ist für den Industriellen Abzug vom Profit. Ohne Kredit aber könnte er heute große Produktionen gar nicht aufnehmen. In der zunehmenden Rolle des Kredits kommt die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion zum Ausdruck. Die Grenzen des privaten Kapitals werden gesprengt. Die Einzelkapitale fungieren tatsächlich als Gesellschaftskapital. Das Kreditkapital tritt den Einzelunternehmen „als an sich gemeinsames Kapital der Klasse" (Marx) gegenüber. Die Banken fungieren als gesellschaftliche Gläubiger und Schuldner. Sie vermitteln den Kredit. So vermag der Kredit zwar einerseits die Beschränktheit der kapitalistischen Produktionsweise aufzuheben, andererseits bleibt er aber in die kapitalistische Hülle gebannt. Denn die Banken verteilen den Kredit nicht entsprechend gesellschaftlicher Bedürfnisse und Planbarkeit, sondern entsprechend ihrer Profiterwartungen. Dabei setzen sich – ob gewollt oder nicht – Vergesellschaftungsbestrebungen durch. In der Krise vermag der Kredit z.B. für eine bestimmte Zeit Unternehmen am Leben zu erhalten, indem er die Zahlungsfähigkeit für eine Zeitlang sichert, wenn aber die Pleite nicht mehr aufzuhalten ist, führt ein Riß im Kreditnetz, das die ganze Gesellschaft überzieht, möglicherweise zu einer Erschütterung der ganzen Wirtschaft.

Die zunehmende Kreditierung des AEG-Telefunken-Konzerns, die sich im sinkenden Eigenkapitalkoeffizienten (Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital) ausdrückt, dient zunehmend der bloßen *Sicherung der Zahlungsfähigkeit*. Die beteiligten Banken gerieten zunehmend in die Zwickmühle. Einerseits haben sie gut an der Verschuldung des Konzerns verdient. Der hohe Verschuldungsgrad führte zu einer schwachen Verhandlungsposition der AEG gegenüber den Banken. Rechnet man die Profite von AEG seit 1969 zusammen und ebenfalls die Zinszahlungen, so ist 1979 der kumulierte Profit durch die Zinsen aufgefressen (siehe Schaubild). Andererseits aber geraten die Banken in die Gefahr, daß ihre Forderungen mit zunehmender Krise des Schuldners nicht mehr rückzahlbar werden. Die Macht der Banken, dem Kreditnehmer ihre Konditionen zu diktieren, gerät in Gefahr umzuschlagen, so daß die Schulden uneinbringlich werden.

Dieser Punkt war 1974 erreicht. In diesem Jahr wies der Jahresabschluß einen Fehlbetrag von 664 Mio. DM auf. Die Krise des Konzerns war in jenem Jahr durch Verluste der KWU, gemeinsame Tochter mit Siemens, verschärft worden. Die AEG konnte den erheblichen Kapitalbedarf für die KWU nicht mehr aufbringen. Ein Jahr später sehen sich die beteiligten Banken veranlaßt, die „Sanierung" des Konzerns unter eigener Regie durchzuführen. Die Entwertung des AEG-Kapitals hatte sich in einem starken Fall des Börsenkurses geäußert. Dem Konzern mußte von außen neues Kapital zugeführt werden. Das führende Bankenkonsortium beschließt eine Kapitalerhöhung. Da die neuen Aktien, die eine künstliche Höherbewertung in ih-



In den Bilanzzahlen spiegelt sich im Nachhinein der langandauernde Niedergang des AEG-Konzerns. Unübersehbar die Aufblähung des Gesamtkapitals um die Wende zu den 70er Jahren durch Kreditaufnahme; es ist die Zeit der Firmenkäufe. Dann kommt die Krise und die Zinszahlungen fressen mehr und mehr den Profit weg. Die Expansion findet ihr Ende beim Vergleichsrichter.

AEG und Siemens im Vergleich

ausgewählte Positionen aus den Jahresabschlüssen 1981 – in Mio. DM

	AEG-Telefunken		Siemens	
	Inland	Welt	AG (Inland)	Welt
Eigenkapital	1037	1017	7171	9088
Bilanzsumme	8726	10806	21957	34069
Eigenkapitalanteil %	*11,9%*	*9,4%*	*32,7%*	*26,7%*
Jahresüberschuß	+34	+24	+481	+509
Zinsaufwand	385	696	426	970
Zinsertrag	64	72	740	1085
Zinssaldo	*–320*	*–624*	*314*	*115*
Steuerzahlung	45	79	422	978

Quelle: Siemens: Geschäftsbericht '81 (Geschäftsjahr 1.10.1980–30.9.1981); AEG Telefunken: Geschäftsbericht 1981; eigene Berechnungen

rem Kurs zum Ausdruck bringen, keine Käufer gefunden hätten, mußten sich die Banken entschließen, diese Aktien in Eigenbesitz zu nehmen.

Die beteiligten Banken dringen auf Umstrukturierung des Konzerns. Dies geschieht aber nicht aus „volkswirtschaftlichem selbstlosem Verantwortungsbewußtsein" (Handelsblatt vom 23.4.76), sondern aus der Erkenntnis, daß Zinszahlungen von einem bankrotten Unternehmen nicht mehr zu erwarten sind, geschweige denn die Rückzahlung der Kredite.

Ab Mitte der 70er Jahre wurde die Geschäftspolitik des AEG-Konzerns direkt von den Banketagen aus gemacht. Die Krise konnten sie nicht aufhalten. 1979 spitzte sich die Krise wieder zu. Die Banken versuchten, den mit der allgemeinen Krise verbundenen gewaltigen Entwertungsprozeß, der zuerst Kapitale unterdurchschnittlicher Profitabilität erfaßt, in zu regelnde Bahnen zu leiten, statt ihn sozusagen naturwüchsig wirken zu lassen. Im Herbst 1979 beschlossen die Konsortialbanken ein Konsolidierungskonzept, das zum Kern eine Herabsetzung des Kapitals im Verhältnis 3:1, eine Zinsstundung für langfristige Kredite und eine Beibehaltung der kurzfristigen Kreditlinien vorsah. Gleichzeitig wurde eine Kapitalerhöhung beschlossen, wobei die drei Großbanken 40% der neuen Aktien übernahmen. Forderungen wurden gestrichen, um die Bonität der AEG zu erhalten. Die Banken versuchten, durch weitreichende Rationalisierungen die Akkumulationsbedingungen bei AEG günstiger zu gestalten. Zwischen 1979 und 1981 wurden 20000 Arbeitsplätze beseitigt. Eine vollständige Modernisierung des Produktionsapparates wäre notwendig gewesen. Das Handelsblatt stellte fest (5.12.79), daß im Konsumgüterbereich die Umsatzproduktivität je Beschäftigtem von 1975 bis 1978 bei AEG um 16,4%, bei Grundig aber um 28% und bei Bosch um 23,1% gesteigert worden war.

Die Geschlossenheit im Auftreten der Konsortialbanken wurde ab 1979 immer mehr von innen durchlöchert. Die Solidarität hört bei ihnen auf, wenn es nicht mehr um die Verteilung der Beute, sondern der Verluste geht. Die BHF-Bank wäre gern aus dem Konsortium ausgestiegen. Viele Banken übten 1981, was sonst gar nicht ihr Art ist, unverhohlen öffentlich Kritik an der Konsortialführung durch die Dresdner Bank (FAZ vom 3.11.81).

Die Sanierung des AEG-Telefunken-Konzerns ging einher mit einer fortschreitenden Zentralisation in der westdeutschen Elektroindustrie:

– Die Osram GmbH war 1974 in die roten Zahlen gerutscht (Bilanzverlust: 8,1%). Zu diesem Zeitpunkt gehörte Osram zu 42,8% zu Siemens, AEG hielt eine Schachtelbeteiligung von 35,8% und General Electric 21,4%. Um Osram wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen, waren hohe Investitionen notwendig. Die AEG war außerstande zu Kapitalzuführungen und sah sich gezwungen, ihren Anteil zum Kauf anzubieten. Die jährlich notwendigen Investitionen wurden auf 50 bis 60 Mio. DM veranschlagt. General Electric, größter Lampenhersteller in der Welt, zudem bei AEG-Telefunken damals noch beteiligt, versuchte, die AEG-Beteiligung an Osram zu übernehmen. Das Bundeskartellamt sprach sich aber gegen diese Übernahme aus, und obwohl General Electric 100 Mio. DM für das AEG-Paket geboten hatte, erhielt Siemens mit 93 Mio. DM den Zuschlag.

– Im Mai 1976 verkaufte General Electric (USA) sein Paket an AEG-Telefunken. Bei der Kapitalerhöhung im Vorjahr war GE draußengelassen worden. Die Dresdner Bank hatte mit einem Bankenkonsortium die gesamten neuen Aktien übernommen. Der Anteil der GE hatte sich durch diese Maßnahme von 11% auf 8% verringert. Die GE sah jetzt keine Möglichkeit mehr, auf die Geschäftspolitik der AEG gegen die Banken Einfluß zu gewinnen. Die Verkaufsaktion wurde dann auch durch die Dresdner Bank reguliert.

– Im November 1976 kaufte Siemens für 618 Mio. DM den Anteil der AEG an der Kraftwerksunion (KWU). Vorher waren Kaufabsichten der GE sowie des französischen Mischkonzerns Saint-Gobain-Pont-Mousson an dem zu erwartenden Veto des Bundeskartellamtes gescheitert. Mit dem Verkaufserlös konnte AEG den Verlustvortrag vom Vorjahr in Höhe von 352 Mio. DM in der eigenen Konzernbilanz ausgleichen. Es blieb ein Nettoverlust von 900 Mio. DM aus dem Kernkraftwerksgeschäft. Das deutete nicht darauf hin, daß die KWU längerfristig nicht rentabel zu führen gewesen wäre. Vielmehr vermochte AEG das zu investierende Kapital nicht aufzubringen, im Gegensatz zu Siemens. Diese Transaktion brachte zwar kurzfristig eine Entlastung der Bilanz, langfristig aber wurde die Konkurrenzfähigkeit des AEG-Telefunken-Konzerns weiter eingeschränkt. Die beteiligten Banken haben diese Transaktion gefördert. Sie hatten zur Folge, daß Siemens in bestimmten Zweigen (Kraftwerksbau, Lampenherstellung) seine Marktstellung erheblich ausbauen konnte. Die Zentralisation erfolgte mit Genehmigung des Bundeskartellamtes, das vorher ausländische Bewerber abgewiesen hatte. Die Banken haben die Zentralisation nicht als Selbstzweck gefördert. Konzentration und Zentralisation erfolgten aus den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals, wenn auch die beteiligten Banken bewußt diesen Bedürfnissen nachhelfen. Der Kredit bildet sich als mächtiger Hebel in der Konkurrenz mit der Wirkung der Zentralisation heraus:

„Abgesehen hiervon bildet sich mit der kapitalistischen Produktion eine ganz neue Macht, das Kreditwesen, das in seinen Anfängen verstohlen, als bescheidne Beihilfe der Akkumulation, sich einschleicht, durch unsichtbare Fäden die über die Oberfläche der Gesellschaft in größern oder kleinern Massen zersplitterten Geldmittel in die Hände individueller oder assoziierter Kapitalisten zieht, aber bald eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird, und sich schließlich in einen ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale verwandelt."

(Karl Marx, Das Kapital, MEW 23, S. 655)

Ein Wundermittel ist aber auch der Kredit nicht. Er bleibt der kapitalistischen Produktionsweise verhaftet, ist selbst Kapital. Das hohe Zinsniveau der letzten Jahre beschleunigte den Ruin der AEG. Je weniger das produktive Kapital in der Lage ist, Profite produzieren zu lassen, desto mehr bläht sich der Kredit auf.

Bevor der Vergleich vom Vorstand der AEG im Auftrag der Banken angemeldet wurde, waren die noch profitabel produzierenden Bereiche des Konzerns verkauft worden.

– 1981 gründeten Bosch (75,5%) und AEG die Telenorma Beteiligungsgesellschaft, die die zukunftsträchtigen Datenfernübertragungssysteme des Konzerns übernimmt.

– Zur Weiterführung des Telefongeschäftes gründeten im selben Jahr eine zu diesem Zwecke von Bosch, Mannesmann und der Allianz-Versicherung ins Leben gerufene Holding und AEG die AEG-Telefunken-Nachrichten GmbH.

– Eine Finanzholding mit der Dresdner Bank, der Deutschen Bank, der Westdeutschen Landesbank und Bosch beteiligten sich mit 49% an der Olympia-Werke GmbH.

– Kurz vor dem Vergleichsantrag wurde die Übernahme der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH durch die Grundig AG vereinbart. Grundig hofft durch diesen Zusammenschluß den japanischen Kapitalisten im Kampf um den expandierenden Video-Markt Paroli bieten zu können.

Kaufabsichten des englischen Elektrokonzerns General Electric Company in der ersten Jahreshälfte wurden von Siemens, den Banken und der Bundesregierung vereitelt.

Das Vergleichsverfahren oder der mögliche Konkurs ist ein juristischer Nachvollzug der ökonomisch schon stattgefundenen Kapitalvernichtung. Die beteiligten Banken hatten dem zu erwartenden Forderungsverzicht durch Wertberichtigungen, also Abschreibungen, in ihren Bilanzen schon Rechnung getragen. Die 3 Mrd. DM Pensionsrückstellungen für die zugesagten Betriebsrenten waren nur noch Makulatur.

Die Pleite des AEG-Telefunken-Konzerns ist nur die Spitze eines Eisberges. Die Firmenzusammenbrüche erreichten seit 1950 wieder einen Höchststand. Die Pleite der AEG wird diesen Prozeß beschleunigen.

Die Kreditquoten der Banken bei AEG-Telefunken (in %)

Kreditinstitut	alt	neu
Dresdner Bank AG	17,45	23,80
Deutsche Bank AG	12,45	14,50
Westdeutsche Landesbank	12,19	9,47
Commerzbank AG	9,55	8,23
Hessische Landesbank	8,30	7,54
Norddeutsche Landesbank	7,75	5,76
Deutsche Genossenschaftsbank	5,15	5,63
Bayerische Landesbank	4,92	4,17
Württembergische Kommunale Landesbank	3,75	–
Berliner Handels- und Frankfurter Bank	3,18	3,17
Bayerische Vereinsbank	3,14	3,56
Hamburgische Landesbank	2,85	–
Berliner Bank AG	2,25	3,23
Deutsche Gitorzentrale – Deutsche Kommunalbank	1,40	–
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG	1,30	–
Westfalenbank AG	1,27	–
Bank für Gemeinwirtschaft AG	1,25	2,05

Nach dem Vergleichsantrag von AEG hat es im Bankenkonsortium offenbar heftige Auseinandersetzungen gegeben, weil einige Banken nicht mehr mit weiteren Krediten mitziehen wollten. Stimmen die durch die Presse verbreiteten Zahlen, so mußten die beiden verantwortlichen Konsortialführer die Quoten anderer Banken mitübernehmen.

Anteile der Banken am AEG-Grundkapital

Das von der Commerzbank regelmäßig veröffentlichte „Wer gehört wem?" vermerkt bei AEG-Telefunken AG verschämt: „Streubesitz". In Wirklichkeit ist die Aktiengesellschaft zu etwas mehr als 50% in Besitz eines Bankenkonsortiums. Ausgehend von den Konsortialquoten ergeben sich etwa folgende Aktienanteile (in Prozent):

Bank	Anteil
Dresdner Bank	10,75
Deutsche Bank	7,50
Westdeutsche Landesbank	4,75
Commerzbank	4,0
Berliner Handels- und Frankfurter Bank	3,0
Hessische Landesbank	2,75
Bayerische Landesbank	2,125
Württembergische Kommunale Landesbank	2,125
Norddeutsche Landesbank	1,875
Berliner Bank	1,625
Hamburgische Landesbank	1,75
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank	1,125
Bayerische Vereinsbank	1,125
Schweizerische Kreditanstalt	1,125
DG Bank	1,0
Merck, Finck	0,625
Sal. Oppenheim	0,625
Bank für Gemeinwirtschaft	0,5
Deutsche Girozentrale	0,5
Westfalenbank	0,5



Scheibchenweise rücken AEG-Vorstand und Vergleichsverwalter mit ihren Absichten raus. Nach Küppersbusch in Gelsenkirchen haben nun auch Neff in Bretten und Zanker in Tübingen die Pleite erklärt. Rund 5000 Beschäftigte, davon die Hälfte Ausländer, haben in diesen drei Unternehmen bislang gearbeitet. Die Betriebsräte sagen, die Muttergesellschaft AEG habe den Liquidationsvergleich durch Geldsperre erzwungen. Und Heinz Dürr hat am Wochenanfang mitgeteilt, der Vergleichsverwalter habe es abgelehnt, Gelder für Bereiche zur Verfügung zu stellen, in denen Überkapazitäten bestehen.

Ursachen einer Pleite

frb. In Tübingen jedenfalls wurde jetzt gestreikt und damit der Betrieb faktisch besetzt. Es soll verhindert werden, daß die Gläubiger zugreifen. Aber man soll sich nichts vormachen, in anderen AEG-Werken waren die Belegschaftsversammlungen der letzten Woche nach einer halben Stunde sang- und klanglos beendet. Es ist wenig wahrscheinlich, daß da jetzt ein Funke überspringt, dazu haben Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft in den letzten Jahren den Kapitalvertretern zu wenig die Stirn geboten. Auf die jetzige Lage hat man sich so gut wie nicht vorbereitet, der Vergleichsantrag wurde hingenommen, obwohl die Belegschaft beim gerichtlichen Vergleich Null Rechte hat. So wird man froh sein müssen, wenn für die jetzt zusätzlich Entlassenen ein Sozialplan gerettet werden kann, denn nichtmal das ist in der Vergleichsordnung gesichert.

Wenn das Politikmachen erst beginnt, wenn die Pleite droht, ist es immer zu spät. In dieser Lage steht die Belegschaft fast immer auf verlorenem Posten, man erinnere sich etwa an die (erfolgreichen) Erpressungen gegenüber Zigtausenden in der amerikanischen und britischen Automobilindustrie im letzten Jahr. Das liegt auch nicht an der besonderen Verfassungstreue des AEG-Betriebsrats, sondern das hat objektive Gründe. Es ist nun mal schwer, für die uneingeschränkte Fortführung der Werke von Küppersbusch, Neff und Zanker einzutreten, wenn doch offenbar der Markt für die dort hergestellten Produkte überfüllt ist, und das nicht nur vorübergehend. Sicher könnte man weiter produzieren, aber woraus sollen dann Löhne und Vorleistungen bezahlt werden? Offenbar liegen die Gründe des Scheiterns tiefer.

Jeder Versuch, die spezielle Krise bei AEG erklären zu wollen, ist allenfalls als betriebswirtschaftlicher Erfahrungsaustausch von Gewinn. Damit wäre vielleicht erklärt, weshalb es gerade die AEG getroffen hat; es gilt aber zu klären, weshalb es überhaupt in immer größerem Ausmaß zu derartigen Zusammenbrüchen kommt. Insofern ist es ganz richtig, daß man die AEG-Pleite vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung sehen muß. Und es wäre schon viel gewonnen, wenn der Fall zum Anlaß genommen würde, die wirtschaftspolitische Diskussion in den Gewerkschaften wieder mehr zu beleben.

Nimmt man die AEG nicht als Einzelfall, so kann es nicht darum gehen, die AEG-Krise zu analysieren, um es das nächste Mal besser zu machen. Denn nicht die Fehler des AEG-Managements sind die Ursachen der allgemeinen Krise, die auch der AEG schließlich das Kreuz gebrochen haben, sondern die Gesetze und Zwänge der kapitalistischen Produktion, denen der AEG-Vorstand ebenso ausgesetzt ist wie der von Siemens oder der Dresdner Bank.

Die Frage ist, wie es dazu kommen konnte, daß AEG so sehr am gesellschaftlichen Bedarf vorbeiproduziert hat. Und weshalb es für solche Irrtümer keine andere Lösung gibt, als den Zusammenbruch eines Einzelkapitals.

Heute ist es ein Leichtes, den Einkauf der Hausgeräteunternehmen durch AEG als Ausgangspunkt der Pleite zu sehen. Aber Expansion durch Fusion, d.h. durch Zentralisation des Kapitals, ist nichts dem AEG-Kapital Eigentümliches. Vielmehr geht ein Kapital, das sich auf solche Gebote nicht einläßt, unter. Denn ein größeres Kapital ist schlagkräftiger als ein kleines, selbst wenn seine Profitrate niedriger ist.

In jedem ihrer Gutachten stellt die „Monopolkommission" eine Zunahme der Kapitalkonzentration in der BRD fest. So vereinigen in der Elektroindustrie Siemens, AEG und Bosch rund die Hälfte des Branchenumsatzes auf sich. Und hauptsächlich nimmt die Konzentration infolge von Fusionen, der Verschmelzung bereits bestehender Einzelkapital zu. Deshalb kommt es noch nicht zu Krisen, aber dadurch wird das Krisenkarussell in Gang gehalten und der Zusammenbruch eines einzelnen Kapitals nimmt immer zerstörerische Ausmaße an.

AEG ist bei der „weißen Ware" eingestiegen, nicht weil das Unternehmen über Produktivkräfte verfügt hätte, die für eine Entwicklung dieser Produktion entscheidend gewesen wären, sondern weil das vorhandene Kapital nach Ausdehnung verlangte. Dazu galt es einen Markt zu *erobern*. Der Aufkauf kleinerer Unternehmen, damals als Überlebensstrategie gepriesen, sollte dem Konzern die Profitmasse bescheren, die den Kampf mit der verbliebenen großen Konkurrenz auf diesem und anderen Märkten erst erlaubten. Jedes Kapital zwingt die Konkurrenz bei Strafe des Untergangs zu solch wahnsinniger Kapitalvermehrung. Hätte sich AEG darauf nicht eingelassen, so wären die Pleiten auf andere Weise erfolgt.

Das ist alles ziemlich allgemein. Nur so aber läßt sich wirklich was klären, nur so läßt sich wirkliche Vorsorge treffen. Nicht indem der Pleitengrund in der falschen *Produktenpalette* gesucht und eine andere gefordert wird, sondern nur indem die *ökonomischen Formen* ausfindig gemacht und kritisiert werden, die die Produktivkräfte solchermaßen gefesselt halten. Dadurch nämlich werden vor allem die Produzenten zunehmend in die Lage versetzt, die Gesetze, die sie zu beherrschen scheinen, zu begreifen. Daß der Kapitalismus dies verhindert, tritt kaum so offensichtlich hervor wie bei einer Pleite.

Angestelltengehälter überproportional seit dem Vorjahr gestiegen

geh. Nach den Mitteilungen haben sich die effektiven Stundenlöhne gegenüber dem Vorjahr (April) in der gesamten Industrie im Durchschnitt um 6,1% gesteigert. Die Frauenlöhne lagen leicht über diesem Schnitt, die der Männer leicht darunter. Dagegen stiegen die Monatseinkommen der Angestellten in der Industrie – ohne den Handel, Versicherungen, Banken etc. – um fast 1% stärker: 7,0%. Auch hier lagen die Einkommenssteigerungen der Frauen leicht über dem Schnitt. Die Steigerung der Löhne und Gehälter in der Metallindustrie hatte eine ähnliche Tendenz, ist jedoch etwas stärker.

Effektiv-Stundenlöhne und Steigerung gegenüber Vorjahr, April 1982

	Industrie ges.		Metallindustrie	
	DM	%	DM	%
Männer				
Lstgr. 1	16,40	5,5	16,49	6,7
Lstgr. 2	14,83	6,1	15,06	7,4
Lstgr. 3	13,21	5,6	13,37	6,4
Alle Männer	15,59	5,9	15,81	7,0
Frauen				
Lstgr. 1	12,35	5,8	13,87	6,6
Lstgr. 2	11,48	6,3	12,36	7,6
Lstgr. 3	11,04	6,2	11,71	7,2
Alle Frauen	11,32	6,3	12,04	7,5
Alle Arbeiter	14,83	6,1	15,11	7,2

Effektivmonatseinkommen und Steigerung gegenüber Vorjahr, April 1982

	Industrie ges.		Metallindustrie	
	DM	%	DM	%
Männer				
Lstgr. II	4748	6,9	4782	8,1
Lstgr. III	3608	6,0	3631	7,9
Lstgr. IV	2827	6,3	2814	8,0
Lstgr. V	2364	4,9	2436	8,9
Alle Männer	4015	6,8	2673	7,2
Frauen				
Lstgr. II	3913	6,8	4008	8,2
Lstgr. III	2954	6,8	3000	8,4
Lstgr. IV	2273	6,9	2321	8,2
Lstgr. V	1865	6,2	1901	9,5
Alle Frauen	2673	7,2	2715	8,9
Alle Angestellten	3665	7,0	3778	8,7

Arb.Lstgr. 1 = Facharbeiter / Lstgr. 2 = angelernte Arbeiter / Lstgr. 3 = ungel. Arbeiter Angest.Lstgr. II = Ingenieure etc. / Lstgr. III = Meister etc. / Lstgr. IV = mit Lehrabschluß / Lstgr. V = angelernte Angstellte

Breite Unterstützung der Beschäftigten im Gesundheitswesen

Die Thatcher-Regierung setzt auf Zermürbungstaktik

mam. Die Sonntagszeitungen in Großbritannien veröffentlichten jetzt eine Umfrage, nach der 8 von 10 Briten den Kampf der Beschäftigten im Gesundheitswesen unterstützen. 71% lehnten die „starre Haltung" der Regierung zur Frage der Lohnerhöhungen ab, die den Beschäftigten mit dem Angebot einer Lohnerhöhung von 6 bis 7,5% einen Abschluß unter der Inflationsrate zumuten will.

Nach der Beendigung des 5-tägigen Streiks in der letzten Woche ist der Dachverband der Gewerkschaften im Gesundheitswesen zu einem „rollenden Programm" von Streiks und Aktionen übergegangen. Es wurden Rundschreiben an die 900 Niederlassungen verschickt, die die Beschäftigten auffordern, zu Schwerpunktaktionen überzugehen. Im wesentlichen wird dabei die Taktik beibehalten, Aktionen durchzuführen, die zwar für die Patienten lästig sind, aber Gesundheit und Leben nicht gefährden, da den Gewerkschaften ziemlich bewußt ist, daß der Kampf nur mit der Unterstützung breiter Teile der britischen Bevölkerung zu gewinnen ist. Bettwäsche wird nicht gewaschen, statt Leinen gibt es Papierlaken; es gibt nur noch vorgefertigtes Essen und die Warteliste für Operationen verlängert sich, da nur noch akute Fälle behandelt werden.

Trotz der Möglichkeiten der Kapitalisten aufgrund des Gewerkschaftsgesetzes von 1980 gerichtliche Verfügungen gegen Solidaritätsstreiks zu erreichen, wird der Streik durch Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu den Kundgebungen und Versammlungen der Krankenschwestern von den Beschäftigten anderer Unternehmen und Branchen unterstützt. Als die Elektriker am Mittwoch letzter Woche durch ihren Streik das Erscheinen sämtlicher nationaler Zeitungen verhinderten, war die Begeisterung bei den Gewerkschaften groß – insbesondere weil der Kapitalistenverband in diesem Fall eine Verfügung angestrengt hatte, die den Streik untersagte. Der Sekretär der Elektrikergewerkschaft, Sean Geraghty, bekam daraufhin eine Geldstrafe von 350 Pfund Sterling aufgebrummt – die Gewerkschaft muß allerdings auch die Prozeßkosten tragen, die bis auf 10000 Pfund geschätzt werden. Wenn dieses Urteil auch allgemein als „milde" eingeschätzt wird, kommt es mir doch eher so vor, als daß es den Kapitalisten und der Regierung darauf ankommt, mit kleinen Schritten zur Durchsetzung des Gesetzes von 1980 zu kommen und damit auch das Tebbit-Gesetz, das die Rechte der Gewerkschaften noch mehr einschränken soll, dieses Jahr noch verabschieden zu können, ohne daß es zu größeren Auseinandersetzungen kommt.



Plötzlich erinnern sich alle daran, daß 1972 die konservative Regierung darüber gestürzt worden war, daß sie aufgrund des Gewerkschaftsgesetzes von 1971 fünf Hafenarbeiter ins Gefängnis gesteckt hatte. Nach kurzer Zeit, nämlich ehe es zum Generalstreik kam, mußten die fünf entlassen werden und die Labour-Regierung, die dann folgte, hob das Gesetz wieder auf. Jetzt setzt die Regierung auf die wirtschaftliche Krise, in der die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten aufgrund der ständig anwachsenden Arbeitslosenzahlen gesunken ist. Wenn das Tebbit-Gesetz im Herbst durchkommt, haben die Kapitalisten die rechtlichen Maßnahmen zur Hand, die es ihnen ermöglichen, sich bei wirtschaftlichen Schäden, die durch Solidaritätsstreiks mit den Beschäftigten einer anderen Branche entstehen, an den Gewerkschaftskassen gütlich zu halten. Darum geht es und deshalb wird auch das Urteil gegen Sean Geraghty für milde gehalten. Eigentlich macht das aber nur klar, daß die Kapitalisten mehr wollen und nur die derzeitige Situation im Streik der Beschäftigten des Gesundheitswesens fürchten, die es zumindest ermöglicht, eine breitere Einheit der Gewerkschaften gegen das neue Gesetz zu erreichen.

Bundesrat: Aus Fürsorge mehr Überstunden für Beamte

kvz. Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf eingebracht, mit der die Reduzierung der Überstunden ab 1.1.1982 von maximal 60 vergütungsfähigen Mehrarbeitsstunden auf 50 und ab 1.1.83 auf maximal 40 Mehrarbeitsstunden im Monat rückgängig gemacht werden soll. „Die Höchstgrenze von 50 bzw. 40 vergütungsfähigen Mehrarbeitsstunden pro Monat bei Beamten sind vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen unzureichend; sowohl im Polizeivollzugs- als auch im ärztlichen Dienst kann damit der tatsächlich erforderliche Bedarf an Mehrarbeit nicht abgedeckt werden, so daß Gefahren für die ärztliche Versorgung an den Krankenhäusern und für die Sicherheitslage entstehen können." Deshalb soll der gesetzlich vorgeschriebene Abbau der vergütungsfähigen Mehrarbeit in den beiden Bereichen auf 50 bzw. 40 Stunden für eine Übergangszeit von 3 Jahren ausgesetzt werden. Es bliebe bei einer Höchstgrenze von 60 Stunden. Begründet wird diese Aussetzung mit der Fürsorge für die Beamten und Patienten. Die beamteten Ärzte seien insbesondere in Universitätskliniken beschäftigt, sie hätten zusätzliche Aufgaben in Forschung und Lehre – deshalb sei durch Stellenvermehrung keine Ersetzung dieses qualifizierten Personals möglich. Da im Interesse der Patienten eine ärztliche Betreung möglichst kontinuierlich – durch ein- und denselben Arzt – erfolgen müsse, würde ein Abbau der Mehrarbeit durch Stellenvermehrung zu einer „erheblich verschlechterten Krankenversorgung" führen. Abbau von Überstunden verlängere die Facharztanerkennung. Jeder Arztwechsel erfordere Zeit zur Informationsweitergabe. Dies schaffe auch die Gefahr von Behandlungsfehlern. Deshalb sei eine Stellenvermehrung mit der zunehmenden Häufung des Arztwechsels nicht anzustreben, begründet der Bundesrat seine Forderung nach mehr bezahlten Überstunden. – Na, warum dann nur auf 60 Überstunden beschränken? Überhaupt nicht das Krankenhaus verlassen, das wäre der Gipfel der Krankenversorgung.

Urabstimmung bei der PanAm

kvz. Die ÖTV ruft ihre Mitglieder bei Bodenpersonal und Flugbegleitern der PanAm in Deutschland vom 25. bis 27.8.1982 zu einer Urabstimmung auf. Es geht um die Gehaltserhöhung 1982. Die PanAm hat bis heute weder gezahlt, noch überhaupt ein Angebot vorgelegt. Bisher haben alle Fluggesellschaften mit der ÖTV eine Gehaltserhöhung vereinbart. Für die Britisch Airways gelang dies nur in einem Schlichtungsverfahren. In ihm wurde eine 4%-Erhöhung ab Juli vereinbart und eine Pauschale von 300 DM für die Monate März bis Juni. In einem weiteren Schlichtungsverfahren wurde der gleiche Schlichtungsspruch auch für PanAm gefällt. Die aber lehnte ab. Sollte die Urabstimmung für Streik entscheiden, will die ÖTV umgehend für die rund 1500 in Deutschland Beschäftigten den Arbeitskampf einleiten.

IG Chemie blecht für Neue Heimat, IG Druck nicht

kvz. Nachdem schon der letzte Kapitaleinschuß der IG Druck größte Schwierigkeiten bereitet hatte, hat sie jetzt beschlossen, sich an der neuerlich erforderlichen Sanierung der Neuen Heimat und Neue Heimat-Städtebau nicht zu beteiligen. Die gegenwärtigen Vermögensverhältnisse ließen es nicht zu, gemeinwirtschaftlichen Institutionen Mittel und Darlehen über den bisherigen Stand hinaus zu gewähren. Die IG Druck schleppt noch Schulden aus dem Arbeitskampf 1978 mit sich rum. Noch auf dem letzten Bundeskongreß wurde dies den Vertretern der IG Druck unter die Nase gerieben. Die IG Chemie hat dagegen ihre Bereitschaft erklärt, Kapital zur Sanierung der Neuen Heimat einzuschießen. Denn in besseren Jahren habe man auch zwischen 8 und 12% Dividende auf's eingezahlte Grundkapital kassiert. Bezahlt werden sollen die Millionen aus dem Treuhandvermögen, in dem u.a. die rückerstatteten Vermögenswerte der IG Chemie-Vorgängerorganisationen aus dem Faschismus liegen. Von 89,5 Mio. sind hier 29,5 Mio. verfügbar, die nicht in Häusern und Grundstücken etc. angelegt seien.

Bundesweiter Kongreß der Arbeitsloseninitiativen

kvz. Die Haltung zum DGB war auf den bisherigen Vorbereitungstreffen der Arbeitsloseninitiativen ein wichtiger Punkt. Zusammenarbeit ja – doch keine Arbeit unter der Schirmherrschaft der Gewerkschaft, das war die Meinung vieler Initiativen, hatten sie doch in der Vergangenheit oft schlechte Erfahrungen gemacht.

Diese Kontroverse bestimmte auch die Debatte, wo der geplante Kongreß der Arbeitsloseninitiativen stattfinden soll und wer ihn ausrichtet. Zur Debatte standen am Schluß Bremen oder Frankfurt. Bremen, da ist das Flaggschiff der „unabhängigen" Alo-Initiativen, die „Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger" (AGAB) mit einer bislang 5jährigen Erfahrung in der Beratung, Betreuung und Interessenvertretung der Arbeitslosen. Frankfurt, da ist die „Arbeitsloseninitiative im DGB", die im Verhältnis dazu erst kürzlich die Arbeit aufgenommen hat, aber vom DGB unterstützt wird und gute Verbindungen zu Einzelgewerkschaften hat.

Für den bevorstehenden Kongreß einigten sich die Initiativen darauf, den Kongreß in Frankfurt stattfinden zu lassen. Die Finanzierung wird weitgehend über DGB und Einzelgewerkschaften erfolgen. Die inhaltliche Ausgestaltung soll „unabhängig" sein und ebenso wie Referate und Kulturprogramm gemeinsam von allen Initiativen erarbeitet werden. Der Kongreß muß offen sein für verstreute Initiativen und soll eine initiative Öffentlichkeitsarbeit machen. Man rechnet mit bis zu 1000 Teilnehmern. Am 28. und 29.8.1982 soll in Bottrop das nächste Vorbereitungstreffen sein.

Folgende Presseerklärung wurde vom Arbeitslosenkongreß-Büro herausgegeben:

Bundesweiter Kongreß der Arbeitsloseninitiativen vom 2. – 5. Dezember 1982 in Frankfurt/M.

Vorbereitungstreffen beschließt inhaltliche Schwerpunkte

Angesichts der ständig steigenden Arbeitslosenzahlen, der Handlungsunfähigkeit der Politiker in Bonn, der permanenten Vertrösterei auf den angeblich nahe bevorstehenden und alle Probleme lösenden Wirtschaftsaufschwung und angesichts der ständigen Versuche vieler, die Schuld den einzelnen Arbeitslosen selbst zuzuweisen, haben sich am vergangenen Wochenende über 70 Vertreter aus 30 Arbeitsloseninitiativen des gesamten Bundesgebiets in Frankfurt zum dritten Mal getroffen und für den 2. – 5. Dezember 1982 einen bundesweiten Kongreß der Arbeitslosen in Frankfurt am Main beschlossen.

Der Kongreß soll allen Arbeitslosen und Arbeitsloseninitiativen offenstehen, er soll Ängste und Nöte der Betroffenen öffentlich machen und ein Bewußtsein dafür schaffen, daß heute prinzipiell jeder von Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Zu folgenden Themen sind Arbeitsgruppen geplant:

1. Ursachen der Arbeitslosigkeit
2. Betriebliche Kämpfe gegen Arbeitsplatzabbau
3. Problemgruppen (Frauen, Jugendliche, Ausländer ...)
4. Neuschaffung von Arbeitsplätzen in zivilen industriellen Bereichen und in alternativen Selbsthilfeprojekten
5. Praktische Probleme der Initiativarbeit
6. Wie organisieren sich Arbeitslose?
7. Soziale und psychische Lage der Arbeitslosen
8. Arbeit – Erwartungen und Wünsche
9. Rechtliche Situation der Arbeitslosen
10. Vernetzung der Arbeitsloseninitiativen
11. Geschichte der Arbeitsverwaltung in der BRD

Weitere AGs sind möglich. Vorschläge werden erbeten.

Daneben besteht die Gelegenheit, an einem „Markt der Möglichkeiten", der parallel zu den Arbeitsgruppen stattfindet, aktiv mitzumachen. Künftige gemeinsame Aktionen sollen am dritten Kongreßtag mit einem demonstrativen Gang in die Frankfurter Öffentlichkeit begonnen werden. Die organisatorische Vorbereitung findet durch die Frankfurter Arbeitsloseninitiativen statt.

Informationen gibt es beim Arbeitslosenkongreß-Büro in Frankfurt, Arbeitsloseninitiative in der DGB-Jugend, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 0611/26841

Spendenkonto: Roland Frischkorn, Konto-Nr. 2 612 557 901 bei der BfG in Ffm, BLZ 500 101 11. Stichwort: Arbeitslosenkongreß

Bombay: 4000 streikende Textilarbeiter festgenommen

kvz. Während einer Demonstration wurden in Bombay 4000 Textilarbeiter festgenommen, die mit ihren 250000 Kollegen seit über 7 Monaten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken. Nach ihrer Entlassung erkärte der Gewerkschaftsführer Datta Samant, daß sie mit ihrer Aktion erreichen wollten, daß sich endlich die indische Regierung um die Forderung der Streikenden kümmert. Bisher hat der Streik, von dem über 60 Betriebe betroffen sind, den Kapitalisten Verluste von etwa 1,4 Mrd. DM gebracht, sie sprechen bereits von einer Gefährung der Produktion und insbesondere des Exports. Von einer Stellungnahme der indischen Regierung ist noch nichts bekannt.

Jugendarbeitslosigkeit

Zu neuen Höhen

Ende August wird in der BRD die höchste Zahl an jugendlichen Arbeitslosen erreicht sein. In jeder Beziehung verschlechtern sich die Bedingungen – und wirken auch auf die Berufsausbildung zurück.

Von Michael Ackermann

Seitenweise könnte man über die Erniedrigung von Jugendlichen schreiben, die jetzt zu tausenden um Lehrstellen betteln müssen, ausgesetzt einem brutalen Auslesemechanismus und dem Druck des individuellen „Versagers". Denn die Jugendarbeitslosigkeit hat zu einem neuen Höhenflug angesetzt, mit jetzt fast 170000 (offiziellen) Arbeitslosen bis zu 20 Jahren. Und diese Zahlen – das weiß fast schon jeder – treffen die Realität keineswegs.

Die ganzen Zahlen von Angebot und Nachfrage spiegeln völlig gebrochen die Wirklichkeit wieder. Die Einschaltquote der Arbeitsämter bei den Jugendlichen liegt sowieso nur bei 75%, tausende von ausländischen Jugendlichen gehen gar nicht zum Arbeitsamt hin, auch die anderen Jugendlichen machen immer mehr auf eigene Faust.

Allein die Berechnungs- und Erhebungsmethoden gehören zu den zweifelhaftesten Kapriolen, die sich die Statistiker im Bildungsministerium erlauben. Da wird die nackte Zahl der jugendlichen Arbeitslosen gemeldet, aber die, die noch in den Berufsvorbereitungskursen oder den einjährigen Berufsschulaufbewahrkursen hocken, werden gar nicht unter die Arbeitssuchenden gefaßt. Der entbrannte Streit um die Statistik hat in den letzten Jahren jedenfalls etwas gebracht: Rechnet man all die Jugendlichen zusammen, die in einem Jahr aus verschiedenen Bereichen des gesamten Bildungswesens auf den Lehrstellenmarkt treten, und hält man dagegen die „versorgten" Jugendlichen, dann ist die Kluft viel größer. So stützt sich auch der DGB auf diese Untersuchungen und folgert für 1982: 332000 Jugendliche werden „unversorgt" auf dem Arbeitsmarkt zurückbleiben.

Regionale Entwicklung

Immer mehr hat sich im Zuge der Entfaltung der Jugendarbeitslosigkeit die regionale Disproportionalität verstärkt. Zwar ist überall allgemein die Jugendarbeitslosigkeit angestiegen,

Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit (bis 20 Jahre) in den Bundesländern im Zeitraum 6/79 – 7/82 (3/79 = 100%)

Land	6/79 %	6/80 %	6/81 %	7/82 %
Schleswig-Holstein/Hamburg	56	55	120	210
Niedersachsen/Bremen	59	66	107	209
NRW	98	109	112	242
Hessen	67	65	129	243
Rheinland-Pfalz/-Saarland	76	76	135	186
Baden-Württemberg	71	84	147	296
Bayern	59	56	104	186
Berlin	49	52	89	156
Bundesgebiet	73	78	116	220

aber in ganz unterschiedlichem Ausmaß. Und das Schaubild verdeutlicht dies – und verdeckt zugleich (was der mangelnden Erhebung durch die Arbeitsstatistik geschuldet ist) – daß natürlich die „Stadtländer" am schärfsten getroffen sind, was die Konzentration von jugendlicher Arbeitslosigkeit angeht. Andererseits mag ein Land wie Niedersachsen in vielen Bereichen nur eine „durchschnittliche" Jugendarbeitslosigkeit aufweisen – was bedeutet das schon für die tausende von Jugendlichen im Emsland und Ostfriesland, wo die Ziffern der Jugendarbeitslosigkeit auf 20 – 30% steigen. Da mag Remmers mit Geldquoten die Kapitalisten für jede Lehrstelle noch so reizen, an der Lage hat das nichts geändert. So verschärft die Jugendarbeitslosigkeit auch noch den Widerspruch zwischen Stadt und Land, schafft Zonen des „Ausgleichs von Angebot und Nachfrage" und Zonen der diametralen Gegensätze.

Was passiert bei den bis zu 20 Jahre alten Jugendlichen?

● Altersmäßig sind es vor allem die 18- und 19jährigen Jugendlichen, deren Anteil sowohl gegenüber 1980 als auch gegenüber 1975 (dem Jahr der bislang höchsten Arbeitslosigkeit seit den 60er Jahren) ansteigt. Zwar zeigen auch die 15- bis 17jährigen ein Ansteigen gegenüber 1980, aber gegenüber 1975 ist ein Sinken zu verzeichnen. Das nimmt kein Wunder, denn die meisten Bundesländer haben in den letzten Jahren das Abschieben der Schulabgänger in Berufsvorbereitungs- und -grundbildungsjahre verstärkt, so daß die Arbeitslosigkeit erst ein, manchmal sogar zwei Jahre später erfolgt. Es findet also nur eine Verschiebung statt. Der andere Grund liegt in der zunehmenden Abwanderung von Realschülern und Gymnasiasten auf den Lehrstellenmarkt, statt in weitere Schulausbildung oder Studium. Auch so wird das Durchschnittsalter verändert.

● Nun zur Entwicklung der Strukturmerkmale. Folgendes schält sich gegenüber 1975 bzw. 1980 heraus:

– Die weiblichen Jugendlichen rutschen auf den Stufen der „Chancengleichheit" wieder herab. Gab es ab 1975 eine leichte Entspannung bei der Arbeitslosigkeit der jungen Frauen, so nimmt die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren wieder sprunghaft und überproportional gegenüber den männlichen Jugendlichen zu. Nur im Vergleich 80 – 81 steigen die Jungen wieder überproportional an, was aber nur der katastrophalen Gesamtentwicklung zuzuschreiben ist. Mit günstigerer Entwicklung für die Frauen hat das nichts zu tun.

– Immer mehr werden die ausländischen Jugendlichen zu den „Negern" im wesfdeutschen Kapitalismus. Sie trifft es in jeder nur denkbaren Beziehung am schärfsten *(siehe auch Artikel in der letzten KVZ zur Lage der jugendlichen Ausländer)*. Um über 100% ist ihre Zahl gegenüber 1975 wie auch 1980 gewachsen. Dabei ist diese Angabe noch viel zu niedrig, denn gerade die Dunkelziffer bei den ausländischen Jugendlichen ist riesig.

– Die Quote der Jugendlichen mit *nicht* abgeschlossener Berufsausbildung (Anteil ¾) – diejenigen also, die keine Lehrstelle gefunden haben – ist überdurchschnittlich gegenüber 1975 angestiegen. Das bedeutet, daß in den letzten Jahren die Jugendlichen *mit* einer Berufsausbildung noch eine Arbeit fanden, was im Vergleich 80 – 81 allerdings nicht mehr der Fall ist. Jetzt steigt der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen *mit* Berufsausbildung ebenfalls steil an.

– Für das Verhältnis von arbeitslosen Jugendlichen *mit* oder *ohne* Berufstätigkeit gilt: Zwar beträgt der Anteil *mit* bisheriger Berufstätigkeit auch zwei Drittel gegenüber denen *ohne* bisherige Berufstätigkeit, aber gegenüber 1975 steigerte sich die Anzahl der Arbeitslosen *ohne* bisherige Berufstätigkeit um knapp 100%. Das sind die Jugendlichen, die sowohl ohne Ausbildungsplatz als auch ohne Arbeit sind. Der Bodensatz steigt also an.

Die Entwicklung im Bereich von 20 bis unter 25 Jahren

Ohne diesen Bereich ist „Jugendarbeitslosigkeit" eigentlich gar nicht definierbar. Denn in dieser Altersgruppe beginnt ein Teil seine Ausbildung oder betritt nach der Ausbildung zum erstenmal den Arbeitsmarkt.

Gegenüber 1980 weist im September 1981 die Gruppe der 20 – 24jährigen eine Steigerung von 67% auf. Über 300000 dürften es jetzt allein im August sein und damit hat diese Altersgruppe überhaupt die Höchstzahl von Arbeitslosen zu verzeichnen. Auch im Vergleich zu 1975 sind ca. 40% mehr in dieser Altersgruppe arbeitslos, übertroffen nur durch den Anstieg der 55- bis unter 60jährigen. Ein weiteres Indiz für die Lage in dieser Altersgruppe: die 20 – 24jährigen stellen die höchste Anzahl von Sozialhilfeempfängern im September 1981. All dies zeigt deutlich an, daß ein Großteil dieser Altersgruppe gleich nach der Lehre ausgebootet, bzw. als erstes aus den Betrieben rausgeschmissen wird. Wenn auch der Drang der Kapitalisten nach junger, unverbrauchter Arbeitskraft im allgemeinen groß ist, so trifft es die jungen Arbeiter im Krisentaumel doch mit am ersten.

Von wo man es betrachtet: alles ist verstopft

Zieht man die Altersgruppen von 15 bis 25 Jahren zusammen, dann dürfte sie Ende August wohl bei einer Anzahl von 600000 liegen, wenn nicht noch viel mehr. Damit wäre ein Anteil von ⅓ an allen Arbeitslosen erreicht. Mit dieser Entwicklung einher geht die zunehmende Dauer der Arbeitslosigkeit in diesen Altersgruppen. So hat sich in den letzten 2 Jahren die Dauer der Arbeitslosigkeit immer mehr in Richtung 1 – 3 Monate und 3 – 6 Monate entwickelt, während im Bereich der unter einem Monat Arbeitslosen seit 1979 eine abnehmende Tendenz zu verzeichnen ist.

Von welcher Seite man also auch jugendliche Arbeitslosigkeit betrachtet, überall nur Verstopfung. Auf der einen Seite die, die erst gar keinen Beruf finden. Dann die, die in Kurse abgeschoben wurden und danach trotzdem keine Arbeit bzw. Lehrstelle finden. Es folgen diejenigen, die nach der Lehre rausgeschmissen werden und ebenfalls ohne Arbeit dastehen usw. usf.

Die „Trendwende" bei der Jugendarbeitslosigkeit ist in vollem Gange. In weniger als zwei Jahren ist die Zufriedenheit über das „deutsche duale Ausbildungssystem" wie eine Seifenblase zerplatzt. Keine der Sondermaßnahmen der Bundes- und Landesregierungen hat auch nur irgendetwas an der Trendwende geändert. Nun hat sich die BRD nahtlos in die Katastrophenbilanz der Länder der EG in Sachen Jugendarbeitslosigkeit eingereiht – statistisch wie real.

Druck auf die Berufsausbildung

Die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit hat als Effekt den Druck auf die Qualität in der Berufsausbildung allseitig verstärkt. Vor allem vermittelt sich dieses Verhältnis über das ständige Ansteigen von Ausbildung in unqualifizierten Berufen. Nicht allein, daß der Anteil der Auszubildenden im Handwerk in den letzten Jahren immer weiter zunimmt, drückt auf die Qualifikation, sondern innerhalb dieser Entwicklung nehmen Berufsausbildungen wieder einen Aufschwung, die faktisch zur Arbeitslosigkeit führen. Friseusen, Bäcker, Schlachter, Tischler, Kfz-Mechaniker, Maler – Berufe, die einen nach der Ausbildung als Anzulernenden in die Fabrik zwingen, werden spitzenbelegt. Gleichzeitig nimmt die Ausbildung in qualifizierten Berufen der Industrie beständig ab. Gleiches läßt sich für den Handel feststellen, wo höchstens „Kaufm. Angestellte(r)" oder „Verkäufer(in)" gefragt sind.

Daraus folgt, daß der Anteil der „Wechsler" nach der Berufsausbildung immer größer wird. Als Hilfsarbeiter oder Angelernter in die Fabriken oder gleich Arbeitslosigkeit mit folgender Umschulung – das ist die Perspektive für einen großen Teil derjenigen, die die schlechtesten Ausbildungen durchlaufen. In die gleiche Richtung strömen auch diejenigen, die in Berufsvorbereitungs- und -grundbildungsjahren untergebracht wurden und dann doch keine Lehrstelle finden. Auf diesen Weg werden vor allem die Sonderschüler, Ausländer und Hauptschüler ohne Abschluß gezwungen.

Hält diese Entwicklung der letzten Jahre an, dann hat das westdeutsche Kapital alle Aussichten und beliebig verschiebbare Manövriermasse. Dies widerspricht auch keineswegs dem Geschrei über „Facharbeitermangel" und den Anforderungen an die Qualifikation wegen der technischen Umwälzungen. Denn die Kapitalisten wollen diese ja auf der Basis einer geschrumpften Produzentenmasse austragen – und sowieso bedeutet die Umwälzung des Produktionsapparates, beispielsweise der Computerisierung, ja keineswegs einfach eine Höherqualifizierung der Arbeitskraft. Die Kapitalisten zielen genau in die andere Richtung und da kommt billige Arbeitskraft gerade recht.

Reaktionäre Vorschläge und Propagandamühlen

Unter dem Stichwort „Jugendarbeitslosigkeit" werden jetzt allenthalben die verschiedensten fürsorglichen Vorschläge unterbreitet.

● In einer großen Anfrage von CDU-Abgeordneten betreffs Maßnahmen der Bundesregierung zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit wird gefordert, man solle die Daten der jugendlichen Arbeitslosen seitens der Arbeitsämter doch gleich an die Kreiswehrersatzämter weitergeben, damit diese Musterung und Einberufung schnellstens organisieren könnten.

● Noch im Bundesrat schmort eine Gesetzesinitiative von CDU-Ländern (Vorreiter hier Rheinland-Pfalz) zum Jugendarbeitsschutzgesetz, die den „Abbau ausbildungshemmender Vorschriften" zum Ziel hat, was meint, Beseitigung des 8-Stunden-Tages und dem Verbot der Nachtarbeit. Erst jüngst hat Franz Josef Strauß in einem Schreiben an den geschäftsführenden IG Metall-Vorstand die Gewerkschaften um Unterstützung dieser Gesetzesinitiative gebeten, denn diese dürften schließlich nicht nur ihre arbeitenden Mitglieder vertreten, sondern müßten auch mal an die arbeitslosen Jugendlichen denken.

Überhaupt reitet die christliche Reaktion im Verein mit den Kapitalisten- und Handwerksverbänden auf der „Solidaritätskarte" herum und beschwört die „Arbeitsplatzbesitzer", doch von ihren „Vorrechten" und „Anspruchsdenken" herunterzukommen. Diese Art Vorschläge und Demagogie dürften bei einem weiter aufgeblähten Arbeitsmarkt keineswegs ohne Folgen bleiben und tatsächlich die Spaltung zwischen den aktiven Produzenten und den freigesetzten verschärfen.

● Genau in die gleiche Richtung geht auch das ständige Gerede von den „Traumberufen". Vertreter der Arbeitsämter, Sprecher der CDU, Minister in den Bundesländern fordern die Jugend auf: nehmt die Lehrstelle, die ihr kriegen könnt, seid nicht so wählerisch. Allein diese Propaganda hat in den letzten Monaten schon eine gewisse Wirkung gezeitigt: so haben nach Umfragen 82% der ausbildungsplatzsuchenden Hauptschüler ihren ehemaligen Berufswunsch aufgegeben und irgendeine Ausbildung ergriffen. So wird ein tatsächlich vorhandener Überhang von Ausbildungsstellen in den miesesten Berufen des Handwerks überhaupt aufgefüllt. Auch diese Propaganda erfüllt also ihren Zweck.



● Und mehr als nur Propaganda ist da das Vorhaben der Bundesregierung, die Ausbildereignungsverordnung zu „reformieren". Seit Monaten schon üben DIHT und die anderen Kapitalistenverbände Druck aus, von wegen zu hoher Anforderungen an die Ausbilder und deswegen weniger Lehrstellen. Mit der Änderung der Ausbildereignungsverordnung wird es nun den Kapitalisten erleichtert, auch Leute als Ausbilder einzusetzen, deren Qualifikation keineswegs überprüft ist. Warum soll der langjährige Geselle nicht ausbilden dürfen – und warum soll er dafür Meisterlohn bekommen?, so der Gedanke der Kapitalisten, den sie nun auch bald in die Tat umsetzen können.

Verfolgt man den Gang dieser Entwicklung, so ist abzusehen, wie von den verschiedensten Seiten her sowohl bisherige Schutzvorschriften wie auch Schranken der Arbeitszeit usw. eingerissen werden sollen. Wenn man so auf der einen Seite den Druck auf die „Arbeitsplatzbesitzer" erhöht – sowohl ideologisch wie per Maßnahmen – und auf der anderen Seite die Arbeitslosen zu „Abhängigen" und scheinbaren Bettlern und Nagern am Netz der sozialen Sicherheit degradiert und schikaniert, dann ist ohne eine relativ weitgehende kollektive Gegenwehr durch die Klasse der Arbeiter der Erfolg für die Bourgeoisie gesichert.

Kampf um mehr Lehrstellen?

Was heißt aber nun kollektive Gegenwehr? Vor allem heißt das in Sachen Jugendarbeitslosigkeit: nicht blindlings den Kampf um irgendeine Lehrstelle führen, ohne dabei die Qualität der Berufsausbildung im Auge zu haben. Denn es hilft überhaupt nicht, tausende von Jugendlichen irgendwie in Arbeit zu bringen, um danach die beschriebenen Folgen als Arbeiterklasse insgesamt am Hals zu haben. Geht man von dem Interesse nach qualifizierter beruflicher Ausbildung *und* Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit aus, dann ist der Kampf für eine Vollzeitausbildung in der Berufsschule mit ordentlicher Abschlußprüfung nicht nur eine Sofortmaßnahme, die über die Kommunen auch mit Hilfe der Gewerkschaften durchgesetzt werden kann, sondern das wirkt in der Tendenz zerschlagend auf das duale System der Berufsausbildung.

Im Moment würde dies nicht bedeuten, daß man eine Kampagne zur Entreißung der Ausbildung aus Kapitalistenhand einleitet, sondern daß man die Jugendarbeitslosigkeit mit einer nützlichen Ausbildung bekämpft. Es macht eben auch einen Unterschied, ob tausende von Jugendlichen zur IHK ziehen und mehr Ausbildungsplätze von zig verschiedenen Kapitalisten einfordern, oder ob sie gegenüber der Stadt/Land mehr Mittel für die Einrichtung von Berufsschulklassen zur Vollzeitausbildung verlangen. Hinzu kommt, daß die Lehrerorganisation an den Berufsschulen genau diese Richtung auch schon vorgeschlagen hat, um der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen. In einer solchen Auseinandersetzung ist es dann auch viel leichter, dafür zu sorgen, daß nicht doch noch 50 oder mehr Jugendliche in irgendeine Friseur- oder Bäckerausbildung abgeschoben werden. In der Sache kommt es gelegen, daß ein Gutachten der Bundesregierung belegt, daß eine solche Vollausbildung durchaus möglich ist und keineswegs mit dem Mittel der „Ungesetzlichkeit" aus dem Verkehr gezogen werden könnte.

Gegenüber einem solchen Vorgehen, und natürlich auch der Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Alternativprojekten von arbeitslosen Jugendlichen, die man ebenso gegenüber Kommunen usw. erheben kann, nimmt sich das bisherige Verlangen der Gewerkschaften nach der Fondsumlage für die Finanzierung der Berufsausbildung eigentlich kläglich aus. Denn es ist ja verrückt, in den Grundsatzforderungen die Abschaffung des dualen Systems zu erheben, damit die Kapitalisten keinen Zugriff mehr auf die Ausbildung haben, aber andererseits in der aktuellen Lage per Umlageverfahren im Grunde die Rechte der Kapitalisten gar nicht anzutasten.

Alternativen zur Rentenreform '84

Das Aus für das Babyjahr in der 1984 durchzuführenden Rentenreform scheint ausgemachte Sache zwischen allen Regierungsparteien – ganz zu schweigen von Kindererziehungszeiten von bis zu 3 Jahren. Notwendigerweise wird sich der Protest auf diese beiden Tatbestände konzentrieren müssen. Der Deutsche Frauenrat, Dachverband der BRD-Frauenvereinigungen, hat jetzt dagegen protestiert, wie bereits die Gewerkschaften. Auch die neugegründete Fraueninitiative 6. Oktober (ein Versuch, Partei- und Gewerkschaftsfrauen bis zu Feministinnen zumindest für Aktionen bundesweit zu einen) schlägt Aktionen im Oktober gegen die Kürzungen des Babyjahres vor. Im folgenden wird eine Alternative zur '84 Rentenreform vorgestellt und diskutiert.

anm. In KVZ Nr. 30 wurde die Lage der Frau in der Rentenversicherung behandelt sowie die Vorstellungen der Regierungsparteien für die Reform '84 in Grundzügen dargestellt.

Im folgenden soll der Alternativvorschlag einer Wissenschaftlergruppe dargestellt werden. Es handelt sich um das „Voll Eigenständige System", das von H.J. Krupp, H.P. Galler u.a. entwickelt worden ist. (1)

Vorweg noch einmal zu den grundsätzlichen Problemen, die sich für die Frau in der Rentenversicherung stellen:

Niedrige Frauenentlohnung, unterbrochene Berufstätigkeit auf Grund von Kindererziehung, Führung des Haushalts, Annahme von Teilzeitarbeit, um familiären Verpflichtungen nachzukommen – all dies führt zur schlechten Rentenbiographie der Frau, die zur niedrigeren Rente führt, als im Durchschnitt bei den Männern. Die Frauen, die *ununterbrochen* einer Berufstätigkeit nachgehen, sind in der Minderheit. Die bisherigen Regelungen in der Rentenversicherung gehen davon aus, daß die *verheiratete* Frau über den Mann *mit*versichert ist.

Das führt zu unterschiedlichen Problemen: Bei den Familien mit niedrigen Löhnen führt es bei der Verrentung des Mannes zu sehr niedrigen Renten, wenn der Mann stirbt, ist die Hinterbliebenenrente entsprechend gering. Erträglich ist das nur bei hohem Einkommen und entsprechend hoher Rente. Der Trend geht dahin, daß in den niedrigeren Einkommensklassen beide arbeiten, die Frau allerdings mit Unterbrechungen, u.a. auch gerade, um sich eine eigene Rente zu sichern. Die Zweiverdiener-Ehe wird zur Realität – damit der Bezug von zwei Renten durch die Frau, wenn der Mann vor ihr stirbt (das ist bei über 50% der verheirateten Frauen der Fall). Die Doppelrente bedeutet jedoch meist *keine*
rente bedeutet jedoch meist *keine*
Überversorgung, da der von der Frau erworbene Rentenanspruch oft sehr niedrig ist.

Die Doppelrenten sind die eine Seite, die zweite Seite ist die, daß durch die Beiträge der Ledigen und der Zweiverdiener-Ehen die Renten für die Hinterbliebenen aus Einverdiener-Ehen mitfinanziert werden. Je mehr die Einverdiener-Ehe zu einer Erscheinung der höheren Einkommensklassen wird, und das ist der Trend, desto mehr werden durch die unteren Einkommensklassen die Witwenrenten der Einkommensklassen in den oberen Etagen finanziert.

Dabei soll es nach Auffassung der Bundestagsparteien auch bleiben. Das jetzt von den Bundestagsparteien favorisierte Modell der Teilhabe wird sich im großen und ganzen zuungunsten der berufstätigen Frau auswirken, da die formale Gerechtigkeit nur da hergestellt werden soll, wo es darum geht, den Anspruch auf zwei Renten zu beseitigen. Da Kindererziehungszeiten nicht vorgesehen sind, wird diese Reform lediglich eine formale Korrektur der Rentenversicherung bringen, in der Tendenz eher noch die Hausfrauenehe und ihre finanzielle Förderung festigen – aber nur für die höheren Einkommensklassen.

Auch die „Garantie-Regelung", die vorgesehen ist, bezieht sich tatsächlich nur auf die Rente der Männer – garantiert werden soll, daß die Rente nach der Reform mindestens so hoch sein soll, wie die frühere Rente aus *eigenem* Anspruch. Keine Garantie wird es für die Frauen geben, die durch eigene Rentenansprüche die Hinterbliebenenrente des Mannes aufgebessert haben. Das Modell der Teilhabe kann getrost verworfen werden. Wie aber sind die Alternativvorschläge?

Um die Niedrigentlohnung der Frau im Erwerbsleben in der Rentenversicherung zumindest auszugleichen, dafür gibt es außer dem Vorschlag einer *Mindestsicherung* bislang keine Vorschläge. Alle existierenden Alternativen zur Besserstellung der Frau in der Rentenversicherung beziehen sich auf die Benachteiligung der Frau, die durch Hausarbeit und Kindererziehung entsteht. Dies zeichnet auch den Vorschlag der Frankfurter Wissenschaftlergruppe aus, aus dem im folgenden die wesentlichen Abschnitte zitiert werden.

Ein Vorschlag zur „Voll Eigenständigen Sicherung" der Frau

„Im Grundsatz wird davon ausgegangen, daß die Hinterbliebenenversorgung für erwachsene Personen beseitigt und durch eigene Ansprüche ersetzt wird. Da die bestehenden Ansprüche geachtet werden müssen, heißt dies zugleich, daß ein derartiges System nur für neu zu Versichernde realisierbar ist. Zentrale Idee des Konzepts ist, für jedermann, insbesondere für die Frauen, geschlossene Versicherungsverläufe zu garantieren. Versorgungslücken sollen dadurch unwahrscheinlich gemacht werden, daß Sorge getragen wird, daß während aller Phasen des „aktiven" Lebens Versorgungsansprüche entstehen. Dies gilt sowohl für Phasen der Erwerbstätigkeit, wie für Phasen der Kindererziehung als auch für Phasen der Nichterwerbstätigkeit der Frau (genauer: des haushaltsführenden Ehegatten). Auf der Basis geschlossener Versicherungsverläufe ist es dann auch möglich, die Beiträge so zu bemessen, daß auf jeden Fall eine Mindestsicherung erreicht wird. Die Einführung eines zusätzlichen, nicht beitragsfundierten Mindestsicherungssystems ist in diesem Konzept nicht notwendig ...

Beiträge

Beiträge werden wie bisher von Personen bezahlt. Dabei entfällt allerdings die Mitversicherung des nichterwerbstätigen Ehegatten, wie sie in einem System mit abgeleiteten Ansprüchen vorhanden ist. Auch für Haushaltsarbeit werden eigene Versicherungsansprüche aufgebaut. Die später zu zahlende Rente ergibt sich wie bisher auf der Basis der gültigen Rentenformel. Da jedoch in Zukunft einerseits die Hinterbliebenenrenten entfallen, andererseits eine größere Zahl von Personen Beiträge zahlt, kann der auf die Person bezogene Beitrag gesenkt werden. Für Haushalte mit zwei Verdienern, die bisher zweimal den vollen Beitragssatz zahlen, ergibt sich damit eine Reduzierung der Beiträge, natürlich aber auch eine Reduzierung der späteren Ansprüche, da die Kumulation von Hinterbliebenenansprüchen und eigenen Ansprüchen entfällt. Für Haushalte mit einem Einkommensbezieher ergibt sich eine Erhöhung der Beiträge, freilich keine Verdoppelung, da nur noch der reduzierte Beitrag zweimal zu bezahlen ist. Durch die höheren Beiträge im Einverdiener-Haushalt kann sichergestellt werden, daß die bisher vorhandenen Versorgungslücken gerade im Bereich niedriger Einkommen beseitigt werden.

Für die Zeiten der Kindererziehung sind die auf die Frau entfallenden Beiträge zu erlassen, wobei zu klären ist, ob dies zu Lasten des Staates oder der Solidargemeinschaft der Versicherten geschehen soll. Als Beitragsbemessungsgrundlage muß für die nichterwerbstätige Frau ein fiktives Einkommen, das sozusagen den Gegenwert ihrer Hausfrauentätigkeit darstellt, unterstellt werden.

Eine gewisse Schwierigkeit bereiten in einem solchen System die Arbeitgeberbeiträge. Sicher ist eine Reform am ehesten durchzusetzen, wenn es dabei bleibt, daß die Hälfte der gesamten Rentenversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und die andere Hälfte von Arbeitgebern aufgebracht werden. Die vorgeschlagene Reform bedeutet dann, daß die Beitragssätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterschiedlich hoch sein müssen, falls man den nichterwerbstätigen Frauen nicht die vollen Arbeitgeberbeiträge auferlegen will. Der Beitragssatz der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge ergibt sich dann dadurch, daß man das insgesamt aufzubringende Beitragsvolumen halbiert und den jeweiligen Bemessungsgrundlagen zuordnet ...

Renten

Die sich nach diesem System ergebenden Renten können auf der Grundlage der heute gültigen Rentenformel berechnet werden. Dabei kann angesichts der Tatsache, daß das heutige Rentenniveau im Prinzip der Versorgung von zwei Personen dient, eine Reduzierung des jetzt ja auf die Einzelperson bezogenen Rentenniveaus erfolgen.

Auch wenn das vorgestellte System formal weitgehend an die existierende Rentenformel anknüpft, unterscheiden sich die zu zahlenden Renten erheblich von denen, die heute gezahlt werden. Einerseits wird die Gesamtrente von Zweiverdiener-Haushalten mit höherem Einkommen reduziert, freilich auch der Beitrag. Die hier bisher vorhandene Überversorgung wird beseitigt. Andererseits erfolgt eine, wenn auch beitragsfundierte, Mindestsicherung. Auf diese Art wird sichergestellt, daß die Wahrscheinlichkeit, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, gering ist. Insgesamt ergibt sich eine gleichmäßigere Verteilung der Renten, als bei den anderen in diesem Band untersuchten Systemen. Da das System aber auch auf der Beitragsseite ansetzt, wird trotz der höheren Gleichmäßigkeit der Verteilung ein höherer Grad von Beitragsäquivalenz erreicht.

Es sei schon bei diesem kurzen Überblick darauf hingewiesen, daß das System an dieser Stelle eine erhebliche Gestaltungsmöglichkeit aufweist. So ist es möglich, die Rentenhöhe anzuheben und dafür die Schwelle der Mindestsicherung oder den Einzelpersonenzuschlag zu vermindern. Damit ergibt sich ein erheblicher politischer Gestaltungsspielraum gerade in 2 Fragen, die üblicherweise kontrovers diskutiert werden.

Einerseits erlaubt es ein Einzelpersonenzuschlag, die unterschiedliche Bedarfssituation von Einzelpersonen und Ehepaaren angemessen zu berücksichtigen. Ohne einen solchen Zuschlag ist entweder das Versorgungsniveau von Ehepaaren, bei denen sich zwei Renten addieren, zu hoch, oder das Versorgungsniveau der alleinlebenden Person zu niedrig ...

Politisch kontrovers dürfte auch die Frage der sicherzustellenden Mindestversorgung sein. Zwar besteht sie hier im Gegensatz zu den meisten heute im politischen Raum diskutierten Vorschlägen auf Beiträgen. Es ist aber kein Zweifel, daß eine gewisse Umverteilung notwendig ist, wenn man nicht eine zu hohe Belastung niedrigerer Einkommensschichten zulassen will ...

Zusammenfassend werden mit dem voll Eigenständigen System die folgenden Ziele angestrebt:

– die Sicherung von Frauen unabhängiger von ihrer jeweiligen Erwerbskarriere und ihrem Eheverlauf zu gestalten,

– für alle Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung, gleichermaßen für Mann und Frau, eine beitragsfundierte Mindestsicherung zu gewährleisten

– den Grad der Beitragsäquivalenz zu erhöhen,

– eine Entlastung des Gesamtsystems dadurch herbeizuführen, daß das Sicherungsniveau von Zweiverdiener-Ehen gesenkt wird, dies heißt zugleich, die Grenze zwischen erzwungener sozialer Sicherung und freiwilliger individueller Altersversorgung neu zu bestimmen." (Aus: Alternativen der Rentenreform 84, Seite 17–23, gekürzt).

Eine allgemeine Versicherung

Gegen das von Krupp und anderen vorgeschlagene Modell wird von den Befürwortern des Teilhabemodells im wesentlichen eingewandt, daß durch die Pflichtversicherung des nichterwerbstätigen Teils in der Ehe eine Erwerbstätigkeit faktisch erzwungen würde. Mir scheint vom System her der Vorschlag wesentlich vernünftiger und den Interessen insbesondere der Frauen am ehesten entsprechend. Den Vorschlag, eine Pflichtversicherung für den haushaltsführenden Ehegatten einzuführen, wurde auch vom DGB unterstützt, der das auf seinem 9. Ordentlichen Bundeskongreß beschlossen hatte, sich jedoch mittlerweile (leider) für das Teilhabemodell entschied.

Die „Hausfrauenversicherung" ist keineswegs ein Mittel, um die Hausfrauenehe zu fördern, sondern führt eher dazu, daß der gegenwärtige Zustand der Finanzierung der Hinterbliebenenrente für Einverdienerhaushalte beseitigt wird.

Die beiden Pfeiler des Vorschlags sind: die *Beitragsäquivalenz,* das bedeutet eine stärkere Bindung der Renten an die Beiträge (auf Kosten des Familienlastenausgleichs), sowie die
milienlastenausgleichs), sowie die
Pflichtversicherung möglichst aller im „aktiven" Lebensalter – unabhängig von der Erwerbstätigkeit.

In diesem System sind Variationen möglich, die von Krupp u.a. im oben angeführten Zitat auch benannt sind, vom Mindestsicherungsbeitrag bis zum Ledigenzuschlag bei der späteren Rente, von der Anhebung der unteren Renten zuungunsten des allgemeinen Rentenniveaus. Auch unterschiedliche Lösungen bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten sind denkbar. Das sind jeweils gesellschaftspolitische Fragen, bzw. in welcher Richtung „Familienpolitik" oder „Kinderpolitik" gemacht wird. Werden z.B. Anrechnungszeiten von bis zu 15 Jahren in Anschlag gebracht, so wird sich dies andererseits auf die Einrichtung von Horten auswirken, bzw. wenn kürzere Anrechnungszeiten der Kindererziehung veranschlagt werden, setzt dies gesellschaftlich eigentlich voraus, daß es wirklich bedarfsdeckende gesellschaftliche Einrichtungen geben muß, wenns „gerecht" zugehen soll.

Natürlich kann man die verschiedenen Möglichkeiten nicht unabhängig von tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklungen diskutieren. Die gesellschaftliche Entwicklung geht aber gerade dahin, alle irgendwann einmal und wenn auch nur in beschränkten Zeitraum in die Erwerbstätigkeit einzubeziehen, und geht auch dahin, daß die Ehe als Versorgungseinrichtung wegen zunehmender Scheidungsrate und Mehrfachheirat in einem Leben ausgedient hat.

Dies wirft sowohl bei dem jetzigen Rentensystem wie auch beim früheren, nach dem ein großer Teil der Renten von Geschiedenen ja heute noch berechnet wird, Probleme auf. Das soll aber hier nicht im einzelnen ausgeführt werden.

Eine Reform der Rentenversicherung muß die Gesichtspunkte der Herstellung einer stärkeren Bindung der Beiträge an die Renten, der Pflichtversicherung möglichst aller im gesamten „aktiven" Lebensalter umfassen, ebenso wie den Gesichtspunkt einer Mindestrente, wobei hier zu diskutieren ist, inwieweit dies über Mindestbeiträge zu sichern ist, oder über einen gesellschaftlichen Beitrag – entweder durch Bundeszuschüsse oder durch Ausgleich in der Rentenversicherung. Allerdings sieht es so aus, als ob 1984 von einer wirklichen Reform nicht die Rede sein könnte – Grund genug, sich spätestens jetzt über a) die Prinzipien und b) die konkrete Ausführung zu verständigen.







(1) H.J. Krupp u.a.: Alternativen der Rentenreform '84, Frankfurt 1981 (Campus-Verlag)

Solidarność und der „rote Faden" der proletarischen Revolutionen

Von Gerd Koenen

Eine Antwort auf den Artikel von Peter Bartelheimer in KVZ 29/81

„Widerlegt die polnische Erfahrung eine auf Lenin gegründete revolutionäre Strategie?", hat Peter Bartelheimer, Mitglied der GIM und einer meiner Mitstreiter im Ausschuß der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" in einem Artikel in KVZ 29/82 als Frage gestellt. Der Diskussion, die seit etwa einem Jahr im KBW um „Staat und Revolution" und um Bedeutung und Inhalt des Begriffspaars „Diktatur des Proletariats/Diktatur der Bourgeoisie" geführt worden ist, wirft er vor, sie sei merkwürdig abseits von neueren historischen Erfahrungen der proletarischen Klassenbewegung geführt worden. Dabei, so Peter Bartelheimers These, habe doch gerade die polnische Arbeiterbewegung seit dem Sommer 1980 glänzend bestätigt, was Lenin in „Staat und Revolution" unternommen habe, nämlich „nicht weniger als ein erstes allgemeines Programm der ‚demokratischen Formen der Machtausübung' durch die Arbeiterklasse" zu entwerfen. Die Lebendigkeit dieser Gedanken aber sei in allen proletarischen Erhebungen dieses Jahrhunderts bestätigt worden, ob es die russische, die deutsche, die spanische Revolution war, der Juni 1953 in der DDR, der Oktober 1956 in Polen und Ungarn, der Prager Frühling oder der Pariser Mai von 1968 oder eben der „polnische Sommer" von 1980. Stets seien die Erfahrungen der Rätedemokratie wiederaufgenommen und weiterentwickelt worden.

Daß mir meine Überlegungen zu „Gesellschaft, Staat und Revolution" (Kommunismus und Klassenkampf 6/1982) als „resignierende Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie" und gar als „Glaube an die dauerhafte Möglichkeit bürgerlich-demokratischer Zustände" ausgelegt würden, habe ich natürlich befürchten müssen. Das lasse ich jetzt einmal beseite.

Ich will mich zunächst mit der Auffassung von der Geschichte des 20. Jahrhunderts, die Peter Bartelheimer da – in der politischen Tradition des Trotzkismus – vorstellt, auseinandersetzen. Handelt es sich in Osteuropa wirklich nur darum, daß nach dem ersten Schritt (Verstaatlichung der Produktionsmittel) nun der logische zweite folgt? Ist da, wie Ernest Mandel Solschenizyn entgegengehalten hat, durch alle Tiefen der Geschichte, etwa der Stalin-Ära, doch nie der *„rote Faden"* abgerissen? (Solschenizyn oder Der unbewältigte Stalinismus, in: Jahrbuch Politik 6, Wagenbach-Verlag 1974)

Ich habe diese Vorstellung eines „roten Fadens" der proletarischen Revolutionen dieses Jahrhunderts nicht (mehr). Sondern ich sehe in der geschichtlichen Realität viel tiefere Brüche und Einbrüche, oder, um im Bild zu bleiben, einen mehrfach gerissenen Faden. Und gerade Polen 1980! Was hat denn die Radikalität dieser Bewegung wesentlich ausgemacht? Daß sie davon ausgeht, daß der „real existierende Sozialismus" auch tatsächlich der real existierende Sozialismus dieses Jahrhunderts *ist*; und daß dieser Sozialismus als eine besondere, an die halbkapitalistischen, halbfeudalistischen bzw. halbasiatischen Gesellschaftsformationen im Osten anschließende, nun voll und eigenständig herausgebildete Gesellschaftsformation *nicht* mehr reformierbar ist, sondern nur noch durch eine tiefgehende politische *und* soziale Revolution umgekrempelt werden muß. Da es sich um einen imperialen Machtblock handelt, mit der es jede einzelne Bewegung wie die in Polen sogleich zu tun hat, soll diese Revolution so friedlich und evolutionär wie irgend möglich vonstatten gehen (und hier spielen noch andere, grundsätzlichere Überlegungen eine Rolle) – aber stattfinden muß sie! Als programmatischen Begriff für dies revolutionäre Ziel nennt das Programm von Solidarność die „selbstverwaltete Republik". Und es ist keine Erfindung der „Prawda", daß der Sozialismus als Ziel in diesem Programm *nicht* vorkommt!

Gerade deshalb kann man auch nur in einem sehr weitläufigen Sinne den „Prager Frühling" als Vorläufer des „polnischen Sommers" sehen. Tatsächlich liegt dazwischen ein Bruch, und das nicht nur in Polen, sondern in allen Ländern des östlichen Staatssozialismus. Der Prager Frühling war der letzte Versuch einer „sozialistischen Erneuerung" in Osteuropa, verstanden als Ergänzung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse um die „sozialistische Demokratie" – wobei der Rätegedanke schon nur noch sehr schwach zum Tragen kam. Wieviel stärker, wieviel lebendiger war er da doch gerade in Polen, im Oktober 1956 gewesen! Und nirgendwo ist er noch einmal so radikal und programmatisch entwickelt worden wie im „Offenen Brief an die PVAP", den Jacek Kuron und Karol Modzelewski 1964 verfaßten. Allerdings war die Wirkung dieses Manifestes, trotz seiner analytischen Schärfe und seines aufrüttelnden Charakters, schon merkwürdig schwach geblieben. Die Exzesse der Milicja und die antisemitischen Schmutz-Kampagnen in Warschau im März 1968, und dann die Panzer in Prag im August, bedeuteten das Ende der Hoffnungen auf eine „sozialistische Erneuerung". „Die Ereignisse des März 1968 haben ... die Bande, die die revisionistische Intelligenzia (gemeint ist hier der polnische ‚Revisionismus', die marxistische Erneuerungsbewegung, G.K.) mit der Partei vereinte, endgültig zerschnitten." (Adam Michnik: Die Perspektive der Opposition – eine Evolution der Freiheit, in: Menschenrechte – Ein Jahrbuch zu Osteuropa, Rowohlt 1977)

Ist nun diese ideologische Entwicklung der demokratischen Opposition in Polen (wie in ganz Osteuropa und in der Sowjetunion), die sich so gut wie gar nicht mehr systematisch auf den Marxismus bezieht, als ein besonderes Mißgeschick und jedenfalls ein Unglück zu betrachten? Die geläufigste, mehr entschuldigende als erklärende Antwort westlicher Linker ist, daß der Marxismus-Leninismus halt als offizielle Doktrin tief „diskreditiert" sei. Diese Antwort zeigt aber eigentlich nur unsere spezifische Geschichtslosigkeit. Tatsächlich hatte sich die ganze demokratische Bewegung seit 1956 in der Sowjetunion und Osteuropa ganz ausdrücklich und geradezu mit Inbrunst auf die Prinzipien des Marxismus, auf eine Erneuerung „im Lenin'schen Geiste" etc. berufen. Die „Partei der wahren Leninisten", der „Bund der Kommunarden", eine Vielzahl von Zirkeln dieser Art wurde Anfang der 60er Jahre in der Sowjetunion gegründet – und verloschen binnen weniger als einem Jahrzehnt.

Tatsächlich hat, während nach 1968 im Westen eine Renaissance des Marxismus stattfand, im Osten eine Renaissance nicht-marxistischen Gedankenguts stattgefunden, das eine wie das andere nicht zufällig. Für die Oppositionellen Osteuropas waren aus den Lehrsätzen des Marxismus und Leninismus nur in sehr beschränktem Umfang Antworten auf die Fragen und Probleme zu gewinnen, die sich ihnen in den Gesellschaften des Staatsmonopols stellten – eines Staatsmonopolismus, der ja allerdings auch gerade aus realen sozialistischen Revolutionen hervorgegangen war und insoweit auch in ihren theoretischen Grundlagen mitbegründet sein mußte.

Mit einer Renaissance des Kapitalismus, kapitalistischen Denkens hat diese Entwicklung wieder nichts zu tun. Eine Reprivatisierung der großen Produktionsmittel der Gesellschaft kommt den Leuten gar nicht mehr in den Sinn. Nicht in der formellen Eigentumsverfassung, sondern in der wirklichen Trennung von den Produktionsmitteln, aber noch mehr: im Ausschluß von jedem wirklichen Einfluß auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens liegt das Problem; und von da ausgehend in der geistigen Entmündigung, in der Beraubung selbst elementarster Mittel der gegenseitigen Kommunikation, in der vielbeschriebenen Atomisierung der Gesellschaft als der Existenzbedingung des Staatsmonopols.

Gegenüber der erdrückenden, totalitären Präsenz des Staates in jedem Winkel des gesellschaftlichen Lebens erscheint es offenbar heute naiv, an die Rätetradition der sozialistischen Arbeiterbewegung zu appellieren. Es ist Erfahrung in Polen sowohl 1944/45 wie 1956/57, und es erscheint mir inzwischen eine allgemeine Erfahrung dieses Jahrhunderts, daß die Rätebewegung, so unvermeidlich sie in allen revolutionären Bewegungen entstand, sich nie behaupten und durchsetzen konnte. Als Organe des Aufstands bzw. als ursprüngliche Formen der Inbesitznahme der Produktionsmittel durch die jeweiligen Belegschaften spontan gebildet, waren die Arbeiterräte doch nie im Stande, Organe der Machtausübung zur Organisierung des Ganzen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion und des gesellschaftlichen Lebens überhaupt zu werden.

Auf der anderen Seite hat der in „Staat und Revolution" von Lenin entwickelte „reine" Rätegedanke in der geschichtlichen Realität doch recht schnell und logisch zur Diktatur der Partei geführt. Wo eine reine Arbeiterräte-Demokratie sich in der Praxis als eine Unmöglichkeit erwies, mußte offensichtlich namens der Arbeiterklasse geherrscht werden. Und dies einmal gegeben, mußten etliche der von Lenin kanonisierten Charaktermerkmale der „Kommune" als Herrschaft der Arbeiterklasse, wie z.B. die Aufhebung der Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Justiz, sich als scharfe Waffen gegen das Proletariat selbst wenden. Der Weg von der halb-anarchistischen „Gesetzlosigkeit" in Lenins Rätekonzeption, begeisternd wie sie



Wer sagt denn, daß Elend und Hunger an der Doktrin liegen?

war, zur realen Gesetzlosigkeit, d.h. der Willkür der Parteidiktatur, ist nicht so schwer nachzuvollziehen. 1922, also nach dem Ende des Bürgerkrieges und der äußeren Bedrohung, entwirft Lenin ja eigenhändig den §58 des Strafgesetzbuchs der entstehenden UdSSR – exakt jenen §58, der zu dem auf alles und jeden anwendbaren Knüppel des Stalin'schen Staatsterrorismus in den 30 Jahren, die folgen, wird. Lenin erteilt dem Volkskommissar für Justiz folgende Weisung: „Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen – das zu versprechen, wäre Selbstbetrug oder Betrug –, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern. Die Formulierung muß so weitgefaßt wie möglich sein, denn nur das revolutionäre Rechtsbewußtsein und das revolutionäre Gewissen legen die Bedingungen für die mehr oder minder breite Anwendung in der Praxis." (Lenin Werke, Bd. 33, S. 344 – vgl. Solschenizyn, Archipel Gulag, Bd. 1, S. 327 ff.)

Nicht, daß ich die spätere Entartung aus dem Paragraphen erklären will, oder mit Solschenizyn aus dem „Geiste der Revolution" von 1917 überhaupt – aber der Paragraph lehrte die revolutionäre Willkür und ebnete so der wirklichen Entartung der Revolution den Weg.

Die polnische Bewegung hat sich die Freiheit genommen, alle diese Prinzipien einer erneuten Überprüfung zu unterziehen. Im Lichte ihrer eigenen geschichtlichen Erfahrungen ist sie allerdings auf einige bürgerlich-demokratische Ideen zurückgekommen: so die Gewaltenteilung, die unbedingte Bindung aller Institutionen an das Gesetz; liberale Freiheitsrechte im Sinne einer Begrenzung staatlicher Eingriffsmöglichkeiten – und siehe da, es entsteht durchaus kein Widerspruch zu den Prinzipien „proletarischer Demokratie", die auf materielle Teilnahmerechte für alle abheben, auf Papier, Druckmöglichkeiten, Räume etc.

Gefordert wird z.B. auch die Aufhebung des „Primats der Politik" über die Ökonomie, d.h. die gesellschaftlich gesteckten Planziele können selbst nur mit ökonomischen Mitteln von Anreiz oder Besteuerung durchgesetzt werden, aber nicht administrativ; oder die Forderung nach Selbstverwaltung der Universitäten und kulturellen Institutionen, die mithin aus ihrer Pflicht zur „Parteilichkeit" entlassen werden sollen.

Im selben Zusammenhang sind z.B. auch Überlegungen einer Selbsterziehung der Gesellschaft zu erwähnen, unter Postulaten wie „Leben in Würde", das Leszek Kolakowski formuliert hat. In seinem Buch „Die Kirche und die polnische Linke" hat Adam Michnik dazu sehr grundsätzliche Überlegungen angestellt, und dabei kann er sich 1977 schon auf eine lebhafte philosophische und literarische Diskussion beziehen – mit Namen, die man sämtlich später unter den führenden Köpfen der „Solidarität" wiederfinden wird. Michnik spricht da z.B. vom „Protest gegen eine Variante der marxistischen Geschichtsweisheit, die individuelle Moralentscheidungen den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte überläßt". „Es gibt keine historischen Gesetzmäßigkeiten, welche die Ethik individueller Pflichten und Verantwortung aufheben ..." (Chr. Kaiser-Verlag, 1980, S. 188)

Es ist hier nur möglich, anzutippen, wie und wo überall die Antworten der sozialistischen Tradition vor der Realität des realen Staatssozialismus versagen. In Anbetracht dessen kann es schwerlich verwundern, wenn das Programm von Solidarność „aus den Werten der christlichen Ethik, aus unserer nationalen Tradition sowie aus der Arbeitertradition und der demokratischen Tradition der Arbeitswelt" schöpft – mithin sich als eine Synthese sehr verschiedener theoretischer und weltanschaulicher Strömungen darstellt.

Peter Bartelheimers Versuch, die polnische Selbstverwaltungsbewegung ganz ungebrochen in die Tradition der russischen Oktoberrevolution einzureihen, geht in doppelter Hinsicht an der Realität vorbei.

Erstens, hier unterscheiden wir uns in der Analyse der polnischen Gesellschaft, ist diese in ihrer historischen Entwicklung nicht über den Kapitalismus „hinaus", sondern (ebenso wie die Sowjetunion) weit hinter dessen historischem Reifegrad zurück; und dieser Abstand vergrößert sich sogar bereits wieder. Die Leistung des bürokratisch-sozialistischen Systems war eine Form der „ursprünglichen Akkumulation", die zu schweren Disproportionen geführt und vor allem in krasser Form die tote auf Kosten der lebendigen Arbeit entwickelt hat. Der Staatsmonopolismus hat als seine direkte Kehrseite ein System *unfreier Arbeit* (woher sonst der systemsprengende Charakter einer bloßen Gewerkschaft?!). Insofern war und ist die Solidarność zunächst einmal eine Bewegung zur „Befreiung der Arbeit" in einem ganz elementaren, tatsächlich bürgerlichen Sinne. Ein Gutteil der demokratischen Formen, vor allem natürlich die Koalitionsfreiheit, ist hier nichts als eine historische Nachholbewegung, eine Angleichung an den Rechtsstatus des freien Lohnarbeiters in den westlichen Demokratien.

Aber auch dort, wo Solidarność weit über alle bürgerliche Demokratie hinausgegangen und eben zu einer Selbstverwaltungsbewegung in allen gesellschaftlichen Bereichen wurde, kann man sie kaum als eine Wiederaufnahme der Arbeiterräte-Bewegung von 1956 richtig charakterisieren. Nicht, daß sie nicht Elemente einer Rätebewegung enthielte – sowohl von ihrer Entstehung im Streik her, als sich die Streikkomitees in Gründungskomitees verwandelten, wie auch mit der Entwicklung betrieblicher Selbstverwaltungsorgane 1981. Aber das beschreibt sie nicht annähernd zureichend! „Wir bilden eine Organisation, die in sich die Merkmale einer Gewerkschaft und einer umfassenden gesellschaftlichen Bewegung vereinigt. Die Vereinigung dieser Merkmale macht die Stärke unserer Bewegung ... aus." (Programm, Abschnitt I)

Die besondere Organisationsstruktur, die sich Solidarność gab, nämlich als ein Einheitsverband *aller* abhängig Beschäftigten überhaupt, gleich in welchem Sektor, gleich mit welcher Art von Arbeit befaßt (dazu noch im engen Verbund mit den Berufsorganisationen der selbständig Beschäftigten, von den Bauern bis zu den Taxi-Fahrern); eine Organisation, die sich von den Arbeitsstätten ausgehend aber nicht berufs- oder branchenmäßig, sondern *regional* gliedert – eine solche Organisationsweise entspricht eben dem Doppelcharakter als Gewerkschaft und umfassender gesellschaftlicher Bewegung. Sicherlich kam darin den Industriearbeitern, wie Peter Bartelheimer schreibt, „die tatsächliche (nicht ‚konstitutionelle') Schlüsselrolle ... (zu), ohne die in keinem anderen gesellschaftlichen Bereich Selbstorganisation durchzusetzen war". Nur, hätten die Industriearbeiter sie ohne die anderen Teile des Volkes, ohne die Intelligenz und die Bauern, durchsetzen können? Tatsächlich, wie man es dreht und wendet, ist die bewußte Abkehr von der berufs- und branchenmäßigen zugunsten der regionalen Verbände ein Organisationsprinzip, das vom Charakter reiner Klassenorgane der Arbeiter weg führt, und dies auch, was die Betriebsorganisationen angeht.

Dasselbe gilt auch für die Organe der Arbeiterselbstverwaltung. „Wer könnte bezweifeln, daß der gesellschaftliche Rat der Volkswirtschaft, trotz seiner Bezeichnung als ‚zweite Kammer des Sejm', in Wirklichkeit kein parlamentarisches Organ gewesen wäre, sondern ein Organ der Arbeitermacht ...?", fragt Peter Bartelheimer. *Ich* bezweifle es! Wenn auch „parlamentarisches Organ" für die geplante Selbstverwaltungskammer wieder keine zureichende Bezeichnung wäre. Aber beim besten Willen kann man nicht davon absehen, im Kontext welcher Programmforderungen diese vermeintlich so klare Wiedergeburt des geplanten Rätekongresses von 1957 steht – von Forderungen nämlich, die dem ursprünglichen Rätegedanken sämtlich ausdrücklich widersprechen: wie Gewaltenteilung, Repräsentativsystem (*plus* Formen direkter Demokratie), uneingeschränkter Parteienpluralismus, etc. etc. Es wäre hier den Rahmen sprengen, das alles aufzuführen. Es ist eine wirkliche Illusion, wollte man diesen ganzen programmatischen Kontext für ein paar unbedeutende bürgerliche Relikte halten, die von der sprengenden Kraft des Räte- und Selbstverwaltungsgedankens alsbald beseitigt würden. So daß dann etwa die „zweite Kammer des Sejm" die „erste Kammer" demnächst für aufgelöst erklären würde?!

Nein, es wird unmöglich gelingen, die Konzeption der „selbstverwalteten Republik" in die klassische Konzeption der Arbeiterräte zurückzupressen. Die polnische Bewegung spinnt nur in einem sehr, sehr vermittelten Sinne den „roten Faden" der russischen Revolution fort. Vielmehr ist sie eine Antwort auf die historischen Resultate dieser Revolution, den real existierenden (Staats)-Sozialismus.

So'n Theater!

Die Staatstheater bekommen Konkurrenz aus dem eigenen Lager: das einzige Zelttheater der Republik ist den dritten Sommer lang durch eine Reihe von Städten unterwegs und erweist sich als Publikumsmagnet – in Frankfurt allein drückten während der Sommerflaute 6–7000 die Holzbänke. So unkonventionell wie die Spielstätten ist die Produktionsweise der hauptsächlich aus abgesprungenen Schauspielprofis bestehenden Truppe. Ihre Stücke entstehen im „Winterschlaf" an der deutsch-österreichischen Grenze; die Geschäfte von Dramaturg, Regisseur, Spielleiter usw. versieht das Kollektiv – mit Erfolg. – Aus einem Interview, das die Zeitschrift „UMBRUCH" mit einer Schauspielerin machte, drucken wir einige Auszüge ab.

Das scheint mir das Geheimnis der ganzen Geschichte zu sein, daß man bei der Mehrzahl der Szenen bestimmte Sachen anspielt, wo der Zuschauer gehalten ist, etwas weiterzudenken oder sich auf etwas anderes zu beziehen, was er jetzt gar nicht gesehen hat.

Es geht im Stück nicht darum, daß wir etwas entdecken, sondern daß die Leute etwas entdecken. Wir entdecken ja im Probenprozeß und in der Erarbeitung des Stückes was uns wichtig ist. Der zweite Schritt ist im Grunde, das Stück den Leuten zu geben. Daß die Leute das Stück entdecken können, das ist ganz wichtig. Für mich ist es auch eine gute Möglichkeit, politisches Volkstheater zu machen, weil es ein politisches Theater aber kein Agitproptheater ist – wobei ich jetzt nichts gegen Agitproptheater sage, das hat auch ganz wichtige Funktionen im Straßentheater und sonstwo – aber mit Volkstheater hast du noch die Möglichkeit, es wirklich den Leuten zu geben, daß sie's entdecken können. Es ist nämlich viel toller, wenn die Leute selber merken, ich habe jetzt was gemerkt.

Wie kommen Eure Stücke eigentlich zustande?

Erstmal müssen wir die Idee haben, und es dauert eine Weile, bis wir uns darauf geeinigt haben. Wenn wir die Idee haben, haben wir Gespräche, lesen ein bißchen, fangen an zu improvisieren, erfinden Figuren, Rollen, und das dauert dann eine Weile, bis so eine ganze Menge an Stoff für Szenen da ist. In der letzten Arbeitsphase gehen wir nochmal dramaturgisch ran, bis wir aus diesem Riesenhaufen, den wir
wir aus diesem Riesenhaufen, den wir
improvisiert haben, das zusammenstellen, was wir wahrscheinlich brauchen, was wohl wichtig ist für die Story. Da fällt dann vieles weg, was auch Spaß gemacht hat, und anderes kommt vielleicht dazu. Und so in etwa ist der Prozeß. Also im wesentlichen geht das über eine Idee und Improvisationen der Schauspieler. Nebenbei werden das Bühnenbild und die Kostüme gemacht, die Technik für die Wagen, die Organisation der Tournee, das läuft ja alles auch noch.

Mir ist bei der „Johanna" aufgefallen, daß bei zwei, drei Szenen so Klamaukelemente ins Stück gar nicht so reingepaßt haben, sondern oftmals noch selbständiger danebenstehen, daß ich den Eindruck habe: wenn man sagt, es ist etwas aus einem Guß oder in der Richtung, dann trifft das für den „Frauenschuh" jetzt eher zu als für diese „Johanna". Da hatte ich den Eindruck, da wird noch nach Stil und ein bißchen nach Thema gesucht.

Das war ganz sicher so. Es dauert ja auch, bis so ein Haufen von Leuten das lernt, wie so ein Geist entsteht, so ein „spirit". Dieser „spirit" ersetzt ja den Regisseur. Deswegen haben wir uns auch mit diesem „Lysistrata" einen sehr einfachen Stoff gewählt, wo die Story ganz kurz und knapp ist. Diese Story ist praktisch dadurch Regisseur, daß Du eben dann die Szenen und die Rollen erfinden kannst, und die Story führt Regie und der „spirit". Da waren wir sicher mit dem neuen Stück weiter als wir mit „Johanna" waren.

Ich habe den Eindruck, es ist relativ viel junges, gebildetes Publikum gegenüber dem Bevölkerungsquerschnitt etwas überrepräsentiert. Stellt sich die Frage, ob man an andere in dem Umfang rankommt, wie man sich das vorgestellt hat?

Ich habe mir das gar nicht vorgestellt z.B. Nein, mir war da immer klar, ich bin da ja auch irgendwo Realist, daß ich mir gesagt habe, ganz sicherlich würden viel Studenten kommen und junge Leute oder junge Lehrer oder was auch immer, das ist ja auch in Ordnung. Ich möchte halt nur nicht nur die erreichen, das will ich nicht, da habe ich keine Lust dran. Ich find's immer am schönsten, wenn die Aufführungen gemischt sind. Das sind sie nicht immer, aber sehr oft, ganz unterschiedlich. Manchmal mittendrin, da ist eine Aufführung, wo ganze Gruppen von älteren Damen sind, wie in der letzten Woche. Die kennen natürlich auch nicht so viele Leute, denen sie's weitersagen können. Aber es sind unheimlich viel ältere Frauen drin, es ist Familie drin. Das fällt dir vielleicht
Familie drin. Das fällt dir vielleicht
nicht so auf, aber ich seh's ja, die gehen vielleicht etwas unter ... Das ist auch in jeder Stadt anders. Wir haben z.B. in Burghausen bei uns gespielt. Das ist die Kleinstadt, in deren Nähe wir unseren Hof haben. Dort haben wir die Premiere dieses Jahr gespielt und die zweite Aufführung, also zwei Aufführungen, und die waren sehr gut besucht. Es waren insgesamt so an die tausend Leute, was viel ist für eine Kleinstadt. Und da sind keine Studenten, da sind wirklich Handwerker, Bauern, Lehrer, nur Leute aus dieser ganzen Kleinstadt gewesen. Das waren unheimlich schöne Aufführungen. Die haben eine solche Wärme und Freundlichkeit und Naivität, wie es die in den Großstädten selten gibt. Obwohl, das kommt auch auf den Stadtteil an. In Kreuzberg haben wir auch sehr viel ältere Leute aus Kreuzberg erreicht, kleine Ladenbesitzer und was weiß ich. Man darf da nicht so auf die Zahlen gucken, glaube ich. Eine bestimmte Generation ist ja auch in allen Parteien, in allen Gruppen, bei allen Veranstaltungen sowieso unterrepräsentiert oder gar nicht vorhanden. Die Generation der 30- bis 45jährigen, die ist ja kaum vorhanden in den Parteien und sonstwo, und die erreichen wir schon auch.

Gegenwärtig kann man sagen, daß Ihr Euch selbst finanziert. Wie seht Ihr die Chancen, damit durchzukommen? Ihr machts ja jetzt schon zwei Jahre auf die Art und Weise.

Das ist die dritte Saison jetzt. Also die dritte Tournee. Wir sind im ersten Jahr mit den „Nibelungen" losgezogen, im zweiten Jahr mit „Johanna" und „Nibelungen" und im dritten Jahr mit „Frauenschuh" und „Johanna". Das Zelt ist ja so berechnet von der Anzahl der Sitzplätze und den Eintrittspreisen, wenn wir gut verkauft sind, daß wir über die Runden kommen können. Nun passieren natürlich immer wieder unvorhergesehene Sachen: daß ein Motor kaputtgeht, daß man Leute noch für die Tournee einstellt, die helfen ... und das heißt, daß wir die laufenden Kosten schaffen. Und für uns ist halt wichtig, daß wir genügend Rücklagen für den Winter bilden, daß wir in Ruhe ein neues Stück produzieren können. Im Winter kann man im Zelt nicht spielen ... Subventionen, sehe ich realistisch, werden wir im großen Maßstab nicht bekommen, weil wir ein Wandertheater sind. Es besteht diese Kulturhoheit der Länder, und es gibt kein Bundesland, das Interesse an uns hat. Vielleicht geht es, daß man so einen Produktionskostenzuschuß bekommt, darum könnte man sich mal bemühen, aber das ist halt in diesem deutschen Theatersubventionssystem sehr schwierig.

Glaubt Ihr, daß ein Theater nur gut sein kann, wenn es ohne Subventionen durchkommt? Man spricht ja z.B. davon, daß hier den städtischen Bühnen, dem Schauspiel oder der Oper, pro Abend der Platz mit 150 oder 200 Mark subventioniert wird. Auf der anderen Seite stellen die freien Frankfurter Gruppen die Forderung, daß sie öffentlich ein Haus zur Verfügung gestellt bekommen von der Stadt, gegebenenfalls auch aus dem Subventionstopf noch was abkriegen. Meint Ihr, daß das ein Weg ist, um freies und gutes Theater zu machen?

Natürlich, ich habe persönlich über-
Natürlich, ich habe persönlich über-
haupt nichts gegen Subventionen. Wenn ich sie bekomme, und wenn sie ohne Auflagen sind, würde ich natürlich auf jeden Fall nicht Nein sagen. Es ist gut, wenn man mal ein bißchen vom Existenzminimum wegkommt. Das sind alles hochqualifizierte Leute, nicht nur die Schauspieler, auch die Techniker, alle, die hier mitmachen, und es muß irgendwann einmal vom Existenzminimum mal ein bißchen weggekommen werden. Ich finde es also nur gerechtfertigt, wenn eine Gruppe, die über mehrere Stücke bewiesen hat, daß sie arbeiten kann, daß sie sich einen Teil Weg finanzieren kann. Ich finde es natürlich richtig, daß sie Subventionen bekommt. Sie werden auch nicht schlechter – ganz im Gegenteil! Wenn ein bißchen Existenzdruck wegkommt – um so besser! Sonst kann es sein, daß es bei allen Bemühungen die Gruppen eines Tages doch nicht mehr gibt, obwohl sie gut sind.

„Nein! Lieber will ich kein anständiger Mensch mehr sein!"

Der Theaterhof Prießenthal und sein neues Stück

Dann hatten sie doch noch eine Woche drangehängt (bis zum 31.7.), die Leute vom Theaterhof Priessental, um ihr neues Stück „Frauenschuh" in vollem Zelt in Frankfurt weiterzuspielen. Jetzt kommen sie noch nach Bremen (2. bis 12. September, Weserwiese), Hamburg (17. September bis 3. Oktober, am Schlump, Geomatikum) und Berlin (9. bis 31. Oktober, Kreuzberg, Mariannenplatz).

Die Gruppe vom Theaterhof Priessental hat jetzt nach „Wir Nibelungen" und „Johanna" das dritte sommertourneefüllende Stück im Programm.

Mit dem „Frauenschuh" haben sie aus dem Stoff der „Lysistrata" des großen griechischen Komödianten Aristophanes ein Stück (besser: Montage) gezaubert, in dem Krieg und Männerherrschaft nicht einfach als grausam und sinnlos kritisiert, sondern tätig bekämpft werden, und das so überzeugend und in sich geschlossen ist, daß man während des Stückes keinen Moment darüber nachdenkt, warum das



Ganze nur Fiktion und (noch?) nicht Realität ist. Wohlgemerkt: Der Geist wird wohl belebt, schon weil einfache Identifikation durch Kostümierung und Sprache (die alte und neue Elemente aufnehmen) und das Hineinschlüpfen von Frauen in Männerrollen und umgekehrt verunmöglicht wird. Das innere Geheimnis: es treten (fast) keine Charaktermasken auf, die als fleischgewordenes Vorurteil nur noch mal auf der Bühne Bekanntes aufsagen, sondern Menschen (Männchen und Weibchen), fleischgewordener Widerspruch, töricht und schlau, dünkelhaft und tolpatschig, liebenswert.

Die Prämisse zum Stück, obgleich im Stück mit viel Überzeugungskraft erhärtet, ist doch der Bruchpunkt zwischen Fiktion und Realität: die totale Identität von Männlichkeitswahn und Kriegsführung (dies gleichsam als Post- oder extratheatralische Kritik). Wenn die Identität so total wäre (und das Kriegführen nicht noch andere Ursachen hätte), wär's mit den vorgeführten Mitteln zu schaffen.

Zur Story: Im gespaltenen Griechenland führen Athen und Sparta – beide hochgerüstet – Krieg. Die Frauen, die ihre Kinder mit viel Mühe geboren und großgezogen haben, sind es leid, sie nach kurzer Zeit verkrüppelt oder tot zu wissen. Sie boykottieren die Männer in jeder Hinsicht, besetzen die Akropolis und bemächtigen sich der Staatskasse. Wie das im einzelnen weiter- und ausgeht, läßt sich auf Papier schlecht beschreiben.

Mit dem „Frauenschuh" scheinen sie ihren Stil und das Thema gefunden zu haben. Die „Johanna" aus der letzten Spielzeit nach der Geschichte der Jeanne d'Arc, die mir auch gut gefiel, unterstützte einerseits die neue Jugend- und Hausbesetzerbewegung und hatte andererseits noch deutliche Reminiszensen an den „deutschen Herbst", als ein großer Teil des erlebten geschichtlichen Prozesses an der Gerichtsschranke stattfand. Das Stück endet – der Sache gemäß – relativ traurig, und Klamaukelemente haben eine noch etwas mehr verselbständigten Charakter. Der „Frauenschuh" dagegen wartet mit vollbackiger und optimistischer (gelegentlich auch schlitzohriger) Unterstützung der Friedens- und der Frauenbewegung und der Fiktion einer Lösung auf. Obgleich mit Geschichten Geschichte erzählt und zum Geschichte machen angeregt wird, findet sich der erhobene Zeigefinger – höchstens in der Nase.
der Nase.

Ein Wort zum Vergleich mit anderen nichtamtlichen Bühnen: Es sticht natürlich hervor, daß es sich um Professionals handelt (in dem Sinn, daß sie offenkundig ihr Handwerk gelernt haben und es ganzjährig betreiben). Aber nicht nur im schauspielerischen Sinne, sondern beim Stückemachen, die in ihre Zeit passen, ohne nur kritisch und parodierend zu sein. Ich erinnere mich in dem Zusammenhang (auch des Themas wegen) an das „Vorläufige Frankfurter Fronttheater" mit seinem Stück „Freak und Frieden" (Frieden schaffen, wie die Affen), das an sich vorzüglich, aber doch nur kritisch und parodierend ist, nur in (erfrischender) Unmittelbarkeit Zeichen und Köpfe der Zeit (zerr-)spiegelt, die Friedensbewegung mit ihren Wünschen und Langweilern verarbeitet, ohne eine eigene Fiktion zu entwerfen. Dies ist aber dem Theaterhof (mit gutem Schuß Aristophanes) gelungen. *H.S., Frankfurt*

Fernsehtip

Mal wieder am Samstagabend zwei Filme, die sich ausschließen: Zum einen **„Der Weg zur Macht"**. In diesem amerikanischen Spielfilm von 1979 wird der amerikanische Gewerkschaftsführer James „Jimmy" Hoffa vorgestellt, der Mitte der 30er Jahre eine schillernde Figur in der amerikanischen Arbeiterbewegung darstellte, letztlich aber korrumpiert wurde und 1975 spurlos verschwand. *Samstag, 21.8., 22.05 Uhr im ARD.* – Zum anderen **„Operation Ganymed"**, eine futuristische Gesellschaftskritik. Fünf Astronauten finden nach der Rückkehr zur Erde alles verlassen vor – und der Kampf ums Überleben beginnt, miteinander und gegeneinander. Nur der, der sich nicht ganz der ominösen Technik aussetzte, überlebt. *Samstag, 21.8., 23.20 Uhr im ZDF.* – Chabrols **„Alice"** ist – wie der Name schon andeutet – etwa so phantastisch wie „Alice im Wunderland", nur daß es doch wieder um gesellschaftliche Konflikte geht. Hier der Ausbruch aus den Konventionen der bürgerlichen Welt, der in einen Alptraum führt und damit nur den Wunsch weckt, wieder auszubrechen. *Montag, 23.8., 23.00 Uhr im ARD.* – Nicht so schön und so freundlich ist Rainer Werner Fassbinders Film **„Chinesisches Roulette"** wie kürzlich „Angst essen Seele auf". Die Kaputtheit einer bürgerlichen Ehe steht im Mittelpunkt seines Spielfilms von 1976. „Chinesisches Roulette" heißt, ein Wahrheitsspiel, bei dem sich aller Haß, Widerwillen und Verachtung der Beteiligten freisetzt. Entsprechend diesen menschlichen Ausbrüchen hat Fassbinder damals den Stil der Kameraführung gewählt: schnell und die Handlung wie als Handelnder vorantreibend. *Dienstag, 24.8., 22.05 Uhr im ZDF.* – Der Filmrevolutionär aus den 60er Jahren, Jean-Luc Godard, mit seinem neuesten Film **„Rette wer kann (das Leben)"**. Ein Abgesang auf das kaputte Leben. Nicht unbedingt als Empfehlung gedacht, mehr als Hinweis für Interessierte. *Donnerstag, 26.8., 22.20 Uhr im ZDF.*